

# Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

»Es ist Geld für mehr da«

## Der große Streik in Dänemark



Weitere Artikel zu:

- ◆ Wirtschaftskrise in Asien
- ◆ Zu den Konflikten in Algerien
- ◆ Parteien und soziale Konflikte in Italien
- ◆ Lage der Gewerkschaften in Großbritannien
- ◆ Zur Diskussion: Die Situation in Israel

# »Es ist Geld für mehr da!« Der große Streik in Dänemark

**War man auf die Berichte der deutschen Presse angewiesen, um sich über die Tarif-Auseinandersetzungen im Frühjahr in Dänemark zu informieren, mußte man anfangs den Eindruck gewinnen, daß die dänische Bevölkerung einerseits einen Generalstreik führt, gleichzeitig panische Hamsterkäufe von »lebenswichtigen Gütern« organisiert und unter der Knappheit von Milch, Hefe und Bezin leidet. Die wirkliche Dimension des Streiks und die Ursachen für die gewerkschaftlichen Forderungen konnte und wollte diese Presse nicht darlegen. Wir wollen versuchen, hier einiges nachzuholen.**

Seitdem die sozialdemokratisch geführte Regierung vor ca. 6 Jahren antrat, ist die – offizielle – Arbeitslosigkeit von 11,1 Prozent auf 7,8 Prozent gefallen. Über 100.000 haben einen neuen Arbeitsplatz bekommen – darunter viele Jugendliche, die unter dem Druck, nach einem halben Jahr anderenfalls keine Unterstützungsleistungen mehr zu erhalten, eine Ausbildung angefangen haben. Unter diesen Voraussetzungen ist es meistens nicht mehr als eine Warteschleife. Natürlich ist die verdeckte Arbeitslosigkeit wesentlich höher, nach Berechnungen der sozialistischen »Einheitsliste« sind einschließlich der aus dem Arbeitsmarkt verdrängten Sozialhilfeempfänger immer noch mindestens 1,2 Prozent arbeitslos.

Trotzdem ist insgesamt die wirtschaftliche Lage Dänemarks reaktiv günstig, der Außenhandelsüberschuß ist gewachsen, ein wesentlicher Teil der Auslandsverschuldung ist abgetragen, die Auftragsbücher der Betriebe sind voll und die Aktienkurse stark angestiegen. Die bürgerliche Tageszeitung »Jyllands-Posten« schrieb, es sei ganz ungewöhnlich, daß über sechs Jahre eine konstante Steigerung der Gewinne konstantiert werden konnte. Die Steigerung der Dividende der Aktiengesellschaften habe in den letzten zwei Jahren im Schnitt bei 43 Prozent gelegen.

Was allgemein als »Modernisierung« bezeichnet wird, um dem Sozialabbau und den Privatisierungen einen besseren Namen zu verschaffen, hat auch in Dänemark seinen Einzug gehalten und wird auch hier von »modernen« Sozialdemokraten vorangetrieben: der sozialdemokratische Finanzminister Lyketoft war ungeheuer stolz auf den hundertprozentigen Verkauf der dänischen Telefongesellschaft an ein amerikanisches Unternehmen. Die Privatisierungen sind in mehrerer Hinsicht eine Niederlage der Arbeiter, sie werden in den Privatunternehmungen stärker angetrieben, die Arbeitsintensität wird noch höher. Kein Wunder daß die Forderung der Gewerkschaften in den Verhandlungen um den

neuen Tarifvertrag 1998 nach einer Ausweitung der Ferien auf 6 Wochen populär war. Aber bevor auf den Konflikt um diese Gewerkschaftsforderungen eingegangen wird, noch einige Bemerkungen zur Vorgeschichte auf parlamentarischer Ebene.

Im Januar 1998 hatte die Regierung kurzfristig Wahlen für den 11. März ausgeschrieben. Seither blockierten die Unternehmer, in Erwartung einer Ablösung der sozialdemokratischen Regierung durch eine rechte Mehrheit, die weiteren Verhandlungen um einen landesweiten Tarif, diese Verhandlungen waren schon seit November 1997 im Gange. Grund für die Blockade war, daß eine scharfe Konfrontation mit den Gewerkschaften gesucht wurde, um einen in Dänemark möglichen staatlichen Eingriff der (dann bürgerlichen) Regierung in die Tarifrunde zu erzwingen.

Das Verhandlungsangebot der Unternehmer war sowieso ein Nullangebot, Lohnerhöhungen kamen unter keinen Umständen in Frage, verlängerte Ferien erst recht nicht, die Arbeiter sollen sich zurückhalten, um nicht die eigenen Arbeitsplätze zu gefährden. Das wirkt auf dem Hintergrund der vollen Auftragsbücher und der großen Steigerungsraten der Gewinne nicht glaubwürdig, aber bis das Wahlergebnis im März vorlag, geschah nichts mehr.

## Die Wahlen zum Folketing am 11. März 98

Die Hoffnung der Unternehmer auf eine positivere Einstellung zu ihrer Haltung von einer möglichen neuen rechtsbürgerlichen Regierung wurde jedoch getäuscht. Die Sozialdemokratie behielt mit den sie tolerierenden linken Parteien die Mehrheit, aber mit einigen kleineren Änderungen. Sie gewann ca. 1,5 Prozent der Stimmen und kam auf 36 Prozent und einen zusätzlichen Sitz, während ihr sozialliberaler Koalitionspartner ca. 0,7 Prozent verlor und einen Sitz abgeben mußte. Die sozialdemokratische Partei in Grönland behielt ihren Abgeordneten, während die auf den Färöern

Der große Streik in Dänemark .....	2
Die Volksabstimmung vom 28. Mai .....	7
Asien: Hintergründe und Auswirkungen der Finanzkrise	8
30 Jahre Terror in Indonesien .....	17
Der Konflikt in Algerien .....	18
Italien: »In Unterhosen nach Europa?« .....	23
Die Lage der Gewerkschaften in Großbritannien .....	27

## Zur Diskussion (Beilage):

Irak: Die Kriegsgefahr im Nahen Osten .....	1
Warum die USA keinen großen Krieg wg. Irak führen ..	5
Israel: Ist der Oslo-Prozeß endgültig in der Sackgasse? ...	14
Zum vorstehenden Artikel eine notwendige Antwort ...	21
Das »Persönliche Tagebuch von Moshe Sharett« .....	27

Die »Informationsbriefe« und weitere Broschüren und Bücher der GFSA e.V. werden in folgenden Buchhandlungen angeboten:

● Berlin-West: »Schwarze Risse«, Gneisenaustraße 2a ● Berlin-Ost: »Der kleine Buchladen«, Weydinger Straße 14 –16 ● Bann: »Buchladen 46«, Kaiserstraße 46 ● Bremen: »Buchladen in der Neustadt«, Lahnstraße 65b ● Essen: »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Viehofer Platz 8 ● Frankfurt/Main: »Haus der Bücher« Peter Naacher, Ziegelhüttenweg 27 / »Uni-Buch«, Studentenhaus, Jügelstraße 1 ● Göttingen: Buchhandlung »Rote Straße«, Rote Straße 10 ● Halle: Infoladen »Verein Kellnerstraße e.V.«, Kellnerstraße 10a ● Hamburg: »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Schlüterstraße 1 / »Schwarzmarkt«, Kleiner Schäferkamp 46 / Buchhandlung »Nautilus«, Bahrenfelder Straße / Buchhandlung »Osterstraße«, Osterstraße ● Hanau: »Buchladen am Freiheitsplatz«,

**Arbeiterpolitik**



AN NEUNTEN TAG DES LANDESWEITEN STREIKS WAREN IN VIELEN STÄDTEN DEMONSTRATIONEN. HIER IN AALBORG

einen Gewinn – die Regierung und ihre Partner hatten also die gleiche Abgeordnetenzahl wie bisher, 90 von 179 Vertretern.

Bei den rechtsbürgerlichen Parteien zeigten sich größere Änderungen. Die alte konservative Partei verlor stark, während die rechtsliberale frühere Bauernpartei insgesamt 24 Prozent der Stimmen erhielt, jedoch keine neuen Sitze bekam. Die rechte Seite im Parlament war zersplittert und hatte keine Chance, die Regierungsbildung zu beeinflussen.

Auch die fremdenfeindliche Fortschrittspartei verlor stark. Die neue Dänische Volkspartei hatte bei den Kommunalwahlen im Herbst stark hinzugewonnen und konnte ihre Stellung bei den Parlamentswahlen festigen, sie kam auf 7,4 Prozent der Stimmen. Der Erfolg der Dänischen Volkspartei hat verschiedene Ursachen. Vor allem bei ungelernten Arbeitern hat sie Erfolge gehabt, weil sie ihre fremdenfeindliche Politik mit der Interessenvertretung von sozial schwachen Gruppen verbindet. Ebenso dürfte ihre Gegnerschaft zur EU ihr Stimmen in diesem Bevölkerungsteil gebracht haben. Die Arbeitslosigkeit ist gerade bei Ungelernten hoch, diese sehen daher die verschiedenen Einwanderer als Konkurrenten und die EU als Förderer der Einwanderung, die ihre Stellung auf dem Arbeitsmarkt verschlechtert. Früher kam die EU-Gegnerschaft vor allem aus dem linken Lager, seit etwa einem Jahr macht sich jedoch verstärkt im rechtsbürgerlichen Lager Unmut gegenüber der EU breit und die beiden radikal-fremdenfeindlichen Parteien haben das Thema aufgegriffen.

### Die Situation der »Einheitsliste«

Das dürfte auch den Rückgang der »Einheitsliste«, einem Wahlbündnis aus einem Teil der alten KP, den Linksozialisten und anderen kleinen Gruppen, im wesentlichen erklären. Bei den Parlamentswahlen 1994 war sie die einzige Protestpartei, die offen gegen die EU argumentierte. Damit

hat sie Wähler gewinnen können, die diesmal auch andere Möglichkeiten hatten. Für die Einheitsliste betrug der Rückgang etwa 10 Prozent ihrer Wähler und ihres Stimmenanteils, tatsächlich dürfte ein größerer Teil ihrer Wähler von 1994 in diesem Jahr seine Stimme einer anderen Partei gegeben haben. Die Partei hat jedoch neue Wähler in ihren Hochburgen – den größeren Städten – hinzugewinnen können, vor allem hat sie auch Stimmen von vielen Jugendlichen bekommen.

Die Wahlkämpfe für die Kommunalwahlen wie für die Parlamentswahlen haben die »Einheitsliste« organisatorisch gestärkt, sie hat einige hundert neue Mitglieder bekommen und ebenfalls mehrere hundert neue Abonnenten für ihre Wochenzeitung. Auf die Dauer könnte sich das als wichtiger erweisen als der Verlust der ca. 12.000 Stimmen. Die Mobilisierung während des 11-tägigen Streiks und bis zur Volksabstimmung am 28. Mai könnte für sie noch weitere positive Ergebnisse haben. Für die Partei ist auch wichtig, daß ihre Stellung im Parlament geschwächt ist, sie ist nicht mehr das Zünglein an der Waage und muß daher nicht mehr so viel Energie in die Parlamentsarbeit stecken, sondern kann sich mehr auf die wichtigere Arbeit in den Gewerkschaften und Initiativen konzentrieren. Und mit mehr Mitgliedern ist das auch bis zu einem gewissen Grad möglich – mit weiterhin unter zweitausend Mitgliedern ist der Weg zu einer einflußreichen Organisation noch sehr weit, aber zumindest geht die Entwicklung in die richtige Richtung. Im Wahlkampf wurde die Einheitsliste von einer langen Reihe gewerkschaftlicher Vertrauensleute und Funktionären öffentlich unterstützt. Ein Teil dieser Gewerkschaftler sind früher Mitglieder der Kommunistischen Partei gewesen und haben nicht kapituliert; wenn sie auch nicht in der Einheitsliste aktiv sind, so sind sie doch bereit die Partei durch ihre öffentliche Parteinarbeit zu unterstützen. Auch hier zeigt sich, daß die Partei gewisse Möglichkeiten hat, ihren Einfluß zu entwickeln.

### Die Tarifverhandlungen werden fortgesetzt

Unmittelbar nach den Wahlen wurden die Verhandlungen über ein neues Tarifabkommen wieder aufgenommen. Aber die Industrie-Arbeitgeber bestanden auf einer kaschierten Null-Lösung und die gewerkschaftlichen Unterhändler ließen sich darauf ein. Am 24. März wurde der Kompromiß bekanntgegeben und sollte am 24. April in einer Urabstimmung von den Mitgliedern bestätigt werden.

Eine der ursprünglichen gewerkschaftlichen Forderungen war die Einführung einer sechsten Ferienwoche. Natürlich hat keiner erwartet, daß diese Forderung sofort und vollständig erfüllt werden würde. Aber was bei den Verhandlungen rauskam, daß nämlich **der 24. Dezember als zusätzlicher Urlaubstag gerechnet** würde, wurde von vielen Kollegen als Hohn empfunden. Dieser Tag ist häufig aufgrund von betrieblichen Regelungen ohnehin frei. Also blieb es de facto bei den durchschnittlichen 5 Wochen Urlaub in den meisten verhandelten Bereichen.

Zwar wurden gleichzeitig die Beiträge der Unternehmer zu den betrieblichen Zusatzrenten heraufgesetzt, aber da dies nicht eigentlich eine Forderung der Gewerkschaftsmitglieder war, die jetzt nicht viel mit einem Beitrag zu ihrer Pensionierung in 20-40 Jahren anfangen können, weil sie nicht wissen, ob dieser Betrag dann auch wirklich ausbezahlt wird, und lieber ein paar Ferientage hier und jetzt haben wollen, war

das kein großer Gewinn. Hinzu kommt, daß mit der Erhöhung der Zusatzrenten ein Beitrag zur Aushöhlung der Volkspension geleistet wird. In den 1950ern wurde die Volkspension eingeführt, die allen eine gleiche und ausreichende Pension sicherte. Aber die Volkspension wurde ausgehöhlt und durch Steuerbegünstigungen wurden neue Pensionsfonds geschaffen, die eine Zerteilung der Altersrentner mit sich brachte: diejenigen die nur die Volkspension haben, und diejenigen, die eine Zusatzsicherung haben. Es scheint das Ziel der bürgerlichen und sozialdemokratischen Regierungen, die sich hier kaum unterscheiden, zu sein, die Volkspension innerhalb der nächsten Jahrzehnte abzuschaffen, weil eine steuerfinanzierte Volkspension für einige Bevölkerungsteile nicht mehr tragbar ist – der Wohlfahrtsstaat ist innerhalb einer kapitalistischen Ökonomie eben auf Dauer nicht finanzierbar.

Als weiterer Punkt wurde schließlich eine **Flexibilisierung der Arbeitszeiten** vereinbart. Die Arbeitszeit kann in die Zeit zwischen 6 und 18 Uhr gelegt werden. Die angesammelten Arbeitsstunden müssen sich im Verlaufe eines Jahres auf durchschnittliche 37 Stunden pro Woche einpendeln. Zustimmung der betrieblichen Interessenvertretung ist erforderlich, aber was heißt das schon?

Die Verhandlungsdelegation der Gewerkschaften pries das Ergebnis an, unter anderem mit dem Argument, daß die Lohnfrage im engeren Sinne auf dezentrale Verhandlungen verschoben worden ist. Das Ergebnis wurde in den Tagen nach dem 24. März auf Bereiche übertragen, die nicht im engeren Sinne zur Industrie gehören, wie das Bauhandwerk, die Flughäfen, das Gaststättengewerbe.

### **Widerstand gegen das Verhandlungsergebnis und Urabstimmung am 24. April**

Die gewerkschaftliche Opposition, die seit dem Streik 1985 und nach dem faktischen Untergang der KP geschwächt war, versuchte im Frühjahr, eine Koordinierung von Gegnern des Tarifabkommens zu organisieren; es gab Versammlungen von Vertrauensleuten und Funktionären mehrerer lokaler Gewerkschaften, die teilweise von anderen Organisationen besetzt wurden als den früheren Hochburgen der Linken, aber vor und während der Periode vor der Urabstimmung über das Verhandlungsergebnis gab es keine umfassenden Aktionen, nur wenige Warnstreiks, die Mobilisierung schien gering, es war kein richtiges Ziel da. Aber dann kam das Ergebnis der Urabstimmung über das Tarifabkommen, das Dänemark in einen 11tägigen Arbeitskampf verwickelte, den umfassendsten seit 1985, der damals von den Linken getragen wurde, aber ohne Ergebnis endete und in der Folge die gewerkschaftliche Opposition isolierte.

Zum erstenmal wurden die neuen Urabstimmungsregeln gebraucht. Bisher mußten zumindest 35 Prozent der Abstimmungsberechtigten für einen Streik stimmen, und diese 35 Prozent mußten gleichzeitig die Mehrheit der tatsächlich Stimmenden ausmachen, damit ein Konflikt in Übereinstimmung mit dem Arbeitsrecht ausgerufen werden konnte. Das war zum letzten Mal 1956 der Fall gewesen. Das hatte zur Folge gehabt, daß die Beteiligung an den Urabstimmungen immer geringer wurde, und daher waren neue Bestimmungen eingeführt worden. Heute genügt eine einfache Mehrheit, allerdings müssen mindestens 40 Prozent der Abstimmungsberechtigten teilnehmen und dies wurde leicht erreicht: Von den Arbeitern stimmten 47 Prozent und bei den

FTF-Gewerkschaften 50,5 Prozent ab<sup>1)</sup>. Die einfache Mehrheit für die Ablehnung des Tarifvertrages war auch gegeben (159.512 zu 118.181). Das überraschte, wohl vor allem auch die gewerkschaftlichen Führungsgruppen, die dem Tarifvorschlag zugestimmt hatten.

### **Der Verlauf des Streiks**

Der Streik begann also in der letzten Aprilwoche. Beteiligt waren etwa 500.000 Beschäftigte, das sind ca. 1/5 der gesamten erwerbstätigen Bevölkerung. Von den 1,2 Millionen Mitgliedern der Dachorganisation der Gewerkschaften, LO (»Landsorganisation i Danmark«), streikten also fast die Hälfte. Insgesamt waren 15 Einzelgewerkschaften im Streik, Beschäftigte in Werften, auf den Baustellen, den Gaststätten, in vielen anderen Bereichen. Nicht beteiligt waren die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und aller Betriebe, deren Besitzer nicht im Arbeitgeberverband, DA, (»Dansk Arbejdsgiverforening«) organisiert sind. Am Dienstag der zweiten Streikwoche wurden ca. 50.000 Beschäftigte des Einzelhandels von den Arbeitgebern ausgesperrt.

Die Gewerkschaften nahmen nun die Funktionäre, die die Verhandlungen bis dahin (weitgehend hinter verschlossenen Türen) geführt hatten, aus der Schublade. Jetzt sprachen auf den Kundgebungen plötzlich einerseits die linken GewerkschafterInnen, meist solche aus lokalen Verbänden, die von vornherein gegen den Kompromiß waren. Andererseits versuchte der Dachverband LO angestrengt zu moderieren, bot den Unternehmern neue Verhandlungen an, sprach davon, daß der Rahmen fast ausgeschöpft sei, erklärte die Profitraten für zu hoch, die Löhne für zu niedrig, die Konkurrenzfähigkeit allerdings sei dennoch gefährdet, usw...

Die sozial-liberale Minderheitsregierung stand in der ersten Woche vor dem Problem, daß sie sich die in Dänemark mögliche gesetzliche Aussetzung des Streiks nicht leisten konnte. Das aus mehreren Gründen: Erstens befürchtete man ein Nein bei der Volksabstimmung über die EU-Frage am 28. Mai. Zweitens war ein Eingriff nur mit dem bürgerlichen Parteienblock aus Konservativen bis Völkischen möglich, da sich die Sozialistische Volkspartei (eine Abspaltung der KP aus den 50er Jahren) und die Einheitsliste (KommunistInnen und linke Grüne) nicht auf solch ein Manöver einlassen wollten. Die Bürgerlichen schlugen zunächst vor, den Vertrag vom 24. März zum Gesetz zu erklären.

### **Wirksamkeit der Streiks**

Während Konflikte sonst oft entstehen, wenn die Warenlager voll sind und bei der Produktion eine Pause möglich ist, ohne die Unternehmer zu stören, war das im Frühjahr 1998 nicht der Fall; die Kapazitäten waren voll ausgelastet, und schon nach wenigen Tagen waren manche Lager leer – eine Folge u.a. der neuen Umsatzstrategie der Unternehmen, die Subunternehmen in großem Maße entstehen lassen und den Verbrauch von Teilprodukten genau planen. In einer solchen Strategie sind unvorhergesehene Konflikte nicht eingeplant. So weit es sich einschätzen läßt, waren nicht die einzelnen Betriebe die Scharfmacher, im Gegenteil wollten die meisten gerne weiterproduzieren, aber die Arbeitergeberorganisationen kämpften einen Machtkampf aus - teils mit den Gewerk-

1) Die FTF-Gewerkschaften organisieren meistens Angestellte im öffentlichen Dienst, Lehrer, Krankenschwestern usw. -u.a. die Krankenschwestern haben in den letzten Jahren bekanntlich stark mobilisiert.

## Eine solidarische Aktion

Wie eine Reihe anderer Unternehmen bemühte sich die Verlagsleitung der dänischen Wochenendzeitung »Søndagsavisen« um die vorübergehende Verlagerung ihrer Aufträge ins benachbarte Ausland. Ein Teil der geplanten Auflage von 1.543.650 Exemplaren für den 3. Mai wurde an die Schwarzenbecker Druckerei Bude vergeben – ca. 340.000 Zeitungen sollten hier in Streikbrucharbeit hergestellt werden. Aber die Schwarzenbecker Beschäftigten machten ihrer Unternehmensleitung einen Strich durch die Rechnung: Die Früh- und die Spätschicht verweigerten nach der Erledigung der üblichen Druckaufträge (Hamburger »Morgenpost«) die Arbeit zur Herstellung eines Produkts, mit der sie ihren Kolleginnen und Kollegen in Dänemark in den Rücken gefallen wären.

Diese Solidarität wurde von der Nachtschicht, die größtenteils mit nur gelegentlich, bei zusätzlichem Arbeitsanfall Beschäftigten besetzt war, nicht geleistet. In der Nacht zum 1. Mai wurde dadurch etwa ein Drittel des Druckauftrags erledigt. Vor dem Tor versammelten Kolleginnen und Kollegen der Tagschichten bemühten sich, nachdem sie die Nachtschicht nicht zur Arbeitsverweigerung bewegen konnten, zunächst vergeblich um Verbindung zu ihren dänischen Gewerkschaftskollegen, um zumindest das Abfangen der Transporte zu organisieren. Der Hauptvorstand der IG Me-

dien hatte zwar einen Aufruf verbreitet, in dem die Verhinderung von Streikbrucharbeiten gefordert wurde, aber außer der Angabe der Telefon- und Faxnummern des Büros der dänischen grafischen Gewerkschaft »Grafisk Forbund« keine weiteren Kontaktmöglichkeiten genannt. Es dauerte bis Mitternacht, bis über Hamburger Kollegen eine Verbindung zu den Streikenden in Dänemark aufgebaut und ein Telefondienst für die Nacht und die folgenden Tage eingerichtet war.

Gegen zwei Uhr morgens ging der erste Transport aus Schwarzenbeck ab, verfolgt von einem PKW mit IG Medien-Kollegen, um den Grenzübergang zu ermitteln und per Handy durchzugeben, in diesem Fall Puttgarden-Roedby-Havn. Die Lieferung war, wie sich herausstellte, für Kopenhagen bestimmt. Bei der zweiten Lieferung in der folgenden Nacht konnten die Schwarzenbecker Beschäftigten anhand der Druckaufträge Kolding als Ziel der Lieferung im voraus durchgeben. Die Durchgabe der LKW-Kennzeichen ermöglichte den dänischen Kolleginnen und Kollegen in beiden Fällen das Abfangen der Druckerzeugnisse. Die Verlagsleitung von »Søndagsavisen« stornierte daraufhin den noch ausstehenden Auftrag – die Zeitung erschien an diesem Wochenende nicht.

Die Aktion führte nicht nur zu Kontakten zu Kolleginnen und Kollegen des Grafisk Forbund in Dänemark, sondern trug auch zur Herstellung und Festigung von Verbindungen unter IG Medien-Mitgliedern bei. ■

schaften, teils intern zwischen dem Industriearbeitgeberverband und den übrigen Branchenorganisationen. Dies erscheint irrational, aber das ist der Kapitalismus schließlich auch.

Eine andere (offenbar nicht bedachte) Folge der vielen Privatisierungen war, daß nun Gebiete vom Streik betroffen wurden, die früher nicht bestreikt wurden, so etwa die privaten Busunternehmen – nur die öffentlichen Transportunternehmen fahren weiter, weil die öffentlichen Betriebe nicht Mitglied der Arbeitgeberverbände sind. Dies betraf weiter z.B. Reinigungsunternehmen, die Schulen, Altersheime, Krankenhäuser, Kindergärten usw. sauber halten sollen, aber jetzt bestreikt wurden, so daß mehrere Schulen etc. deswegen schließen mußten. Natürlich ließen die Gewerkschaften Notdienste in lebensnotwendigen Bereichen zu, und die großen Reinigungsunternehmen verboten daraufhin ihren Unterorganisationen, Streikbrecher einzustellen. Es könnte fast so scheinen, als ob die Streikwaffe stellenweise wieder schärfer geworden ist.

### Die Mobilisierung...

Während des Streiks selbst konnte der linke Flügel der Gewerkschaftsbewegung, organisiert im **Netzwerk der Vertrauensleute**, einen gewissen Druck auf die Gewerkschaftsführung ausüben, was schließlich auch dazu führte, daß diese die Vorstellung aufgab, im finanziellen Rahmen des Abschlusses vom 24. März bleiben zu können. Die Vertrauensleute auf der einen Seite, die politischen Organisationen der Linken auf der anderen Seite mit der Einheitsliste im Parlament sprachen sich für einen »aktiven Streik« aus. In den meisten Betrieben blieb es jedoch insofern ruhig, als daß die Unternehmer gar nicht erst versuchten, Streikbruch zu

betreiben. Die in der DA organisierten Zeitungshäuser beispielsweise verabschiedeten sich am ersten Streiktag von ihren LeserInnen und verwiesen sie aufs Internet.

Wo doch Streikbruch betrieben wurde, gab es Blockaden, bei den Fähren zwischen Seeland und Jütland auch massivere Auseinandersetzungen mit der Polizei. Im großen und ganzen lag die Industrie jedoch einfach still und die Beschäftigten holten sich in den Gewerkschaftshäusern oder in Versammlungssälen ihr Streikgeld ab. Das Stichwort »aktive Streiks« bedeutete vor allem die Teilnahme an Demonstrationen, die am Dienstag der letzten Aprilwoche und am Dienstag nach dem 1. Mai in allen größeren Städten stattfanden. Hierzu mobilisierte vor allem die erwähnte Gewerkschaftslinker. Die Teilnahme war allerdings eher enttäuschend, etwa 10.000 Menschen bei der ersten Demonstration in Kopenhagen, in anderen Städten zwischen 500 und 2000 Menschen. Am ersten Mai nahmen 150.000 Menschen an den verschiedenen Veranstaltungen der Gewerkschaften und der Linken im Volkspark von Kopenhagen teil, was nichts daran änderte, daß der Streik über die unmittelbar Beteiligten hinaus nicht viel mehr Menschen zu Aktivitäten mobilisierte. Die Teilnahme an den Demonstrationen der zweiten Streikwoche und an der Demonstration gegen den Regierungseingriff war noch geringer.

### ... und die Grenzen der Mobilisierung

Es ist der Gewerkschaftslinken insgesamt nicht gelungen, die Streikbewegung selbst zu politisieren und auszuweiten. Es beteiligten sich im wesentlichen diejenigen an öffentlichen Aktionen, die selbst im Streik waren und zu den UnterstützerInnen des linken Gewerkschaftsflügels gehörten. Die Orientierung auf eine Ausdehnung des Jahresurlaubs auf 6

Wochen ist zwar mit einer Diskussion über den zunehmenden Verschleiß und Druck am Arbeitsplatz verbunden worden, auch die Erwerbslosigkeit spielte eine Rolle – aber ohne daß damit der aktive Streik breiter geworden wäre. Aus Sektoren außerhalb der vom Streik erfaßten Betriebe gab es zwar, den gewerkschaftlichen Satzungen entsprechend, finanzielle Hilfe für die Streikkasse, aber keine politischen Demonstrationen der Solidarität, die ein größeres Ausmaß erreicht.

Am Dienstag der zweiten Streikwoche wurde die Situation durch die **Aussperrung von 50.899 Beschäftigten des Einzelhandels** verschärft. Die Gewerkschaftsführung und ein Teil der Unternehmer tat alles, um dieser Angriffsaussperrung, deren Sinn war, einen Regierungseingriff zu provozieren, die Brisanz zu nehmen. Folge der Differenzen im Unternehmerlager war, daß sich etwa 1/3 der Betriebe nicht an der Aussperrung beteiligten. Die Gewerkschaftsführung kündigte in diesem Zusammenhang lediglich die bevorzugte Belieferung der genossenschaftlichen Läden im Falle von Versorgungsmängeln an.

### **Die Regierung verbietet den Streik**

Die Regierung erließ am 7. Mai, mit den Stimmen aller Parteien außer der Sozialistischen Volkspartei und der Einheitsliste, ein Gesetz, daß den Streik beendete. Ergebnis des Parlamentarischen Zwangskompromisses: Es gibt **einen Tag Urlaub mehr als im Abschluß vom 24. März** vorgesehen **außer für unstetig Beschäftigte, die weniger als 9 Monate in einem Betrieb arbeiten**. Die Regierung spendiert und die Bevölkerung bezahlt den **Eheleuten 1998 zwei, 1999 drei Tage zur Betreuung von Kindern unter 14 Jahren** (was 1998 einen, 1999 zwei zusätzliche Tage bedeutet). Der **Beitrag zur Rentenversicherung wird in geringerem Maße erhöht als vorgesehen, die Unternehmen werden steuerlich entlastet**. **Die Regelungen zur Flexibilisierung**, die vorher erwähnt wurden, **blieben im Vertrag**.

Mit Freitag, den 8. Mai war der Streik illegal. Am Montag, den 11. Mai streikten 2000 Beschäftigte der Lindö-Werft trotzdem gegen das Ergebnis und 2000 Menschen demonstrierten in Aalborg gegen den staatlichen Eingriff. Der Widerstand war jedoch nicht groß genug, um irgendetwas an dem Ergebnis zu ändern. Die Masse der unmittelbar Betroffenen drückte sich nur mit dem Stimmzettel aus und blieb sonst passiv. Im materiellen Ergebnis dieses Konfliktes drückt sich auch die Grenze der Mobilisierung aus.

### **Die Inhalte des gesetzlichen Eingriffs**

Die Regierung hat, nicht ungeschickt, gleich mehrere Spaltungslinien in das Gesetz eingebaut. Zunächst wird die Finanzierung des Urlaubs durch eine Umlage auf die SteuerzahlerInnen, also letztlich die gesamte Klasse, erreicht. Dann enthält der Tarifvertrag die Ausgrenzung bestimmter Beschäftigtengruppen (der unstetigen) aus dem Urlaubsanspruch. Mit der Dezentralisierung der Regelungen über die Arbeitszeiten wird erreicht, daß in Betrieben, deren gewerkschaftliche Organisation schwächer ist, eine massive Verschlechterung der Arbeitsbedingungen durch eine Erhöhung der Verfügbarkeit möglich wird. Wie immer, werden auch diese Verschlechterungen in den Randbereichen Folgen für alle Beschäftigten haben, auch in den Kernbereichen.

Jan Matthisen, als Gewerkschaftssekretär des RBF (Beschäftigte in Hotels und Gaststätten) für ungelernete Arbei-

terInnen zuständig, schätzte im Hamburger »Radio Klassenkampf« am 12. 5., daß mehr als 100.000 Beschäftigte, also mehr als 1/5 von allen, nicht in den Genuß zusätzlicher Ferientage kommen werden. Angesichts der Kürzungen bei der Rentenversicherung, die die Regierung unternommen hat, ist für diesen Teil der Beschäftigten die gesetzlich erzwungene Einigung eine Verschlechterung (!) im Vergleich zum Verhandlungs-Kompromiß vom 24. März.

Das Ergebnis des größten Streiks in Dänemark seit mindestens 13 Jahren enthält andererseits auch eine reale Verbesserung, die vor allem die Ausweitung des Urlaubs für einen großen Teil der Beschäftigten bringt. Der Begriff »Freiheit«, der in der dänischen Bewegung auch synonym für »Urlaub« (»lov«) verwendet wurde, besagt ja bereits, daß es hier auch um eine Auseinandersetzung mit dem Charakter der Arbeit ging. Der Streik war also auch ein Protest gegen einen hochrationalisierten betrieblichen Alltag. *»Die Leute sind heute von der Arbeit mehr kaputt als vor 10, 20, ja vor 40 Jahren«* sagte ein Kollege aus der Metallgewerkschaft. Der Streik war Ausdruck eines kollektiven Wunsches, den ständig anwachsenden Druck zu reduzieren. Die Industriebeschäftigten, der Teil der Klasse, der mitsamt der gewerkschaftlichen Organisation schon für beerdigt erklärt wurde, haben zum Ausdruck gebracht, sich nicht mehr so häufig wie bisher in der Knochenmühle aufhalten zu wollen. Und sie haben einen Schritt aus der Knochenmühle heraus geschafft.

War also der Streik selbst ein wichtiger Fortschritt für die dänische Arbeiterbewegung, so sind seine Ergebnisse weder Sieg noch Niederlage. Sie reproduzieren die Spaltung der Arbeiterklasse ebenso wie sie auf eine neue, mögliche Einheit weisen.

### **Bewertung des Streiks und des Ergebnisses**

Die Regierung war nach der Provokation der Unternehmerverbände klar in einem Dilemma: sie wollte die Volksabstimmung über die Amsterdamer Verträge am 28. Mai gewinnen, und dazu waren die Arbeiterstimmen notwendig, sie konnte also nicht die Arbeiter – die der EU sowieso skeptisch gegenüber stehen – noch mehr vor den Kopf stoßen. Aber natürlich auch nicht den Industriearbeitergebern einen »teuren« Tarifvertrag vorschreiben. Sie legte daher einen Gesetzesvorschlag im Parlament vor, der die Tarife für die kommenden zwei Jahre regelt-Streiks (und Aussperrungen) sind danach »illegal«, sie verstoßen gegen das Gesetz. Nach dem Inkrafttreten des Gesetzes am 8. Mai wurden vereinzelte Streiks durchgeführt, aber die Kraft reichte nicht für einen umfassenden Protest. Das Gesetz regelt nur den zentralen Tarifvertrag, jetzt wird in den Betrieben um die lokale Auslegung verhandelt, und in diesen können die Arbeiter häufig noch anderes herausholen und auch die Unklarheiten des zentralen Vertrages ausbügeln.

Warum die Arbeitgeber so hartnäckig waren, ist den dänischen Gewerkschaftern noch unklar: Ihre Forderungen waren in der jetzigen wirtschaftlichen Lage nicht unannehmbar – im Gegenteil, der Konflikt (Streik und Aussperrung) war gerade deshalb ein teures »Vergnügen«: die dänische Handelskammer schätzte die Verluste auf 1,7 – 2,14 Milliarden US-\$. Der Streik hatte auch einen Angriff auf die dänische Krone zur Folge, die Nationalbank mußte einen bedeutenden Teil (2,3 Milliarden US-\$) ihrer Valutareerven einsetzen, um den Kurs zu halten.

## Der Streik und die Abstimmung über die Amsterdamer Verträge

Wenn die Volksabstimmung um die Amsterdamer Verträge nicht bevorgestanden hätte, wäre das Ergebnis für die Arbeiter möglicherweise schlechter ausgefallen. Was haben ein großer Teil der Arbeiter gegen die EU? Seinerzeit wurde damit argumentiert, daß die EWG (jetzt die EU) notwendig sei, um den wirtschaftlichen Standard zu halten und auszubauen. Ohne eine solche Entwicklung wäre der Wohlfahrtsstaat nicht aufrechtzuerhalten. Zweifellos ist ein größerer Binnenmarkt ein Vorteil für das Kapital und damit nach herkömmlicher Ansicht – die die Sozialdemokraten im wesentlichen teilen – auch für die Arbeiter. Ein größerer Binnenmarkt schafft mehr Arbeitsplätze – oder so wurde es eingeschätzt. In den letzten 25 Jahren ist die Arbeitslosigkeit in den Staaten der EU jedoch nur gewachsen und liegt derzeit bei 18 Millionen (1973 waren es 4 Millionen). Das hat nur begrenzt etwas mit der EU zu tun, die meisten wären auch sonst durch Umstrukturierungen usw. arbeitslos geworden; die Unternehmen haben eine Überproduktion, die derzeit nicht vom Markt aufgesogen werden kann.

Aber die unmittelbare Erfahrung der Arbeiter besagt, daß die wirtschaftliche Krise seit 1973 – als Dänemark der EWG beitrat – nur größer geworden ist. Wie schon erwähnt, fürchten besonders ungelernete Arbeiter die EU, weil sie durch die technologische Entwicklung aus dem Arbeitsmarkt verstoßen sind – die Konkurrenz ist auch für Arbeiter schärfer geworden. Und natürlich versuchen Unternehmen aus anderen EU-Staaten, die Bestimmungen zu umgehen, die besagen, daß ausländische Arbeiter nur zu Inlandstarifen beschäftigt werden dürfen. Bisher sind diese Praktiken in Dänemark weitgehend verhindert worden – durch Boykott, Warnstreiks, Arbeitsgerichtsurteile usw.

Der dänische Arbeitsmarkt ist gewiß nicht ein Idealzustand für Arbeiter, wie u.a. der Abschluß des Streiks zeigt. Aber er baut auf einer wohlorganisierten Gewerkschaftsbewegung auf, fast alle dänischen Arbeiter sind gewerkschaftlich organisiert, und dies gibt eine andere Stärke als es in den meisten EU-Ländern der Fall ist. Aber diese Stärke hat auch Illusionen zur Folge. Viele der EU-Gegner – wie etwa der frühere Gewerkschaftssekretär John Mølgaard von der Fabrikarbeitergewerkschaft [SiD] – glauben daß Dänemark, ein

Staat mit 5 Millionen Einwohnern, auch heute noch politisch und ökonomisch unabhängig existieren kann. Alle dänischen Gewerkschaften sind gegen weitgehende Reglementierungen des Arbeitsmarktes, weil sie ihre Stärke in Dänemark auf EU-Verhältnisse übertragen. Andererseits sehen sie, wie auf EU-Ebene versucht wird, das Streikrecht einzuschränken, wie nach dem letzten Streik der LKW-Fahrer in Frankreich, wo damit argumentiert wurde, daß die Waren sich frei bewegen können müssen.

Es sind in der Tat zwei Prinzipien, die sich hier entgegenstehen, und die nicht auf einen Nenner gebracht werden können: die freie Beweglichkeit des Kapitals und der Waren stehen dem elementaren Streikrecht der Arbeiter gegenüber – natürlich möchten die Unternehmer das Streikrecht juristisch abwürgen, wie es weitgehend in England unter der konservativen Regierung durchgesetzt wurde. Wogegen John Mølgaard sich wendet, und er ist typisch für die meisten der sozialdemokratischen EU-Gegner, ist die Entwicklung der EU zu einem Staat mit gemeinsamer Außen-, Militär- und Wirtschaftspolitik. Es ist auch richtig, daß etwa die Euro-Kriterien auf dem Rücken der Arbeiter erreicht worden sind – wo sie erreicht worden sind. Es ist klar, daß die EU weitgehend im Interesse des Kapitals liegt, und daß noch so viele Beschwörungen nichts daran ändern. Auch daß in 12 der 15 Staaten sozialdemokratische Parteien die Regierung führen oder an ihr beteiligt sind, ändert daran nichts.

Was abgelehnt wird – aber sehr verschwommen – ist die Entwicklung der EU zu einem »Fort Europa« mit den osteuropäischen Staaten als Vorfeld. Als Alternative stellt er sich ein dezentrales Europa vor, in dem das Selbstbestimmungsrecht der Länder und Völker respektiert wird. Das demokratische Defizit der EU wird von ihm zu recht kritisiert, allerdings der Ausbau etwa des europäischen Parlaments zu einer Institution, die tatsächlich eine Kontrollfunktion hätte, abgelehnt – ob ein solcher Ausbau das demokratische Defizit wesentlich abbauen würde, ist schließlich auch mehr als zweifelhaft. Der Widerstand gegen die EU gründet sich nicht auf einer grundlegenden Einschätzung der Entwicklung des Kapitalismus, sondern weitgehend auf Emotionen, er ist in sich widersprüchlich – aber solange er den reibungslosen Ablauf der Entwicklung behindert, hat er eine gewisse Funktion. ■

### NACHTRAG

## Die Volksabstimmung vom 28. Mai

Auch mit der mehrheitlichen Zustimmung zu den Amsterdamer Verträgen bei der Abstimmung Ende Mai ist die Auseinandersetzung um die EU in Dänemark nicht beendet. Zwar wurden die Befürchtungen der sozial-liberalen Regierung und des größten Teiles der Gewerkschaftsführungen, die Mehrheit der Bevölkerung könnte, auch aus Frustration gegenüber dem Regierungseingriff gegen den Streik, mit »nein« stimmen, nicht bestätigt. Jedoch stand andererseits die Teilnahme an der gemeinsamen Währung und die offizielle Geltung der Konvergenzkriterien gar nicht zur Abstimmung, und Dänemark wird nach Aussagen der Regierung

Maastricht II im Jahre 1993 ist die Zahl der Befürworter einer Vertiefung der EU im Sinne einer gemeinsamen Staatsbürgerschaft, der Aufhebung der Zölle und Grenzen, dem Beitritt zum Schengener Abkommen u.s.w. noch weiter gesunken. Nicht nur der relative, auch der absolute Anteil der Befürworter sank, da sich im Vergleich zu 1993 (86,3 Prozent) nur noch 75,6 Prozent an der Stimmabgabe beteiligten. Weiterhin hat es eine Umschichtung der Stimmenverhältnisse gegeben: In den Städten ist die Zahl der Befürworter prozentual etwas gestiegen, auf dem Land etwas gesunken.

Die Nein-Kampagne mußte bei der diesjährigen Abstimmung mit der Schwierigkeit umgehen, daß nicht nur die o.a. ökonomischen Begründungszusammenhänge in der öffentli-

Die Regenbogen-Koalition der EU-Gegner (Junibewegung) konnte sich von diesen Tönen, die mit der EU vor allem die Gefahr der »Überlastung« Dänemarks durch Einwanderer an die Wand malen, nicht eindeutig distanzieren. So warnte die Junibewegung in einem Plakat der Nein-Kampagne vor der Öffnung der EU nach Osteuropa mit den Worten »Willkommen, 50 Millionen Polen«, ein Schritt, der im Nachhinein als »Mißverständnis« oder »Provokation« deklariert wurde, von den meisten linken EU-GegnerInnen aber gar nicht heiter aufgenommen wurde. Im Gegensatz hierzu war die Anti-EU-Kampagne beispielsweise der Einheitsliste eindeutig antirassistisch ausgerichtet.

Mit dem Sieg bei der Volksabstimmung ist die sozial-liberale Regierung zunächst wieder etwas gestärkt. Ob die Eingriffe gegen den Streik zu dieser Stärkung beigetragen haben

oder nicht ist schwer zu entscheiden. Die Mehrheit für ein »ja« ist, im Vergleich zu Meinungsumfragen aus dem Winter letzten Jahres, eher gesunken. Die Regierung beeilte sich nach der Abstimmung zur EU zu erklären, daß nun weitere Schritte zur Vertiefung der dänisch-europäischen Zusammenarbeit nicht mehr unternommen werden. Damit ist sicher nicht gemeint, daß die Deregulierung des Versicherungs- und Sozialsystems und des Arbeitsmarktes nun gestoppt wird. Aber dies wird wohl auch kaum bei einer Volksabstimmung entschieden, und es ist ebenso auszuschließen, daß ein »nein« bei der Abstimmung ohne gleichzeitige massive soziale Auseinandersetzungen um die Rechte der Beschäftigten, die soziale Absicherung usw. an der grundsätzlichen Linie der dänischen Sozial- und Arbeitsmarktpolitik Entscheidendes geändert hätte.

5.6.98 ■

■ BUSINESS AS USUAL?

## Hintergründe und Auswirkungen der asiatischen Finanzkrise

Als sich im Spätherbst letzten Jahres die asiatische Krise zuspitzte, da hatte es den Anschein, als ob eine Kettenreaktion in Gang gesetzt worden sei, welche die Mehrzahl der fernöstlichen Länder in den wirtschaftlichen Abgrund zöge. Es konnte sogar der Eindruck entstehen, als ob auch die führenden Industrienationen massiv betroffen werden könnten. Inzwischen hat sich die Lage an den Börsen zunächst einmal beruhigt. Die betroffenen Bevölkerungen durchleben jedoch erst jetzt die Krise in vollem Maß. Die Arbeitslosenzahlen sollen in der nächsten Zeit in der Größenordnung von mehreren Millionen zunehmen. Es zeichnet sich unerbittlich ab, daß die Preise für die tägliche Nahrung dauerhaft hoch bleiben werden. Die Lebenshaltungskosten haben sich für viele verdoppelt. In vielen ostasiatischen Ländern werden die Arbeiter in ihren Lebensverhältnissen um mehr als ein Jahrzehnt zurückgeworfen.

Diese Entwicklung wirft zumindest zwei Fragen auf. Erstens: Wie kommt es zu dieser rasanten Entwicklung? Zweitens: Welche Auswirkungen hat sie auf die Weltwirtschaft und für uns?

### Die Finanzkrise ist im Kern eine Krise der Produktion

Auf den ersten Blick ist die asiatische Krise vor allem eine Finanzkrise: In allen der sogenannten Tiger- bzw. Drachen-Länder" hatte die Auslandsverschuldung in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Diese Kredite wurden zwar auch gebraucht, um den zunehmenden Binnenkonsum zu bezahlen, vor allem jedoch, um die Wirtschaft von einer arbeitsintensiven zu einer technologieintensiven umzustrukturieren. Die wachsende Auslandsverschuldung hatte dazu geführt, daß in immer stärkerem Umfang auf kurzfristige Kredite gesetzt werden mußte, um die alten umzuschulden. Genau diese Kurzfristigkeit wurde jetzt zum akuten Problem.

Die riesigen Finanzströme sind vor allem ein Ausdruck



dort aufgrund der seit langem anhaltenden, auch durch die Investitionen in neue Technologien und die Einführung neuer Produktionsmethoden (Stichwort: Lean Production) nicht beseitigten Verwertungskrise. Bis kurz vor der Krise erlebte die Region Rekordzuflüsse ausländischen Kapitals. Nach Angaben der Vereinten Nationen stiegen die ausländischen Direktinvestitionen in Süd- und Ostasien allein im Jahre 1996 um 25 Prozent auf insgesamt etwa 80 Mrd. US-\$, der größte Teil davon Direktinvestitionen ausländischer

Unternehmen in neue Produktionsanlagen oder Beteiligungen an einheimischen Unternehmen".

Weil lange Zeit ständig und im Wachsen dem Maße Geld nachfloß, entstand der Eindruck, dieser Finanzkreislauf habe nichts mit der eigentlichen Produktion zutun. Irgendwann ist jedoch bei allen internationalen Kreditgeschäften unweigerlich der Punkt erreicht, wo klar wird, soviel Geld, wie die ausländischen Investoren erwarten, kann vor Ort nicht produziert werden. Dann kommt es unweigerlich zur Finanzkrise. Denn die Kapitalanleger verlassen in Scharen das Land und suchen sich attraktivere Anlagestandorte. Auch wenn die Finanzkrise im Falle Südostasiens nicht durch eine Krise der Produktion ausgelöst wurde, ist sie doch Ausdruck einer problematischen Entwicklung der Realwirtschaft. In dem Augenblick, wo klar wird, die weitere Ausdehnung der Produktion im bisherigen Tempo wird nicht mehr möglich sein, müssen die Finanzgeschäfte wieder auf den realen (Produktions)-Kern zurückgeschraubt werden.

### **Produktionsmodell der Drachen-Länder**

Nicht wenige Beobachter sehen freilich in der spezifischen Weltmarktorientierung der Tiger- und Drachen-Länder gerade den Grund für die augenblickliche Krise. Ihre Abhängigkeit von der ersten Welt sei ihnen zum Verhängnis geworden. Diese besondere Wirtschaftsstruktur hatte sich erst seit den fünfziger Jahren herausgebildet. Seit der Weltwirtschaftskrise Ende der zwanziger Jahre hatte sich die kapitalistische Weltarbeitsteilung verändert: Vorher war die erste Welt für die Herstellung der Investitionsgüter zuständig. Die Dritte Welt lieferte die Rohstoffe. Die – verglichen mit heute: wenigen – Konsumgüter, die in der ersten Welt gebraucht wurden, wurden häufig hier handwerklich hergestellt.

Erst im Zuge der Herausbildung der entwickelten kapitalistischen Massenproduktion sowie der damit verbundenen Erhöhung des Lohnniveaus breiter Schichten der Lohnabhängigen und der Ausweitung des Sozialstaates entstand in den führenden Industrieländern eine Wirtschaft, die sehr wesentlich auf der Herstellung von Massenkonsumgütern basierte. Ab etwa Ende der fünfziger Jahre entstand die Möglichkeit, freilich angesichts der enormen Konsumnachfrage auch: die Notwendigkeit, ebenso in Ländern der Dritten Welt einfache Konsumgüter industriell herzustellen. Unter anderem deshalb wurde nach dem Zweiten Weltkrieg nach und nach der Welthandel liberalisiert.

Die erste Generation der heutigen Industrieländer Südostasiens – Hongkong, Singapur, Taiwan und Südkorea – praktizierte dabei sehr früh eine Wirtschaftspolitik, die direkt auf die staatliche Förderung solcher Exportindustrien setzte. Anders als in den meisten Ländern Lateinamerikas oder des Nahen Ostens war das Ziel nicht der Aufbau nationaler, für den Binnenmarkt produzierender Schlüsselindustrien wie Stahl, Chemie oder Maschinenbau, um die Abhängigkeit von den Industrieländern zu mindern (»importsubstituierende Industrialisierung«). Vielmehr ging es darum, durch das gezielte Ausnutzen der Lohnkostenvorteile Devisen durch den Export einfacher Konsumgüter oder die Übernahme von Montagearbeiten für multinationale Konzerne zu erwirtschaften und mit diesen Einnahmen die nationale Industriestruktur auszubauen und technologisch zu entwickeln (»exportorientierte Industrialisierung«).

Nicht vergessen werden darf auch, daß es im Interesse der führenden westlichen Industrienationen war, im Kalten Krieg gegenüber der Sowjetunion und der Volksrepublik China Länder aufzupäppeln, die als »Schaufenster des Kapitalismus« dienen konnten. Ohne die Milliardentransfers insbesondere aus den USA wäre der wirtschaftliche Aufschwung der vier »kleinen Tiger« und ihrer heutigen Nachfolger (Thailand, Indonesien, Malaysia, Philippinen) nicht möglich gewesen.

Zunächst begannen diese typischen Dritte-Welt-Länder deshalb gemäß ihres Produktionsniveaus zwar mit der Herstellung von simplen Massenwaren: zum Beispiel Textilien oder Schuhe. Mit den damit gemachten Gewinnen bauten sie aber bald ihren Produktionsapparat aus und qualifizierten ihre Arbeiter. Im nächsten Schritt konnten sie dann »anspruchsvollere« Güter produzieren. Aber auch für die galt: wesentliche Voraussetzung, um sich am Markt durchzusetzen, war: Sie mußten billiger sein.

Nur in wenigen Bereichen ist es den Drachen-Ländern gelungen, in solche Bereiche der Spitzentechnologie vorzustoßen, daß sie auch Produkte verkaufen können, die zwar teurer sind als die Konkurrenzprodukte, aber deren Qualität oder deren technologischer Vorsprung so außerordentlich sind, daß der Kunde auch einen höheren Preis hinnimmt. Kostengünstiger konnten diese Länder solange sein, wie ihre Arbeiter zum einen vergleichsweise niedrige Löhne akzeptierten und zum anderen die Bauernmassen genügend groß waren, um einen ständigen Nachschub billiger Arbeitskräfte zu garantieren. Praktisch alle Drachen-Länder sind inzwischen – wenn auch auf unterschiedlicher Stufenleiter – Opfer ihres kapitalistischen Entwicklungsweges geworden. Deutlich wird das an den nachlassenden Wachstumsraten.

Natürlich ist völlig klar, daß sich keines der Drachen-Länder mit den führenden Industrieländern vergleichen läßt. Nicht umsonst ist allein Südkorea in die OECD aufgenommen worden (einer Aufnahme Taiwans stehen die Probleme entgegen, die sich aus dem Alleinvertretungsanspruchs Pekings ergeben). Andererseits zeigt jedoch deren Entwicklung aus ursprünglichen Agrarländern, über verlängerte Textil-Werkbänke, danach den Aufbau einer Schwerindustrie, schließlich den Übergang zu High-Tech-Branchen, daß eine völlige Unterwerfung und Abhängigkeit von den führenden Industrienationen nicht mehr den Realitäten entspricht. Entscheidend profitiert hat die Region von der seit den achtziger Jahren massiv vorangetriebenen Internationalisierung der Produktion in vielen wichtigen Industriebranchen. Die vor allem in den Tiger-Staaten der ersten Generation entstandenen Industrien haben dabei wesentliche Bereiche fortgeschrittener Industriebranchen übernommen und treten entweder als technisch hochentwickelte Zulieferer oder eigenständige Anbieter auf. Wie der jüngst erfolgte Verkauf der PC-Produktion von Siemens an den taiwanesischen Acer-Konzern deutlich macht, werden dabei insbesondere solche Produkte übernommen, die trotz größter Stückzahlen und modernster Fertigungstechnik in den kapitalistischen Industrieländern nicht mehr profitabel herzustellen sind.

Im Augenblick der Krise zeigten sich freilich auch die Nachteile. Wenn die Krise jetzt so kettenartig schlagartig in einem Land nach dem anderen ausbrach, dann liegt das daran, daß die Kehrseite der »Globalisierung« der kapitalistischen Produktion deren »Kontinentalisierung« ist, also die verstärkte Verflechtung der Produktion innerhalb der

drei führenden Industrieregionen Nordamerika, Europa und Ostasien mit den ihnen jeweils angeschlossenen Niedriglohnländern. In den letzten Jahren haben nicht so sehr die weltweiten Geschäfte als solche deutlich zugenommen, sondern vor allem die innerhalb der geographisch nahegelegenen Regionen: In Europa vor allem die innerhalb der EU, nicht so sehr die der EU-Länder zum Beispiel mit den USA oder Asien, in Amerika die zwischen den NAFTA-Ländern und in Asien die zwischen den verschiedenen Tiger- bzw. Drachen-Ländern und Japan.

Größer geworden ist damit aber auch die Abhängigkeit der Länder und Konzerne innerhalb der jeweiligen Großregionen, so daß krisenhafte Entwicklungen um so härter und schneller auf die anderen Länder überschlagen. Im Falle Südostasiens zeigt sich dabei in zuvor kaum dagewesener Deutlichkeit, daß gerade die ökonomisch schwächsten Länder der Region am schärfsten von der Krise betroffen werden. Interessanterweise ist von den vier Tigerländern der ersten Generation nur Südkorea massiv in die Krise geraten. Die gravierendsten Auswirkungen der Krise tragen jedoch die erst in den letzten Jahren in die regionalen Produktionszusammenhänge einbezogenen Länder, namentlich Thailand, Indonesien und Malaysia, sowie die noch am untersten Ende dieser Entwicklung stehenden Länder wie Laos oder Vietnam.

### **Welche Rolle spielt der Internationale Währungsfonds?**

Nachdem die Wirtschaftsprobleme deutlich geworden waren, schlug die Stunde des IWF. Es gibt eine Reihe von Experten, welche die Krise vor allem als Ergebnis von »falschen« IWF-Maßnahmen sehen: Dessen rigide, nicht angemessene Maßnahmen hätten erst aus einem Problem eine Krise gemacht. Die vom IWF verordneten Programme hätten das Wachstum endgültig ruiniert. Erst die IWF-Politik begünstigte die wirtschaftliche Deflation. Die Schockprogramme würden einzig auf staatliche Sparmaßnahmen setzen. Aber die Staatsverschuldung sei in der Regel gering gewesen. Die Krise sei durch spekulative Privatkredite ausgelöst worden. Nachdem die Finanzkraft als Folge von faulen Krediten geschrumpft sei, verschärfe eine rigide staatliche Sparpolitik die Situation sogar noch weiter.

Eine solche Sichtweise, die auch aus den Reihen linksliberaler und linker Kritiker des IWF geäußert wird, übersieht aber die eigentliche Funktion des IWF. Der IWF soll doch keinesfalls in erster Linie die Wirtschaften dieser Länder »retten«. Er hat vor allem die Funktion, dafür zu sorgen, daß die reinigende Wirkung der Krise nicht auch die Wirtschaft der »ersten Welt« beschädigt. Durch die harten IWF-Maßnahmen ist zu gewährleisten, daß die »schwachen« Unternehmen aussortiert werden, damit die »starken« um so bessere Geschäfte machen können.

Im Zusammenhang mit dem IWF-Programm wird auch immer wieder die Frage gestellt, ob es nicht von vornherein ins Leere läuft, denn die Verhandlungen haben vor allem staatliche Stellen zum Partner. Real müssen jedoch – anders als in der lateinamerikanischen Krise der achtziger Jahre – sehr viele Privatinvestoren auf Kurs gebracht werden. Dies gestalte den Spielraum des IWF schwieriger als bei der Verschuldungskrise in Lateinamerika, wo der IWF vorwiegend mit den Staaten zu tun hatte. Nur bedingt trifft diese Argu-

mentation zu: Ohne Frage werden die gegenwärtigen Verhältnisse dadurch komplizierter, daß die teilweise gegensätzlichen Interessen der verschiedenen Privatbanken und Einzelunternehmen eine große Rolle spielen. Das ändert wenig an der eigentlichen Durchschlagskraft des IWF-Programms.

Tatsächlich ist dessen wichtigste Funktion zu verhindern, daß jetzt der jeweilige Nationalstaat zugunsten »seiner« Wirtschaft ein »billiges« staatliches Hilfsprogramm auflegt. Wie in Lateinamerika muß der IWF dafür sorgen, daß die **direkte Kontrolle durch das internationale Kapital** größer wird. Inzwischen können sich viele Multis in Fernost massiv einkaufen. Letztlich wird enorme Kapitalkraft von jenen Ländern auf die erste Welt übertragen. Der Wert der Übernahmen asiatischer Firmen durch Investoren insbesondere aus den westlichen Industrieländern hat sich bereits 1997 gegenüber 1996 verdoppelt. Die Tendenz ist weiter ansteigend. In Südkorea dürfen ab Dezember 1998 erstmals ausländische Investoren 55 Prozent des Kapitals einheimischer Firmen erwerben. In Thailand können ausländische Gesellschaften seit dem Oktober letzten Jahres inländische Finanzinstitute mehrheitlich übernehmen.

Da eine Aufkauf-Strategie durch das aktuelle IWF-Programm flankiert wird, erfüllt es im Prinzip also die gleiche Funktion wie bei den Staatskrediten in Lateinamerika: Zu verhindern, daß jene Firmen überleben, die aus Sicht der internationalen Konkurrenz vernichtet gehören, und bei den übrigen den Einfluß zu stärken. Bei den lateinamerikanischen Ländern, wo es sich vergleichsweise stärker um verstaatlichte Wirtschaftsbereiche handelte, erfolgte das durch den Druck auf die Führungsspitzen in den staatlichen Verwaltungen. In Südostasien geschieht das, indem der Staat daran gehindert wird, entsprechende Auffangnetze für die Privatfirmen zu spannen. Dazu waren die staatlichen Verwaltungen der Tiger- und Drachen-Länder in ganz besonderem Maße befähigt: Auch wenn es sich dieses Mal in starkem Maße um Kredite an Privatfirmen handelt, das spezifische System dieser Länder, in denen der Staat eine besondere Bedeutung für die Entwicklung der eigenen Wirtschaft hat, führt dazu, daß letztlich doch auch in der Tätigkeit der großen Privatkonzerne in starkem Maße der Staat der jeweiligen Länder eingeschlossen ist.

### **Die Ursachen der Krise sind internationaler Natur**

Auch wenn festzustellen ist, daß es zahlreiche interne Ursachen der Krise in den betroffenen asiatischen Länder gibt, so muß die aktuelle Zuspitzung dieser Probleme im Zusammenhang der weltweiten Wachstums- und Verwertungskrise der kapitalistischen Produktionsweise erklärt werden. Wie die Reaktionen aus den Führungsetagen des internationalen Finanzkapitals in New York und London deutlich gemacht haben, besteht auch in diesen Kreisen die Furcht vor einer weltweiten »Deflation«, also eines sich selbst beschleunigenden Niedergangs von Nachfrage, Preisen, Profiten und Investitionen wie etwa in der Weltwirtschaftskrise der zwanziger und dreißiger Jahre.

Die These der damit befaßten Experten, die auch von vielen linken Ökonomen bei uns und in anderen Industrieländern geteilt wird<sup>3)</sup>, basiert darauf, daß vielerorts die Realinkommen stagnieren bzw. seit längerem sinken. Entsprechend könnten nur noch niedrige Preise verlangt werden. Dadurch sanken die Gewinne, was letztlich zu Firmenpleiten führe. Weil die Nachfrage der Lohnempfänger durch diesen Prozeß

3) Vgl. z.B. die diesbezügliche Diskussion in »Sozialismus«, Heft 2/98

geschwächt werde, komme es zusätzlich zu Überkapazitäten auf Seiten der Unternehmen. Offensichtlich bewege sich die Weltwirtschaft in Richtung auf eine große Krise.

Immerhin gibt es aktuell Tendenzen, die in Richtung auf eine Deflation zu weisen scheinen. Zumindest gehen vielerorts die Inflationsraten deutlich zurück. Statt von Deflation wäre es allerdings angebrachter, von »Disinflation« zu reden. OECD-weit betrug die Inflation Ende 1996 4,7 Prozent, Ende 1997 lag sie nur noch bei 4,2 Prozent. Wird jeweils die Türkei herausgerechnet, weil sie vergleichsweise sehr hohe Inflationsraten ausweist, dann ging die Rate von 3,3 Prozent auf 2,3 Prozent zurück<sup>4)</sup>.

Diese verringerten Preissteigerungen resultieren wesentlich aus den Rationalisierungserfolgen und den damit einhergehenden Lohnsenkungen, respektive den niedrigeren Lohnsteigerungen. Das vergleichsweise niedrige Lohnniveau ist aber nicht allein Ergebnis von technologischen Effizienzsteigerungen, sondern war auch möglich, weil es auf Seiten der Arbeiterschaft infolge des Zusammenbruchs des realen Sozialismus und der Globalisierung politische Ängste gegenüber der Übermacht des Kapitals gibt, die sie bereit sein lassen, Lohnabbau hinzunehmen. Der Präsident der Zentralbank der USA, Greenspan, hat dies im Laufe des letzten Jahres ganz unverblümt zum Ausdruck gebracht: Die relativ günstige Entwicklung der US-Wirtschaft in den letzten Jahren basiere seiner Meinung nicht zuletzt darauf, daß die US-amerikanischen Arbeiter aufgrund der dauerhaften Angriffe der Unternehmer und weitgehender Zerschlagung der Gewerkschaften heute auch in Aufschwungphasen schlicht und einfach Angst hätten, höhere Löhne zu fordern.

Auch wenn solche Erfahrungen für die meisten Arbeiter in den entwickelten kapitalistischen Industrieländern Realität sind, so bilden die sinkenden Reallöhne und die schwache Konsumnachfrage keineswegs die Hauptursache des Problems. Wenn Kapitalisten von »Überkapazitäten« reden, meinen sie nicht etwa einen »zu großen« Produktionsausstoß. »Überkapazitäten« beziehen sich immer nur auf den Produktionsapparat, der zu aufgebläht ist, um profitabel zu sein. In der deutschen Automobilindustrie haben wir ein Beispiel dafür, wie ein Industriezweig inzwischen wieder riesige Profite einfährt, weil er es geschafft hat, einen höheren Produktausstoß mit kleinerer Mannschaft einzufahren. Das heißt, das so viel diskutierte Problem, die Industrie produziere in Relation zur Nachfrage zu viele Autos, ist gelöst worden, indem der Produktionsapparat verschlankt worden ist – nicht dadurch, daß weniger Autos hergestellt werden.

Eine entscheidende Rolle spielt dabei der Ausbau großer, leistungsfähiger Produktionskapazitäten in Ländern mit relativ niedrigen Löhnen und einer sich rasch qualifizierenden Arbeiterschaft wie in Südostasien. Während Branchen, wie die Textil- oder die Elektronikindustrie, bereits zum überwiegenden Teil in solchen Ländern fertigen lassen, unterliegen auch diejenigen mit einer nach wie vor großen Produktion in den kapitalistischen Zentren – zum Beispiel Stahlin-

dustrie, Metallverarbeitung, Petrochemie oder Maschinenbau – einem ständigen Konkurrenzdruck billigerer Importe. Namentlich in den USA, wo die Ökonomenzunft heute die »neue amerikanische Ökonomie« mit recht stabilen Wachstumsraten ohne Inflation bejubelt, hat dies dazu geführt, daß selbst in Branchen mit Kapazitätsauslastungen von 90 Prozent und mehr kaum Preiserhöhungen entstehen. Das rasche Wachstum der in den »Schwellenländern« verfügbaren Produktionskapazitäten vermag auch das scheinbare Wunder zu erklären, warum in den USA in den letzten Jahren ein solches »inflationstheoretisches Wachstum« erzielt werden konnte, obwohl die Arbeitsproduktivität nicht in nennenswertem Ausmaß gesteigert wurde.<sup>5)</sup>

Bei der Frage, warum es zu einer Krise kommt, kommt es schließlich nur sehr bedingt auf den individuellen Konsum an. Wäre die Wirtschaft einzig und allein vom Arbeiterkonsum abhängig, befände sie sich dauernd in der Krise. Diese Nachfrage stellt nur einen kleinen Teil der Gesamtnachfrage dar. Ein Indiz hierfür sind die Umsätze der deutschen Wirtschaft: Diese wurde '96 nur zu 22,8 Prozent von Gebrauchs- und Verbrauchsgüterproduzenten aufgebracht, zu 77,2 Prozent wurden sie von Vorleistungs- und Investitionsgüterproduzenten erwirtschaftet.

### **Krise und Kapitalentwertung in Südostasien**

Die asiatische Krise brach nicht aus, weil die Drachen-Länder daran gescheitert wären, daß sie in Relation auf einen Weltmarkt, wo die Konsumnachfrage infolge sinkender Löhne gesunken sei, zu viel produziert hätten. Keines dieser Länder litt bei Ausbruch der Krise an einer Exportschwäche. Die Zuwachsraten wurden geringer, aber quantitativ konnten sie in der Regel weiterhin immer noch mehr verkaufen als in den Jahren zuvor. Die Region profitierte dabei vom weltweit relativ niedrigen Kurs des US-Dollar, an den die Währungen der Länder angekoppelt waren. Dies machte die Importe aus diesen Ländern in ihrem wichtigsten Absatzmarkt, den USA, im Verhältnis zu denen aus anderen Ländern – selbst der nähergelegenen »Billiglohnländer« Lateinamerikas – relativ kostengünstig und sorgte für einen dauerhaften Exportboom, dessen Kehrseite die stetigen Handelsbilanzdefizite der USA ist.

Der seit Anfang 1997 zu beobachtende Höhenflug des Dollar, verursacht durch die boomende Konjunktur in den USA, und die Abwertung der wichtigsten Konkurrenzwährungen Yen und DM aufgrund der wirtschaftlichen Stagnation in Japan und Europa, wurde damit zum Auslöser der Krise in Südostasien. Er erhöhte auf dem Papier auch die Preise der Drachen-Länder, so daß die Exportunternehmen dieser Länder sich mit deutlich sinkenden Profiten begnügen mußten. Zudem sind die Preise für zentrale Exportgüter der Drachen-Länder in den letzten Jahren deutlich gesunken. Um den gleichen Erlös zu erzielen, mußten immer mehr Waren in den Markt gedrückt werden, was aber wegen des Dollar-Höhenfluges immer schwieriger wurde.

In dem veränderten Verhältnis der einheimischen Währungen zum Dollar kommt eine veränderte Produktivitätsrelation zum Ausdruck: Während in den USA die Arbeiter in den letzten Jahren wieder stärker ausgebeutet wurden, indem der Arbeitsdruck, Überstunden und unsichere Beschäftigung massiv anwuchsen, schafften die Drachen-Länder dieses zusätzliche Ausbeutungsniveau auf ihrer Produktivitätsstufe nicht. Zwar herrscht in den meisten Ländern

4) Diese Rechnung basiert auf den Werten von zwanzig OECD-Ländern: In sieben Nationen stieg die Inflation weiterhin. In zweien gab es keine Veränderung. Und in elf verringerten sich die Inflationsraten. Andererseits müssen wir freilich auch sehen, daß ohne die Preise für Energie und Lebensmittelkosten, die im letzten Jahr besonders stark zurückgegangen sind, die Inflationsrate OECD-weit sogar von 2,0 Prozent 1996 auf 2,2 Prozent 1997 stieg.

5) Zahlen und Fakten nach »BusinessWeek«, 10.11.1997

Südostasiens nach wie vor ein deutlich höheres Ausbeutungs-niveau als in den USA und anderen Industrieländern; die verschlechterten Wechselkurse fraßen aber gerade jene entscheidenden Konkurrenzvorteile der südostasiatischen Länder auf, die diese in den letzten Jahren zu scheinbaren Gewinnern in der internationalen »Standortkonkurrenz« gemacht hatten.

Zum gravierenden Problem wurde diese Entwicklung, weil dieser Prozeß stark auf immense Kredite aufgebaut ist. Um die beträchtlichen Zinsen zurückzahlen zu können, müssen riesige Wachstumsraten erzielt werden. Das wurde in den letzten Jahren immer schwieriger. Um so dringender war es, die heimischen Produktionsbedingungen noch kostengünstiger zu gestalten. Das machte zum einen den Einsatz modernster Technologie nötig, was wiederum den teuren Import noch weiter anwachsen ließ. Zum anderen wäre es notwendig gewesen, die Arbeitskraft billiger zu machen.

Dies war nicht mehr im erforderlichen Umfang möglich. Zum einen war die überzählige ländliche Bevölkerung in dem Maße geschrumpft, wie die Industrieproduktion ausgeweitet wurde. Zum anderen hatten die Arbeiter in den letzten Jahren – damit das Expansionstempo ungeschmälert weiter beibehalten werden konnte – einen, wenn auch kleinen, Anteil am gewachsenen Gewinn erhalten. In einem aktuellen Weltbank-Bericht zu Ostasien wird darauf verwiesen, daß sich zwischen 1975 und 1985 die Armut in den fernöstlichen Ländern um 27 Prozent verringerte, im darauffolgenden Jahrzehnt zwischen 1985 und 1995 ging sie sogar um 35 Prozent zurück. In einzelnen Ländern war der Rückgang noch größer: In Indonesien betrug der Rückgang 82 Prozent, in Thailand 90 Prozent und in Malaysia 95 Prozent.

In dem Maße, wie die Zahl der Armen, die auch Hungerlöhne akzeptierten, geringer wurde, mußten Firmen zwangsläufig höhere Löhne anbieten, wollten sie ihre Arbeiter halten. In Südkorea wuchs das statistische Pro-Kopf-Einkommen von 87 Dollar 1962 auf mehr als 10.000 Dollar Mitte der 90er Jahre. Südkoreanische Manager behaupten, in Teilbereichen wäre die Produktion in Großbritannien billiger gewesen als in ihrem eigenen Land. In Bangkok kletterten die Mindesttageslöhne in den letzten sechs Jahren um fast 75 Prozent. So niedrig wie die Löhne in Thailand sind, sie sind circa dreimal so hoch wie in China. Das Pro-Kopf-Einkommen in der indonesischen Hauptstadt Jakarta lag vor der Krise bei 3500 Dollar. Im Landesdurchschnitt stieg es im letzten Vierteljahrhundert von 75 auf circa 1000 Dollar. In keinem der Drachen-Länder lag die Lohnsteigerung innerhalb des letzten Jahrzehnts unter 170 Prozent.

In der Regel wuchsen die Löhne schneller als die Produktivität, in Malaysia zuletzt dreimal so schnell. Zugleich wurde der Markt für ausreichend qualifizierte Arbeitskräfte immer enger: Wäre die Entwicklung wie bisher weitergegangen, hätten in Malaysia im übernächsten Jahr 22 Prozent der notwendigen Ingenieure und 43 Prozent der Techniker gefehlt. Die aus Sicht der Kapitalisten so notwendige billige Arbeitskraft ließ sich nur noch schwerlich auftreiben.

Die Kapitalisten der Drachen-Länder sind also in der Klemme zwischen gestiegenem Dollarkurs, dem durch die Investitionen der letzten Jahre verschärften Zwang zur Kapitalverwertung und der (vielerorts auch ohne Gewerkschaften) verbesserten Verteilungsposition der nationalen Arbeiterklassen in eine klassische Krise hineingeschlittert, in der neue Investitionen nicht mehr lukrativ waren, weil auf

dem bestehenden Niveau keine Mehrwertsteigerung mehr möglich war. Eine Ausdehnung der kapitalistischen Verwertung ist nur dann wieder möglich, wenn die Ausbeutungsbedingungen drastisch verändert werden. Dafür sorgt nun die Krise: Sie läßt zum einen Unternehmen und damit Kapital bankrott gehen. Zugleich fliegen die Arbeiter massenhaft auf die Straße und müssen sich mit schlechteren Arbeitsbedingungen zufriedengeben.

### **China als Bollwerk gegen die kapitalistische Kettenreaktion?**

Ein wesentlicher Faktor für die Entwicklung der südostasiatischen Industriestandorte wie auch für den Verlauf der gegenwärtigen Krise ist die zwischen den Ländern der Region bestehende Arbeitsteilung. Wie keine andere der Großregionen des kapitalistischen Weltmarktes ist der ostasiatische Wirtschaftsraum durch ein Nebeneinander von eng miteinander verbundenen Ländern mit recht unterschiedlichem Entwicklungsstand und ebenso unterschiedlichen politischen Herrschaftsverhältnissen gekennzeichnet. Im Unterschied zur Europäischen Union, die überwiegend aus relativ entwickelten Industrieländern gebildet wird, und auch dem NAFTA-Raum, der eine Handelsunion der Industrieländer USA und Kanada mit dem »Schwellenland« Mexiko ist, besteht Südostasien aus einer Anzahl von kleineren Ländern mit zumeist autoritären, an den USA ausgerichteten politischen Regimes, die jeweils in einem bestimmten Bereich der Industrieproduktion spezialisiert sind.

Dabei gibt es eine recht feingliedrige Arbeitsteilung und Abhängigkeit zwischen den Ländern. Bekannt ist, daß die weniger entwickelten Länder, wie zum Beispiel Indonesien oder neuerdings Vietnam, in Bereichen wie der Textilindustrie als Billig-Zulieferer für Konzerne aus Korea oder Taiwan dienen. In der Elektronikproduktion, der wichtigsten Industriebranche der Region, ist diese Abstufung am stärksten ausgeprägt. Hier sind zum Beispiel die älteren Produktionsstandorte für die Produktion und Entwicklung hochtechnologischer Kernbauteile »zuständig« (zum Beispiel Taiwan für PC's und spezialisierte Chips, Korea für Massenspeicherchips oder Singapur für Computer-Festplatten), während die weniger entwickelten Standorte wie Malaysia, Thailand oder die Philippinen als Montagestandorte für diese Komponenten fungieren und dabei ihrerseits produktionstechnisches Wissen entwickeln und ihre Infrastruktur ausbauen.

Diese regionale Arbeitsteilung war und ist einer der wichtigsten »Standortvorteile« Südostasiens in der internationalen Konkurrenz. Sie bietet den multinationalen Konzernen ein »flexibles« Angebot unterschiedlicher Bedingungen für die Produktion, die mit Hilfe der lokalen Banken und Unternehmen je nach den Bedürfnissen des jeweiligen Industriezweiges zwischen höher und weniger entwickelten Ländern »verschoben« werden kann. Die damit verbundene »Standortkonkurrenz« zwischen den Ländern hat sich in den letzten zwanzig Jahren als das wichtigste Instrument zur Erhaltung niedriger Lohnkosten und günstiger Produktionsbedingungen erwiesen. Auf einem, verglichen mit den entwickelten Industrieländern, immer noch niedrigen Lohn- und Kostenniveau konnten so die sich in den einzelnen Ländern herausbildenden Arbeiterklassen immer wieder gegeneinander ausgespielt und Lohnkämpfen der Boden entzogen werden. Nur selten kam es zu breiten Abwehrkämpfen. Die aus

diesem Zusammenhang entstandenen Streiks in Südkorea vor knapp zwei Jahren bildeten eher die Ausnahme.

Zum wichtigsten Billiglohnstandort am unteren Ende dieser regionalen Arbeitsteilung ist in den letzten Jahren die Volksrepublik China geworden, die mit ihren »Wirtschafts-sonderzonen« im Hinterland Hongkongs und anderer küstennaher Landesteile inzwischen auch den Löwenanteil ausländischer Direktinvestitionen in der Region anzieht. Wenn die Krise in der Region insgesamt bisher nicht noch größere Ausmaße angenommen hat, dann weil sich China bislang gegen ihre Sogwirkung wehren konnte. Tatsächlich wäre ein weiterer, ganz zentraler, Damm gebrochen, sollte China wie andere Länder der Region gezwungen sein, die eigene Währung massiv abzuwerten.

Potentiell ist die Situation durchaus gefährlich. Aber wahrscheinlicher ist es, daß China sich so lange wie möglich gegen eine Abwertung der eigenen Währung wehrt. Denn hernach verbilligten sich nur kurzfristig die chinesischen Exporte, weil in der augenblicklichen instabilen Situation sofort die anderen Währungen erneut unter Druck gerieten und dann noch weiter abgewertet werden müßten, so daß China kaum etwas gewonnen hätte. Darüber hinaus haben die Chinesen ein Interesse daran, die Bindung des Hongkong-Dollar an den US-Dollar zu erhalten. Eine Abwertung des Yuan gefährdete diese letztlich. Tatsächlich haben allein die Pekinger Währungsreserven bisher diese Bindung gewährleisten könnten. Für die chinesische Wirtschaft ist sie so wichtig, weil sie internationalen Investoren die Gewähr bietet, ihre Gewinne problemlos transferieren zu können. Erst das ist für jene ein zentrales Motiv, warum sie bereit sind, weiterhin Geld in die chinesische Wirtschaftszone Hongkong und von da aus weiter nach Festland-China hineinzupumpen. Für die Lage Chinas spricht obendrein, daß die dortige Wirtschaft im letzten Jahr einen Handelsbilanzüberschuß von 40 Mrd. Dollar erwirtschaftete.

Bedeutender für die »Stärke« der chinesischen Wirtschaft ist jedoch der enorme Arbeitskräfte-Markt: Noch können weitere Millionen von armen Bauern der kapitalistischen Lohnarbeit untergeordnet werden und so der Profitwirtschaft weiteren Aufschwung garantieren. Aber auch wenn die Wahrscheinlichkeit, daß der »chinesische Damm« bricht, gering ist, völlig ausgeschlossen ist es selbstverständlich nicht.

### **Die Rolle Japans**

Aus kapitalistischer Sicht bedrückender ist die Situation in Japan. Die Wirtschaft des Landes stagniert schon seit den frühen neunziger Jahren. Die relative Schwäche der Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern in Japan war schon in den letzten Jahren ein wesentlicher Faktor, der eine immer stärkere Orientierung der Exporte aus Südostasien auf die USA vorantrieb. Es wäre weltwirtschaftlich höchst problematisch, falls Japan in noch stärkerem Maße von der Krise betroffen wäre. In den Führungsetagen des Industrie- und Finanzkapitals schrillten deshalb alle Alarmglocken, als Ende 1997 immer deutlicher auch Japan in den Strudel geriet. Denn damit erhielt die Krise eine neue Qualität.

Solange wie die Krise vorwiegend allein die Drachen-Länder trifft, lassen sich die Auswirkungen weitgehend auf den asiatischen Raum eingrenzen. Falls Japan freilich in ärgere Schwierigkeiten geriete, bräuchten Japans Banken und Unternehmen frisches Geld. Je größer die Wirtschaft von

der Krise betroffen ist, desto mehr ist nötig. Das ist aber nur schwerlich zu beschaffen: Ihre Immobilien können die japanischen Unternehmen nur schlecht verkaufen. Denn die Preise liegen seit der großen Krise Ende der 80er, Anfang der 90er Jahre danieder. Falls sie in der jetzigen Situation Aktien abstoßen, brächte auch das nur wenig. Ein Verkauf von japanischen Staatsanleihen erhöhte die Zinsen und wäre endgültig Gift für die Binnenkonjunktur, die seit Beginn dieses Jahrzehnts noch nicht wieder in Fahrt gekommen ist und sich inzwischen sogar schon wieder in Richtung auf eine krisenhafte Zuspitzung bewegt.

Eine gangbare Möglichkeit wäre das Rückholen japanischen Kapitals aus dem Ausland. Zu denken ist dabei an die US-amerikanischen Staatsanleihen, die sich zu gut 70 Prozent in japanischem Besitz befinden – Wert circa 350 Mrd. Dollar. Damit nicht durch zögerlichen Verkauf auch noch hierfür die Preise in den Keller getrieben würden, böte es sich an, möglichst viele auf einen Schlag loszuschlagen. Welche Auswirkungen das auf die US-Wirtschaft hätte, läßt sich ausrechnen: In den USA müßten die Zinsen drastisch erhöht werden; die Konjunktur würde abrupt gebremst. Deshalb dürften japanische Banken dieses Instrument nur vorsichtig nutzen. Zum einen ist klar, welch explosives Gemisch sie dafür die Weltwirtschaft in ihren Händen haben. Zum anderen dürften die von solchem finanzkapitalistischen Ausverkauf ausgelösten Probleme für die US-Wirtschaft zum Sinken des Dollars führen, was wiederum die US-Importe zum Beispiel aus Japan sinken lassen, also nur zur Verschärfung der Krise in Japan führen dürfte.

Völlig undenkbar ist es freilich nicht, daß die japanischen Wirtschaftsbosse keinen Ausweg mehr sehen und nachhaltige Gelder aus dem Ausland abziehen. Die sowieso gravierenden Auswirkungen auf die westliche Wirtschaft dürften sich dann sogar potenzieren. Denn die hat bereits einen tiefgreifenden Rationalisierungskurs hinter sich. Offensichtlich reicht das bisherige Ergebnis aus kapitalistischer Sicht aber nicht aus. Falls die Weltkonjunktur einen herben Rückschlag erlitt, müßte die Ausbeutung noch einmal drastisch verschärft werden. Das machte, weil viele Rationalisierungspotentiale bereits stark ausgeschöpft sind und weil die Gefahr sozialer Konflikte sich vergrößerte, dann die Gefahr einer realen Weltwirtschaftskrise möglich.

Offenbar hat das in den achtziger Jahren viel diskutierte japanische »Modell« der Produktion, das inzwischen unter dem Schlagwort »LeanProduction« von den meisten Konzernen in den USA und Westeuropa nachgeahmt wurde, an Anziehungskraft eingebüßt. Angesichts der massiven ökonomischen Schwierigkeiten steht Japan heute in ähnlicher Weise als »kranker Mann« am Pranger des internationalen Wirtschaftslebens, wie noch vor nicht allzu langer Zeit etwa die BRD und ihr System des »rheinischen Wohlfahrts-Kapitalismus«. Fakt ist, daß die ökonomische Führungsmacht des ostasiatischen Raumes kaum in der Lage sein wird, die Rolle der »Wachstumslokomotive« für die Bewältigung der Krisenfolgen in der Region zu übernehmen.

### **Die Krise in Südostasien verschärft den weltweiten »Standortwettbewerb«**

Daß die Krise in Südostasien sich ausweitete und auch zu akuten, spürbaren Auswirkungen in den USA und Westeuropa führen wird, ist nach den bisherigen Entwicklungen eher unwahrscheinlich, aber in keiner Weise auszuschließen.

Angesichts der gegenwärtigen Konstellationen sind die Möglichkeiten, die Auswirkungen der Krise auf die betroffenen Länder der Region begrenzt zu halten, entscheidend davon bestimmt, ob die nach wie vor relativ günstige Konjunkturlage in den USA und Westeuropa fort dauert. Insgesamt wird das gegenwärtige wirtschaftliche Szenario in den USA und der EU davon begünstigt, daß die wichtigsten Wirtschaftsbranchen derzeit die Profite der in den Kriseneinbrüchen zu Anfang der neunziger Jahre durchgesetzten Umstrukturierung und Verschlankung ihrer Produktion einfahren können.

Die Krise in Südostasien hat deutlich gemacht, wie eng die Wirtschaftsentwicklung in den Metropolen heute mit den ökonomischen und sozialen Krisen in den industrialisierten Teilen der ehemaligen »Dritten Welt« verknüpft ist. Auch wenn die Befürchtungen, die USA und Westeuropa würden im Gefolge der Abwertung der Währungen in Südostasien von dort mit billigen Waren überschwemmt, derzeit übertrieben erscheinen, so hat sich doch in einigen wichtigen Bereichen bereits wenige Monate nach dem Ausbrechen der Krise der Konkurrenzdruck erheblich verschärft. In der Bundesrepublik müssen vor allem Branchen wie Grobanlagenbau und Maschinenbau mit erheblichen Auftragseinbußen rechnen, weil Investitionsprojekte in Südostasien zurückgestellt oder aufgegeben werden. Die Auswirkungen der Krise dürften hierzulande allerdings begrenzt bleiben, weil der Export nach Südostasien insgesamt nur 5,7 Prozent der gesamten Warenausfuhr der BRD ausmacht. In den USA sind immerhin 16 Prozent des Exportes betroffen, in Japan sogar 36 Prozent.<sup>6)</sup>

In der Automobilindustrie der USA etwa kam es bereits wenige Monate nach Ausbruch der Krise in Asien zu erneuten massiven Preissenkungen, Ausgelöst durch die Ankündigung des koreanischen Hyundai-Konzerns, die Importe in die USA im kommenden Jahr um 15 Prozent zu steigern und damit die Abwertung der koreanischen Währung zur Durchsetzung niedrigerer Preise in den USA zu nutzen, senkten Ford, General Motors und Chrysler die Preise für ihre Kleinwagenmodelle um etwa 10 Prozent. Hereingeholt werden soll dies durch erneute Kürzungen bei Produktionskosten und Löhnen in den USA, wofür die Konzernleitungen zur gleichen Zeit wieder neue »ehrgeizige« Ziele verkündeten. Allein Chrysler will 1998 wiederum etwa 1,5 Mrd. \$ einsparen, zugleich wurde ein Einstellungsstopp für neue Arbeiter verhängt. Bei General Motors gerieten damit auch wieder die europäischen Konzernunternehmen ins Gerede, bei Opel-Rüsselsheim machten daraufhin Unternehmensleitung, Betriebsräte und Landesregierung gemeinsam Front gegen die Konzernzentrale in Detroit, die den deutschen Standort trotz glänzender Zahlen schlechtden wolle.<sup>7)</sup>

Eine Verschärfung des Standortwettbewerbes für die hiesigen Belegschaften wird sich dadurch ergeben, daß die Krise

## Exporte der G-7-Staaten 1997

Anteile der Exporte in südostasiatische Krisenländer

Länder	Gesamtexporte (in Milliarden Dollar)	Nach Südostasien (in Prozent) <sup>9)</sup>
Vereinigte Staaten	688	16,0
Deutschland	511	5,7
Japan	421	36,0
Frankreich	287	5,6
Großbritannien	280	6,7
Italien	238	6,7
Kanada	214	3,2

1) Anteil der jeweiligen Gesamtexporte, der für Südkorea, Taiwan, Hongkong, Singapur, Indonesien, Malaysia, Thailand und die Philippinen bestimmt ist Durchschnitt der ersten drei Quartale 1997. Quellen: IW nach OECD und IWF; WTO

in Asien auch die globalen Umstrukturierungsprozesse in wichtigen Industriebranchen wieder mächtig angeheizt hat. Dies ist derzeit am deutlichsten sichtbar in der Automobilindustrie. Vor allem in Südkorea eröffnet die Krise und Sanierungspolitik des IWF den weltweiten Branchenführern die Möglichkeit, in großem Stil Teile der »Chaebol«-Konzerngruppen zu übernehmen. General Motors kaufte im Februar dieses Jahres die Hälfte des Kapitals von Daewoo-Motors und will sich darüber vor allem an der Fahrzeugproduktion des Konzerns in Osteuropa beteiligen<sup>8)</sup>. Ford hat kürzlich einen Einstieg bei Hyundai angekündigt. Auch die Mega-Fusion von Daimler-Benz und Chrysler sowie der beabsichtigte Einstieg von Daimler in die Lastwagenproduktion des japanischen Nissan-Konzerns stehen in diesem Zusammenhang. In der US-Wirtschaftszeitung »BusinessWeek« erklärte Chrysler-Chef Eaton wenige Tage vor Bekanntgabe der Fusion: »Hinter der Konsolidierung der Branche stehen weltweite Kräfte. Zwei Faktoren sind dabei besonders bedeutend: Die weltweiten Überkapazitäten in der Autoindustrie und die asiatische Wirtschaftskrise.«<sup>9)</sup>

In anderen Branchen lassen sich ähnliche Entwicklungen beobachten. In der Elektronik-Industrie hat die Krise in Südostasien ebenfalls den Preiswettbewerb drastisch verschärft. Führende Computerhersteller wie IBM oder Hewlett-Packard und Chip-Produzenten wie Intel oder SGS-Thomson haben erhebliche Gewinneinbußen hinnehmen müssen, weil die Krise in Asien einerseits den Absatz in den dortigen, nicht unwichtigen Märkten beeinträchtigte, zum anderen aber den Preisverfall bei PCs, Speicherchips und Mikroprozessoren drastisch beschleunigte. Koreanische und japanische Elektronikkonzerne haben große Investitionen in neue Chip-Anlagen in Texas, Oregon, Irland und Großbritannien gestoppt, zugleich versuchen US-Konzerne bei den in Schwierigkeiten geratenen Konkurrenten in Südkorea oder Singapur billige Produktionskapazitäten ein- oder aufzukaufen. Der US-Konzern Seagate, der weltgrößte Hersteller von Computerfestplatten, hat in seinen Fabriken in Singapur 1800 Beschäftigte entlassen, zugleich schwärmt Konzernchef Shugart von einem neuen Schub verbilligter Produktionskapazitäten im Gefolge der Krise.<sup>10)</sup>

In Südostasien haben diese Entwicklungen zunächst einmal die Entlassung von zehntausenden Arbeitern in den betroffenen Unternehmen, Lohnsenkungen und – wenn die angestrebte Sanierung der Konzerne durch eine gesteigerte

6) FAZ, 18.5.1998

7) New York Times, 13.1.1998

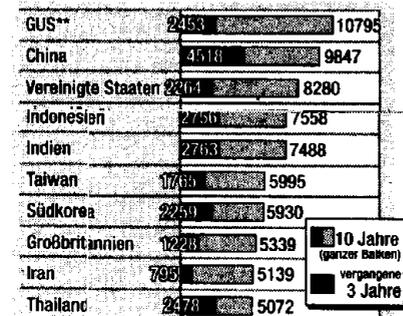
8) FAZ, 3.2.1998

9) Business Week, 18.5.1998

10) Electronic News, 1/1998

## Bedeutende Kundenländer des Großanlagenbaus

Auftragseingang von 1988 bis 1997<sup>1)</sup> in Millionen DM



<sup>1)</sup> ohne Ersatzteil- und Kleinaufträge, <sup>2)</sup> bis 1990 Sowjetunion  
Quelle: VDMA F.A.Z.-Grafik: Kaiser

Produktion für den Weltmarkt durchgezogen werden soll-auch eine Verschärfung des Arbeitsdrucks zur Folge. Die Unternehmensleitungen »vor Ort« wie auch in den beteiligten Konzernzentralen in den USA, Japan und Westeuropa setzen darauf, daß nur die leistungsfähigsten »Kernbetriebe« mit erheblich verschlankten Belegschaften an den nächsten Runden des weltweiten »Um-

baus« von Produkti-

ons- und Konzernstrukturen teilhaben. Zugleich werden die Bemühungen der meisten ostasiatischen Länder, auf der Stufenleiter der Produktion »nach oben« zu klettern, bis auf weiteres nachhaltig gehemmt. Dies zeigt sich zur Zeit in Südkorea, wo mit den Ausverkäufen der Chaebol-Konzerne auch wichtige zukünftige »High-Tech«-Produktionsbereiche in die Hand nicht-koreanischer Konzerne geraten. Diejenigen Länder Südostasiens, die sich derzeit unter den »Gewinnern« dieser Umstrukturierung sehen, namentlich Taiwan, sind nicht zuletzt deshalb attraktive Partner für die Multis in den Metropolen, weil sie den drastischen Verfall des Lohnniveaus in ihren Zulieferbasen in den am härtesten von der Krise betroffenen Ländern der Region ausnutzen können.

Alle diese Veränderungen werden aber nicht die grundlegende Ursache dieser Probleme beheben, nämlich die weltweite Überakkumulation des Kapitals, die sich trotz der relativ günstigen Konjunktursituation in den USA und Westeuropa auf längere Sicht gesehen in nach wie vor knappen Profitraten und gewachsenen Verwertungszwängen ausdrückt.

Anders als in vorangegangenen Krisenfällen wie etwa in den achtziger Jahren in den großen Ländern Lateinamerikas oder zuvor der Türkei kann die aktuelle Schuldenkrise in Südostasiens nicht durch den Ausverkauf von staatlichen Vermögenswerten an die internationalen Banken, die Privatisierung von Staatsbetrieben und die radikale Öffnung der nationalen Industrien für die Investitionen ausländischer Konzerne eingedämmt werden. Im Falle Südostasiens liegt der Schlüssel für die kapitalistische Sanierung in der beschleunigten Umstrukturierung von überwiegend hochmodernen Produktionsstrukturen, die selbst bereits im Zeichen der weltweiten »Verschlinkung« und »Modernisierung« des Produktionsapparates seit den siebziger Jahren aufgebaut wurden. Historisch gesehen liegt gerade hierin eine wesentliche neue Dimension der asiatischen Krise. Auch wenn es äußerlich schwer zu erkennen sein mag – die Wirtschaftskrise in Ostasien ist auch eine Krise des in den

letzten Jahren unter dem Schlagwort »Lean Production« weltweit durchgesetzten neuen Modells der kapitalistischer Massenproduktion.

## Politische Zwischenbilanz

Die Hauptlasten der ostasiatischen Wirtschaftskrise trägt die arbeitende Bevölkerung in der Region. Dazu zählen die ArbeiterInnen in Niedriglohnbetrieben der Bekleidungs-, Möbel- oder Elektronikproduktion in Ländern wie Thailand, Indonesien oder Malaysia ebenso, wie die Stammebelegschaften großer Industriekonzerne in Japan oder Südkorea und die Millionen von ArbeiterInnen im sozialistischen China, die nun durch den verschärften Sanierungskurs der chinesischen Regierung in den alten Staatsbetrieben arbeitslos werden oder sich zu niedrigsten Löhnen in den Weltmarktfabriken um Shanghai, Hongkong oder Kanton verdingen müssen. Bereits dieser Blickwinkel macht deutlich, wie unterschiedlich die Auswirkungen der Krise für die Arbeiterklassen in den einzelnen Ländern sind. Angesichts der starken Entwicklungsunterschiede, die für die Ökonomie der Region Ostasien kennzeichnend sind und durch die jetzige Krise eher noch vertieft werden, ist klar, daß auch die Reaktionen der arbeitenden Bevölkerung in den einzelnen Ländern der Region bislang sehr unterschiedlich ausgefallen sind.

Auch wenn wir durch die Medien in der Bundesrepublik darüber nur wenig erfahren und auch in der hiesigen Linken kaum genauere Kenntnisse über die soziale und politische Entwicklung der Arbeiterklassen in den Ländern Ostasiens vorhanden sind, so dürfen wir davon ausgehen, daß in vielen der betroffenen Länder die Bereitschaft verbreitet ist, durch freiwillige Opfer wenigstens die ärgsten Auswirkungen der Krise auf Arbeitsplätze und die nationalen Wirtschaften zu begrenzen. Die Fernsehbilder von südkoreanischen Familien, die ihren Schmuck abgeben, um die Kreditwürdigkeit des Landes gegenüber den internationalen Gläubigern zu erhalten, mag als Anzeichen einer solchen Opferbereitschaft angesehen werden. Auch die Bereitschaft der koreanischen Gewerkschaften, sowohl der regierungstreuen KFTU als auch der klassenbewußten KCTU, mit Regierung und Unternehmen bei der Sanierung der Konzerne des Landes zusammenzuarbeiten, deutet in eine solche Richtung. Allerdings zeigen die jüngsten Streiks beim Autohersteller KIA gegen dessen Verkauf an ausländische Finanzinteressen, daß einer solchen Opferbereitschaft durchaus Grenzen gesetzt sind<sup>11)</sup>. Offensichtlich erwarten die koreanischen ArbeiterInnen, daß ihre Zugeständnisse bei der Sanierung der Wirtschaft auch mit konkreten Reformen der Machtverhältnisse in den Konzernen und mit einer Beendigung des Filzes zwischen Konzernspitzen, Regierungen und Militär entgolten werden.

In den am schärfsten von der Krise betroffenen Ländern am unteren Ende der regionalen »Entwicklungs pyramid«, namentlich in Thailand und Malaysia, scheint derzeit die verzweifelte Anpassung der Bevölkerung an den abrupten Absturz in die Armut und Unterentwicklung der fünfziger, sechziger und siebziger Jahre vorzuherrschen. Die derzeitigen Unruhen in Indonesien zeigen aber, wie aus der Krise eine soziale Explosion entstehen kann, die nicht nur die herrschende Clique, sondern auch die gesamte politisch-militärische Machtbalance in der Region und die damit verbundene Vorherrschaft US-amerikanischer, japanischer und auch europäischer Kapitalinteressen zu untergraben droht.

11) FAZ, 18.4.1998

12) Frankfurter Rundschau, 31.12.1997, ausführliche Berichte zur Situation in Vietnam bringen einige US-amerikanische Tageszeitungen aus Städten mit einer größeren vietnamesischen Einwandererbevölkerung (s. z. B. »San Jose Mercury News«, 19.8.1997)

13) vgl. z.B. die diesbezügl. Beiträge in »Sozialismus«, 10/97 und 2/98

In diesem Zusammenhang ist es auch nicht unwichtig, daß es in der Volksrepublik Vietnam im Laufe des letzten Jahres zu einer Reihe sich verstärkender Proteste und Streiks gegen die Ausbeutung vietnamesischer ArbeiterInnen in den auch in diesem Land in den letzten Jahren eingerichteten Niedriglohnbetrieben der Schuh- und Textilproduktion gekommen ist. Anders als in China hat dieser Widerstand dazu beigetragen, daß Partei- und Staatsführung bei der Öffnung für ausländische Investoren und der Propagierung eines kapitalistischen Entwicklungsweges vorsichtiger geworden sind. Offensichtlich sind hier die Opfer, die die Bevölkerung im jahrzehntelangen Kampf gegen den französischen und den US-amerikanischen Imperialismus gebracht hat, noch so lebendig, daß eine weitere Opferbereitschaft gegenüber ausländischen Kapitalinteressen nicht vorausgesetzt werden kann.“

Auch wenn es bei uns derzeit nur wenige Ansatzpunkte für eine praktische Solidarität mit den von der Krise betroffenen Arbeitern, Bauern und »Ausgegrenzten« gibt, so sind politisch organisierte Linke und klassenbewußte Kräfte in den Gewerkschaften in einem kapitalistischen Zentrum wie der BRD durchaus gefordert. Wollen wir dem in der Gesellschaft und in den Betrieben immer massiver um sich greifenden »Standortdenken« entgegenzutreten, so gilt es deutlich zu machen, daß die Krise in Südostasien keineswegs – wie bei uns von den Medien kolportiert – Ergebnis von Filz, Korruption und developmentalpolitischer Großmannssucht in diesen Ländern ist. Eine solche Sichtweise, die bei uns oftmals hämisch und mit Verweis auf die Vorzüge des bundesdeutschen »Modells« des Kapitalismus in den Medien breitgetreten wurde, ist kaum verhüllter Ausdruck nationalen Konkurrenzdenkens und trägt vor allem dazu bei, die Ursachen der Krise in Südostasien im internationalen kapitalistischen System zu verschleiern. Die auf der Linken gelegentlich zu hörende Forderung, in der Region müsse nun eine umfassende Reform der Regulierung der nationalen und internationalen Wirtschaftsbeziehungen auf die Tagesordnung gesetzt werden“, läuft angesichts ihrer politischen Bedeutungslosigkeit ebenfalls Gefahr, die tatsächlichen Ursachen der gegenwärtigen Probleme zu verdunkeln.

Dies gilt auch für die von Gewerkschaften, Grünen und Teilen der SPD erhobenen Forderungen nach einer Reform des Internationalen Währungsfonds. Solche Vorschläge haben dadurch Gewicht erhalten, daß US-Gewerkschaften sie zum Thema gemacht haben. Sie machen ihre Zustimmung zu weiteren Finanzzusagen der US-Regierung an den IWF von Zusagen für eine stärker an den Interessen der arbeitenden Menschen orientierten Sanierungspolitik in den betroffenen Ländern abhängig. John Sweeney, der um eine radikalere Rhetorik bemühte Präsident des Gewerkschaftsbundes AFL-CIO, hat dies im Januar diesen Jahres sogar vor der versammelten Unternehmerelite der alljährlichen internationalen Management-Konferenz von Davos erklärt. In den bundesdeutschen Gewerkschaften haben solche Forderungen bislang nur begrenzten Widerhall gefunden. Gewerkschaftsführungen und SPD können sich hier relativ leicht hinter Bundesregierung und Bundesbank verstecken: Diese sprechen sich eindeutig dagegen aus, durch eine Auf-



stockung der Reserven des IWF den asiatischen Schuldnern »Geld ins Fenster zu legen« (so Bundesbankpräsident Tietmeyer Ende letzten Jahres in der FAZ).

DES RUND 120.000 BESCHÄFTIGTE AUS ETWA 130 BETRIEBEN SÜDKORERAS SAMMELTEN SICHERLICH ZU EINER DEMONSTRATION

Ist die Funktion des IWF in dieser Krise eindeutig darin bestimmt, das Übergreifen der Finanzkrise auf die kapitalistischen Länder mit den bekannten Methoden einer harten neo-liberalen Sanierungspolitik zu verhindern, so taugt die Krise in Südostasien auch wenig als Argument zur Wiederbelebung der alten links-gewerkschaftlichen Forderung nach einer Stärkung der Massenkauflkraft. Auch wenn Zwickel und andere Gewerkschaftsführer derzeit laut über das »Ende der Bescheidenheit« bei Löhnen und Arbeitszeit reden, so sind sich die Gewerkschaftsführungen sehr wohl bewußt, daß zu einer Politik der freiwilligen Zugeständnisse und deren Verbrämung durch allerlei »Bündnisse für Arbeit« kaum eine Alternative besteht, wenn die Logik dieser kapitalistischen Wirtschaftsordnung als ganze bedingungslos anerkannt bleibt. In dieser Logik ist und bleibt aber der einzige Ausweg aus der kapitalistischen Verwertungskrise in den Metropolen wie auch in den neuen Standorten der kapitalistischen Produktion in Südostasien die permanente »Verschlingung« und Umstrukturierung von Produktion und Konzernen.

Auch wenn die Möglichkeiten beschränkt sind, so sollte für klassenbewußte KollegInnen die direkte Solidarität mit den Bewegungen und Kämpfen der Bevölkerung und Belegschaften in den Ländern Ostasiens – aktuell vor allem in Indonesien und Südkorea – im Vordergrund stehen. Dabei gilt es vor allem, die Auswirkungen der dortigen Krise auf die hiesigen Arbeitsplätze und Konzerne im Blick zu behalten. Die Kontakte sind spärlich, aber wo es geht, müssen sie aufgegriffen und unterstützt werden. Dies gilt namentlich für die Branchen, wie zum Beispiel die Automobilindustrie, die Stahlindustrie oder die Elektronik-Produktion, deren südostasiatische Standorte direkt in die weltweite Restrukturierung des Kapitals und die Konkurrenz der Belegschaften hinein-

---

## Indonesiens »gelenkte Demokratie« – 30 Jahre Terror gegen Oppositionelle

Als Suharto 1965 mit Unterstützung der USA die Macht ergriff, folgte ein Massaker an Kommunisten, deren Sympathisanten und allen, die nur im Verdacht standen, familiäre oder andere Verbindungen zu Kommunisten zu haben. Innerhalb weniger Monate wurde mehr als eine halbe Million Menschen umgebracht. Im Westen wurde dieses Vorgehen begrüßt: »Die beste Nachricht aus Asien, die der Westen in den letzten Jahren erhalten hat«, hieß es. Kritische Stimmen gab es kaum. Die Weltbank schenkte Indonesien wieder ihre Gunst, und westliche Regierungen und Firmen zog es mit Macht in Suhartos 'neues Paradies für Investoren', dessen einziger Schönheitsfehler die Raffgier der herrschenden Familie war. Zwanzig Jahre lang wurde Suharto als ein 'gemäßigter' Politiker mit 'gütigem Herzen' ('Economist') gefeiert, obwohl er eine Spur von Massakern, Terror und Korruption hinterließ wie kaum ein anderer Staatsführer der Nachkriegsgeschichte.« (Noam Chomsky in »Le Monde diplomatique«, 12.6.98)

Die deutsche Bundesregierung und die deutschen Unternehmer haben in den vergangenen Jahren mit den Repräsentanten des Suharto-Regimes ein besonders gutes Verhältnis gehabt. 1993 z.B. bekam Indonesien 39 Kriegsschiffe aus den Beständen der DDR-Marine und dazu mitgeliefert die Ausbildung von 1660 Marineoffizieren. Zweck der militärischen Zusammenarbeit: die Unterdrückung der Bevölkerung. Die fehlenden Menschenrechte störten bei den Kontakten und den Geschäften nicht, auch nicht anlässlich des Staatsbesuches Suhartos im April '95 und im Oktober '96. Im Gegenteil: Die politischen Verhältnisse wurden als »gelenkte Demokratie« idealisiert.

Niemand weiß genau, wie viele politische Gefangene sich in den indonesischen Gefängnissen befinden und wie viele in den vergangenen 30 Jahren dort umgekommen sind. Sie hatten politische oder gewerkschaftliche Organisationen gegründet oder ihnen angehört, die der Suharto-Regierung nicht paßten. Unter den Gefangenen befinden sich nicht wenige Frauen und Männer, die für die Unabhängigkeit Ost-Timors gekämpft haben. Die politischen Gefangenen, die entlassen wurden, erhielten eine »Markierung«: Sie wurden mit Stempeln in den Pässen gekennzeichnet: »tapel« (politischer Gefangener) oder »ex-tapel«. So sollte verhindert werden, daß sie nach der Entlassung eine Arbeit finden konnten. Um zu überleben, waren sie auf die Solidarität der Nachbarschaft angewiesen, die sie wegen ihrer politischen Vergangenheit unterstützte.

Jetzt ist unter dem Druck der Massenbewegung in Indonesien nach dem Sturz Suhartos eine Amnestie für die poli-



tischen Gefangenen angekündigt worden. Unter den ersten Freigelassenen sollen Repräsentanten der politischen und gewerkschaftlichen Opposition sein, die z.T. seit 30 Jahren im Gefängnis sitzen. Die Regierung bezeichnet dies als einen großzügigen Gnadentat und fordert von den Gefangenen politisches Wohlverhalten nach der Entlassung. In der britischen Zeitung »Independent« wird am 2.6.98 von zwei bekannten politischen Gefangenen, Sri Bintang Pamungkas (Bild oben) und Muchtar Pakpahans (Bild unten), berichtet, die sich auf diese Art von »Freiheit« nicht einlassen wollen und erklärten: »Die Freiheit ist unser Recht.« ■

---

gezogen sind. Auch die von einigen Dritte-Welt-Gruppen, Kirchenorganisationen und Gewerkschaften in der BRD unterstützten internationalen Protestkampagnen gegen die Ausbeutung von Frauen- und Kinderarbeit in Südostasien – aktuell vor allem gegen den Sportartikelhersteller Nike – bieten Ansatzpunkte für praktische Unterstützung.

Aufgabe klassenbewußter Kräfte in den Betrieben bei uns ist es, die Verbindungen zwischen der Krise in Südostasien

und den Verhältnissen hier aufzuzeigen und klarzumachen. Wichtiger aber noch ist es, daß wir uns eine der wesentlichen Voraussetzungen für eine solche internationale Solidarität erarbeiten: nämlich ein politisches Verständnis über die Klassenverhältnisse in diesen Ländern, die auch aus Sicht der Arbeiterbewegung in den westlichen Metropolen allzu lange vernachlässigt worden sind.

26.5.1998 ■

# Der Konflikt in Algerien

Seit dem Militärputsch 1992, durch den die algerischen Parlamentswahlen unterbrochen wurden, aus denen die islamistische FIS als der sichere Sieger hervorgegangen wäre, erlebt das Land einen schmutzigen Krieg zwischen dem regierenden Militär und dem islamistischen Untergrund. Von Jahr zu Jahr im Fastenmonat Ramadan erreicht er einen neuen Höhepunkt und gipfelte Anfang dieses Jahres in der brutalen Ausrottung ganzer Dörfer. Scheinbar wahllos wurden Frauen und Kinder abgeschlachtet.

Bis vor einiger Zeit konnten weder die bewaffneten islamischen Kräfte die Position der Regierung nennenswert gefährden, noch gelang es der Armee, den Islamismus militärisch zu besiegen. Wir werden im folgenden zeigen, warum – so widersinnig das auf den ersten Blick auch scheinen mag – gerade die besonders brutalen Massaker zu Beginn dieses Jahres Anlaß zu der Vermutung geben, daß die algerische Militärregierung aus dieser Auseinandersetzung als Sieger hervorgehen wird. Warum sich gerade in Algerien der Islamismus derart schnell zu einer Massenbewegung entwickeln und in der Folge das Land bis an den Rand eines Bürgerkrieges bringen konnte, läßt sich nicht allein mit dem Hinweis auf sich rapide verschlechternde Lebensbedingungen großer Bevölkerungsteile erklären. Die Grundlage dafür reicht bis in die vorkoloniale Geschichte Nordafrikas zurück.

## Der historische Hintergrund

Die Entwicklung Algeriens bis zur nationalen Unabhängigkeit unterscheidet sich in mehrfacher Hinsicht gravierend von der anderer nordafrikanischer Länder wie z.B. Marokko oder Ägypten. Grundlage der gesellschaftlichen Entwicklung Ägyptens war schon lange vor der arabischen Eroberung die Landwirtschaft des Niltals. Die Notwendigkeit, diesen vergleichsweise großen einheitlichen Wirtschaftsraum unter den Bedingungen des stark schwankenden Nilwasserstandes zu bewirtschaften, führte schon frühzeitig zur Ausbildung zentralstaatlicher Organisationsstrukturen. Diese wurden weder durch die arabische Eroberung noch durch die Einverleibung ins osmanische Reich zerschlagen, sondern im wesentlichen von den neuen Machthabern jeweils übernommen.

Im Gegensatz zum gesamten sonstigen Nordafrika geriet Marokko im 16. Jahrhundert nicht unter osmanische Herrschaft. Die soziale Grundlage der marokkanischen Gesellschaft – eine Mischung aus Stammesbeziehungen sowie frühfeudalen Strukturen mit ihren dementsprechenden, z.T. noch persönlich bestimmten Abhängigkeitsstrukturen konnte sich hier relativ bruchlos über Jahrhunderte entwickeln. Sie wurde auch durch das Eindringen europäischen Kapitals nicht grundlegend verändert. Anders als in Algerien stützte sich die französische Kolonialherrschaft in Marokko z.T. auf eine Schicht einheimischer Notabeln. Diese Vielfalt lokal verästelter, uneinheitlicher Abhängigkeitsverhältnisse bildet heute noch die Grundlage der marokkanischen Monarchie. Eine derartige Gesellschaftsstruktur bildet für die Entstehung von systembedrohenden Massenbewegungen ein nur schwer zu Überwindendes Hindernis.

Demgegenüber führte die französische Kolonisierung Algeriens zu einem weitgehenden Umbruch der gesellschaftlichen Grundlage (vgl. Arpo 3/4 92). Zu deren Beginn 1830

war der allergrößte Teil der algerischen Bevölkerung noch in Stammesstrukturen organisiert. Die auf dieser Basis mit einem dementsprechend gering entwickelten Produktivitätsniveau betriebene Landwirtschaft ging kaum über Selbstversorgung hinaus. Nachdem die französischen Besatzer das Land in einem 18jährigen Krieg gegen den erbitterten, aber eben auch zersplitterten Widerstand der einheimischen Bevölkerung erobert hatten, kamen in mehreren Wellen französischer Siedler ins Land, die zum Ende der Besatzung 10% der Bevölkerung ausmachten. Nach und nach wurde der höherwertige Teil des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens von diesen Siedlern besetzt, die dort ursprünglich ansässigen Bauern vertrieben. Die Landwirtschaft, vorher Ernährungsgrundlage der einheimischen Bevölkerung, wurde von den Besatzern auf den Export nach Frankreich hin umstrukturiert. Der Großteil der algerischen Landbevölkerung verlor so seinen Grundbesitz und mußte entweder minderwertigeres Brachland urbar machen oder sich als Pächter und zunehmend als Landarbeiter verdingen. Daneben verblieb eine allerdings sehr kleine Schicht algerischer Großgrundbesitzer. Für die so »entwurzelte« Landbevölkerung gab es auch kaum eine Möglichkeit, etwa als gewerbliche Arbeitskräfte in die Städte zu ziehen, da die französischen Agrarkolonisten überwiegend kein Interesse an einer Industrialisierung des Landes hatten. Darüber hinaus wurden noch die relativ gering entwickelten Ansätze eines eigenständigen Handwerks zerstört. So konnten sich keine eigenständigen bürgerlichen Strukturen entwickeln, die im nachkolonialen Algerien die Grundlage einer nationalen Bourgeoisie hätten bilden können.

Diese Zerschlagung der traditionellen algerischen Gesellschaftsstruktur begleitete mit der Schließung der Koranschulen und dem Verbot der arabischen Schriftsprache – was die Bevölkerung größtenteils zu Analphabeten machte – auch eine kulturelle Entwurzelung. Algerien wurde zur französischen Provinz mit den französischen Siedlern als Bürger 1. Klasse und der einheimischen Bevölkerung als allenfalls drittklassig mit ihrer arabischen Identität als Diskriminierungsgrundlage.

Das Ende des 2. Weltkrieges mit dem offensichtlich werdenden Zusammenbruch der alten Kolonialordnung gab den Anstoß zur Reorganisation der nationalen Befreiungsbewegung, die sich 1954 zur nationalen Befreiungsfront (FLN) zusammenschloß. Soziale Basis der FLN war im Kern die landarme bzw. landlose Bauernschaft. Die algerische Arbeiterschaft, die der linken Flügel der FLN repräsentierte, war zahlenmäßig relativ schwach und zudem größtenteils in Frankreich tätig. Im Gegensatz zu den maghrebischen Nachbarländern waren in der algerischen Befreiungsorganisation Vertreter einheimischer Herrschereliten, die Träger des nachkolonialen Aufbaus hätten werden können, kaum vertreten, da deren Grundlage von den französischen Kolonialherren weitgehend zerschlagen worden war. Zudem verhinderte der erbitterte Widerstand der Colons von vornherein die Aussicht auf einen Kompromiß mit der Besatzungsmacht – eine politische Orientierung, die in der Regel von diesen Eliten vertreten wird. Dem sozialen Inhalt nach war der Befreiungskrieg im wesentlichen ein Kampf der Bauern um das von den Franzosen geraubte Land, ideell ein Kampf

um die Wiedererlangung der nationalen arabischen kulturellen Autonomie.

Nach dem Ende des Krieges brachen die innerhalb der Befreiungsbewegung bestehenden Gegensätze, die vorher dem gemeinsamen äußeren Gegner untergeordnet worden waren, offen aus. Im Krieg hatte sich das politische Schwergewicht mit zunehmender Dauer der Kämpfe zugunsten der Militärorganisation (ALN = Nationale Befreiungsarmee, später ANP = Nationale Volksarmee) verschoben, die aus den im Land operierenden Einheiten einerseits und der Grenzarmee andererseits bestand, die die materielle und personelle Logistik organisierte. In den Auseinandersetzungen um die Integration der im Befreiungskampf relativ autonom operierenden inländischen Einheiten in eine zentral strukturierte Armee setzte sich die von Houari Boumediene repräsentierte Grenzarmee durch, nicht zuletzt deshalb, weil die regionalen Truppenführungen ihre Autonomie nicht aufgeben wollten. Letztlich kommt darin allerdings zum Ausdruck, daß für die meisten aktiven Kämpfer in Algerien das Ziel des Befreiungskrieges über die Rückeroberung von Grund und Boden nicht hinausging.

Auf der Grundlage dieser Bedingungen war diese Armee letzten Endes die einzig national vereinheitlichende Kraft, die Träger einer national eigenständigen Entwicklung werden konnte. Dem mußte sich auch der linke FNL-Flügel, den Ben Bella vertrat, beugen, da aufgrund der vergleichsweise gering entwickelten industriellen Basis die Arbeiterschaft als sozialer Träger einer solchen Entwicklung ausschied. Um die nationale Einheit zu sichern, die unter diesen Umständen gleichbedeutend mit arabischer Hegemonie schien, wurden folglich auch Sonderinteressen der Berber geopfert.

Das nach der Befreiung zunächst von der Armeeführung vertretene Entwicklungskonzept sah vor, eine eigenständige industrielle Basis aufzubauen, die durch die Abschöpfung des landwirtschaftlichen Mehrprodukts finanziert werden sollte. Dieses Modell war jedoch im wesentlichen aufgrund der nach dem Krieg entstandenen Eigentumsstrukturen zum Scheitern verurteilt. Ein großer Teil des von den französischen Siedlern bei ihrem Abzug verlassenen Landes war von der einheimischen Landbevölkerung besetzt worden und wurde in genossenschaftlichen Organisationsformen selbstverwaltet bewirtschaftet. Ehemalige ALN-Kämpfer eigneten sich auch Ackerland als Privatbesitz an. Ein weiterer Teil blieb als zersplitterter Privatbesitz in der Hand von Kleinbauern.

Zum Teil entstanden sogar wieder Anfänge altertümlicher Clanstrukturen. Einheimischer Großgrundbesitz (z.T. aus der Kolonialzeit, z.T. entstanden, als einheimische Notabeln den fliehenden Siedlern große Ländereien billig abgekauft hatten) blieb größtenteils unangetastet. Eine zentralstaatlich geplante und effektiverte agrarische Großproduktion, die allein imstande gewesen wäre, ein über den Eigenbedarf hinausgehendes Mehrprodukt zu erwirtschaften, konnte so nicht geschaffen werden. Infolgedessen nahm sogar bei einer schnell wachsenden Bevölkerung der Importbedarf an Nahrungsmitteln zu. Die Regierung sah sich zwar deshalb Anfang der 70er Jahre gezwungen, die Landreform zu verstärken und auch algerischen Großbesitz zu enteignen, die Produktivität der Landwirtschaft blieb jedoch aufgrund der letztlich ungelösten Kollektivierung unzureichend. Folglich mußte die über einen Binnenmarkt angestoßene Industrialisierung scheitern.

In dieser Situation schienen die ab Ende der 60er Jahre steigenden Erdölpreise einem Weg aus dem Dilemma zu zeigen, Finanziert durch die Erlöse der verstaatlichten Erdöl- und -gasindustrie sowie Auslandskredite sollten weltmarktfähige großindustrielle Komplexe aufgebaut werden, die ihrerseits jeweils einen Ring von Betrieben der Zuliefer-, Leicht- und Konsumgüterindustrie mittlerer und kleinerer Größe nach sich ziehen. So sollte auch die aufgrund der zunehmenden Landflucht wie auch des starken Bevölkerungswachstums immer größer werdende Zahl notwendiger Arbeitsplätze geschaffen werden. Aber auch diese Perspektive scheiterte. Außerhalb der Erdöl- und -gasförderung erreichte die algerische Industrie nicht das für die Exportfähigkeit notwendige Produktivitätsniveau. Da die algerischen Exporte fast ausschließlich aus Erdöl und -gas bestanden, die Deviseneinnahmen daraus aber in keinem Verhältnis zur durchschnittlichen Produktivität der algerischen Wirtschaft standen, war die algerische Währung chronisch überbewertet. Deshalb erschien der Import von industriellen Vorprodukten (wie auch von Nahrungsmitteln) für die eigene Großindustrie lukrativer als die vergleichsweise teurere Produktion in aufzubauenden eigenen Zulieferbetrieben. Dieses Dilemma hätte nur durch eine zentralstaatliche Planung durchbrochen werden können, die in der Lage gewesen wäre, kapitalistische Marktgesetze in zentralen Bereichen politisch außer Kraft zu setzen. Eine solche ließ sich aber in Algerien nie konsequent durchsetzen. Infolgedessen verschärfte sich die Situation mit den Mitte der 70er Jahre auf dem Weltmarkt einsetzenden Krisenerscheinungen. Eine über den Weltmarkt durch kontrolliert geschaffene Exportindustrien eingeleitete Industrialisierung mußte letztendlich am mangelnden Qualifikationsniveau einer Arbeiterschaft scheitern, die in ihrer großen Mehrheit ohne langjährige industrielle Tradition und zudem noch vergleichsweise hoch bezahlt war.

Dieses Dilemma ließ sich solange übertünchen, wie die Öl- und Gaserträge erlaubten, die ständig größer werdende Zahl der in die Städte drängenden Arbeitssuchenden in den ohnehin schon unproduktiven Betrieben oder in den enorm aufgeblähten staatlichen Verwaltungen unterzubringen. Da Algerien sich im Unterschied zu anderen Drittweltländern weitgehend bei privaten Kreditgebern verschuldet hatte, um den Auflagen des IWF zu entgehen, konnte bis in die 2. Hälfte der 80er Jahre ein erträgliches Versorgungsniveau der Gesamtbevölkerung weitgehend erhalten werden. Der Verfall der Ölpreise in der 80er Jahren und die daraufhin stark ansteigende Auslandsverschuldung machten dieser Möglichkeit ein Ende. Zwischen 1985 und 87 nahmen die Einnahmen des Staates aus dem Öllexport um über die Hälfte bei gleichzeitig steigendem Schuldendienst ab. Subventionen an unrentable Betriebe wie auch die Preisstützung der Grundnahrungsmittel mußten gestrichen werden. Folge war eine stark zunehmende Arbeitslosigkeit vor allem unter den Jüngeren und die wachsende Verelendung breiter Bevölkerungskreise. Die nun staatlich geförderte Privatisierung der Betriebe verstärkte die Spaltung der Gesellschaft noch.

### **Die islamistischen Gruppen werden zur Massenbewegung**

Diese Entwicklung machte die islamistischen Gruppen, die sich 1989 zur Islamischen Rettungsfront (FIS) zusammenschlossen hatten, zur Massenbewegung. Der soziale Ursprung des islamistischen Spektrums in Algerien liegt in der

Gegenwehr traditionell orientierter Landnotabeln gegen jeglichen Eingriff in das Privateigentum an Grund und Boden und damit natürlich auch gegen die Kollektivierungs-bemühungen Anfang der 70er Jahre. Dem schlossen sich Teile der islamischen Geistlichkeit an. Dazu kamen in wachsender Zahl kleine Händler und Gewerbetreibende, die sich gegen die »sozialistische Staatswirtschaft« mehr Freiraum verschaffen wollten. Der Islamismus Algeriens war also ausdrücklich antisozialistischen, reaktionären Ursprungs.

Eine zahlenmäßig größere Rolle spielte ein Teil der Intelligenz. Nach der Befreiung war in Algerien ein Bildungssystem aufgebaut worden, das der Jugend eine vergleichsweise umfangreiche Ausbildung ermöglichte. Aber nur ein kleiner Teil der Ausgebildeten – überwiegend Absolventen technischer Ausbildungsgänge – konnte von der Industrie überhaupt aufgenommen werden. Die kulturell arabisch geprägte, geisteswissenschaftlich orientierte Intelligenz war demgegenüber benachteiligt, obwohl die algerisch-islamische Identität als nationale Grundlage offiziell immer betont wurde. Je höher der Bildungsabschluß, desto größer war oft die Diskrepanz zwischen formaler Qualifikation und beruflicher Perspektive. Ein Großteil dieser »arabisch-geisteswissenschaftlichen Intelligenz« verblieb relativ unterprivilegiert innerhalb des Bildungssystems und geriet so in Gegensatz zur »westlich-sozialistischen« Orientierung der algerischen Regierung.

Finanziert u.a. von Saudi-Arabien, stopfte die FIS z.T. die Löcher, die der Rückzug des Staates aus der Grundversorgung der Bevölkerung in das soziale Netz riß. Die 'Bärtigen' bekämpften die Korruption. Sie gründeten Kindergärten, bauten Hospitäler, schufen eine medizinische Grundversorgung, sorgten für Volksküchen in den Moscheen und bauten ein karitatives Sozialsystem auf. So bekam sie Massenzulauf von den Opfern der wirtschaftlichen Umstrukturierung und vor allem von der perspektivlosen Jugend. Anfang der 90er Jahre zählte sie circa 3 Millionen Mitglieder. Wachsende Repressionsmaßnahmen der Regierung in der Folge eines gescheiterten Versuchs der FIS, einen Generalstreik zu organisieren, radikalisierten die FIS weiter.

### **Die Wahlen 1991/92 und die Machtübernahme des Militärs**

In dieser Situation standen zum Jahreswechsel 1991/92 Parlamentswahlen an. Im ersten Wahlgang bekam die FIS die meisten Stimmen. Sie gewann 188 Sitze, während alle anderen Parteien zusammen nur auf 44 Mandate kamen. Im zweiten Wahlgang wäre es um die Entscheidung in weiteren 198 Wahlkreisen gegangen. Die Sitzverteilung spiegelte aufgrund des geltenden Mehrheitswahlrechts zwar nicht die tatsächlichen Stimmenverhältnisse wieder. Die FLN erhielt mit 1,6 Mio. Stimmen 16, die FFS mit nur 0,5 Mio. Stimmen aufgrund ihrer regional starken Verankerung 25 Sitze, außerdem betrug die Wahlbeteiligung nicht einmal 60 Prozent.

Dennoch war die Wahrscheinlichkeit eines endgültigen islamistischen Wahlsieges im zweiten Wahlgang am 16. Januar 1992 so offensichtlich, daß das Militär sich am 12. Januar zum Eingreifen genötigt sah. Anders schien der Kurs der kontrollierten Privatisierung und Weltmarktintegration der Wirtschaft bei prinzipieller Wahrung der nationalen Autonomie sowie die Position des algerischen Militärs als Garanten dieser Entwicklung gefährdet. Der amtierende Präsident Benjedid wurde abgesetzt, an seine Stelle trat ein

»Hoher Staatsrat«. Das Militär verhinderte den 2. Wahlgang und begann mit scharfen Sanktionen gegen die Islamisten. Unmittelbar nach dem Putsch wurden 500 FIS-Aktivisten festgesetzt. Am 9. Februar wurde der Ausnahmezustand verhängt, die FIS-Büros geschlossen und 30.000 ihrer Anhänger festgenommen. Im März wurde die FIS verboten und Ende Juli die beiden FIS-Chefs Abassi Madani und Ali Belhadj zu zwölf Jahren Gefängnis verurteilt. Gegen Ortschaften, in denen islamistische Militante vermutet wurden, ließ das Militär späterhin sogar Bombenangriffe fliegen

Innerhalb der Armee gab es hinsichtlich der Behandlung des Islamismus zwei Positionen: Zum einen die 'Ausrotter', die allein auf eine militärische Lösung setzen und selbst mit gemäßigten islamistischen Kräften keinen Kompromiß akzeptieren wollen, zum anderen die 'Beschwichtiger', die eine politisch-militärische Lösung anstreben. In den Auseinandersetzungen nach der Machtübernahme, denen auch die Ermordung des von den Militärs zum Staatspräsidenten ernannten Muhammed Bou Diaf zuzurechnen ist, setzte sich anfangs die erste Position durch.

### **Die Reaktion des islamistischen Gruppen**

Der Teil der FIS, der bereit war, den Kampf aus dem Untergrund fortzusetzen, antwortete mit Bombenattentaten und Brandstiftungen. Dieser militante Islamismus war von vornherein uneinheitlich. Auf der einen Seite standen radikale FIS-Aktivisten, denen sich Reste bewaffneter Fundamentalistengruppen aus den 80er Jahren angeschlossen und die erst als MIA (Bewegung des bewaffneten Islam), dann unter dem Namen AIS (Armee der islam. Rettung) ihre bewaffneten Aktionen vor allem gegen staatliche Repräsentanten bzw. Institutionen und ideologische Vertreter des Laizismus richteten. Die politisch nicht exponierte Zivilbevölkerung wurde von dieser Seite verschont. Die ideologische Grundlage der AIS geht z.T. noch auf das alte algerische islamistische Milieu zurück, das auf eine nationale islamische Wiedergeburt gegen das »dekadente westlich-sozialistische« Regime setzte.

Demgegenüber bezieht sich die GIA (eigentlich Plural: bewaffnete islamische Gruppen), die sich 1991 unabhängig von der FIS konstituiert hatte und zuerst unter dem Dach der MIA agierte, später jedoch in Konkurrenz zu ihr trat, nicht auf spezifisch algerische Traditionen. Die insgesamt ca. 2.000 - 3.000 Mann starken, lose zusammengeschlossenen Gruppen rekrutieren sich in ihren Führungen zum großen Teil aus ehemaligen Afghanistan- oder auch Bosnienkämpfern und orientieren sich dementsprechend eher an Afghanistan oder Iran. Ihr besonderer Radikalismus ist Ausdruck einer sozialen Entwurzelung. Ihr regionaler Schwerpunkt lag im Umkreis der Hauptstadt, wo in besonderem Maß die deklasierte Landarmut auf ihrer Flucht in die Städte Zuflucht suchen mußte, da die Zentren selbst völlig überbevölkert sind. Operationsgebiet der AIS - personell schwächer als die GIA - war vor allem die nördliche Osthälfte Algeriens.

### **Die Eskalation der Auseinandersetzungen**

Mitte 1993 erlebten die bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen einen bis dahin nicht gekannten Höhepunkt. Aus Sicht der Militärs war es besonders bedrückend, daß sich die Aktionen in sehr starkem Maße gegen die Mitarbeiter ausländischer Firmen richteten. Das Militär schlug zunächst unbarmherzig zurück und ließ 8.000 Aktivisten

hinrichten. Gleichzeitig zeigten Demonstrationen, die der algerische Gewerkschaftsbund UGTA im Frühjahr 93 organisierte, daß ein Teil der Bevölkerung willens war, sich aktiv gegen den Islamismus zu engagieren. Die gewerkschaftlich organisierte Industriearbeiterschaft war - zumindest soweit sie noch Beschäftigung hatte - seit jeher relativ privilegiert. Durch den Rückzug von ausländischem Kapital und Know How wurde ihre Position bedroht. Die Kundgebungen, die unter dem Motto 'Gegen den Terrorismus' standen, fanden in den größten Städten statt und erhielten massenhaften Zulauf.

Nach 1½ jährigen Auseinandersetzungen wurde sowohl offensichtlich, daß in absehbarer Zeit ein rein militärischer Sieg weder für die eine noch für die andere Seite möglich wäre, wie auch, daß die Regierung nicht ohne politischen Rückhalt in der Bevölkerung war. Auf dieser Grundlage setzte sich innerhalb des Militärs eine Änderung der politischen Strategie durch, die in der Ernennung Liamine Zerouals erst zum Verteidigungsminister und im Januar 94 zum Chef des Hohen Sicherheitsrates, der den Hohen Staatsrat abgelöst hatte, seinen personellen Ausdruck fand. Er hatte erklärt: *»Sicherheitspolitik allein reicht nicht aus, um das Land aus der Krise zu retten«,* und: *»Es ist notwendig, die Anstrengungen auf dem Gebiet der Sicherheit mit solchen auf der politischen Ebene zu verknüpfen«.* Dementsprechend sollten zukünftig die sogenannten terroristischen Islamisten militärisch bekämpft und andererseits mit dem moderaten, gesprächsbereiten Flügel der Islamisten ein politischer Dialog in die Wege geleitet werden. Ministerpräsident Redha Malek als Exponent der »Ausrotter« trat im April zurück.

Schon im November 1993 war Zéroual im Gefängnis von Blida mit der dort einsitzenden FIS-Führung zusammengetroffen. Im Gegenzug zu ihrer Freilassung sollten sie einen Aufruf zur Feuereinstellung unterzeichnen. Damals weigerte sie sich noch. Im Februar 1994 ließ das Militär Ali Djeddi und Abdelkader Boukhamkham frei. Beide gehörten zwar nicht zur zentralen Führungsspitze der FIS, waren aber immerhin recht prominente FIS-Politiker. Am 13. September 1994 wurde dann noch der FIS-Chef Madani bedingt in eine Art Ehrenarrest entlassen (der später jedoch, weil Madani sich aus Regierungssicht nicht als kooperativ erwiesen hatte, faktisch wieder in eine Haftstrafe umgewandelt wurde).

Gleichzeitig mußte die GIA in der Kabylei eine Niederlage hinnehmen. Am 25.9.1994 hatte diese den Volkssänger der Berber, Matoub Lounès, entführt. In den Kabylen-Gebieten kam es daraufhin zu Großdemonstrationen gegen die GIA. Die 'Kulturbewegung der Berber' (MCB) drohte ihr mit Repressalien gegenüber Islamisten-Hochburgen. Am 11. Oktober 1994 mußte die GIA Lounès freilassen. Die Berber sind keine einheitliche Ethnie, sondern die nicht arabisierten Nachfahren der Ureinwohner Nordafrikas, eines ihrer Hauptsiedlungsgebiete ist die Kabylei. Um die einheimische Bevölkerung zu spalten, beließen die französischen Kolonialherren ihnen eine vergleichsweise privilegierte Stellung. So blieben ihre sozialen Zusammenhänge weitgehend erhalten. Ihr Widerstand gegen den Islamismus ist besonders groß, weil für sie Islamisierung gleichbedeutend mit Arabisierung, d. h. Unterdrückung ihrer kulturellen Eigenständigkeit, ist. Nichtsdestotrotz waren ihre Reaktion sowie der Widerhall, den diese bei der übrigen algerischen Bevölkerung fand, symptomatisch dafür, welche Grenzen der Einfluß der Islamisten hatte.

Im Jahr darauf versuchte die FIS noch einmal, die Auseinandersetzungen zu eskalieren. Der Ausgangspunkt dafür lag – bezeichnenderweise – nicht in innenpolitischen Entwicklungen, sondern in Ereignissen in der Folge der Konferenz von Rom. Zuerst hatte das Ausland die Machtübernahme des Militärs als kleineres Übel gegenüber den Risiken eines islamistischen Wahlsieges mit unkalkulierbaren Folgen überwiegend akzeptiert.

Nach und nach begannen die europäischen Länder – voran Frankreich als größter Handelspartner, das zudem Algerien jährlich mit 2 Mrd. DM unterstützt -beschränkten Druck auf die algerische Regierung auszuüben, sich den Islamisten gegenüber kompromißbereiter zu zeigen. Vor allem Frankreich fürchtete nicht zuletzt ein Ansteigen des Flüchtlingsstroms im Falle endloser Auseinandersetzungen. In diesem politischen Umfeld trafen sich in Rom auf Einladung der dortigen 'Sankt Egidius Gemeinschaft', die bereits im Bürgerkrieg in Mozambique 1992 vermittelt hatte, zum Jahreswechsel 1994/95 Vertreter aller wesentlichen algerischen Parteien - also einschließlich der FIS, nicht jedoch Vertreter der Regierung - zu zwei Konferenzen, um über die Zukunft des Landes zu debattieren. Nicht beteiligt war die GIA. Am 13. Januar 1995 wurde eine gemeinsame 'Plattform von Rom' veröffentlicht, in der ein Ende des Ausnahmezustandes sowie ein Ende der gewalttätigen Auseinandersetzungen gefordert wurde.. Die Regierung verwarf zwar zunächst diese Forderungen, aber im März 1995 wies der Außenminister Muhammad Dembri darauf hin, das Treffen in Rom habe immerhin konstruktive Ansätze gezeigt. Die Unterzeichner der 'Erklärung von Rom' erhielten die Genehmigung, in Algier eine Kundgebung abzuhalten. Von ihrem Ziel der Errichtung einer 'Islamischen Republik' rückte die FIS dort jedoch nicht ab, sondern eskalierte die Auseinandersetzung sogar wieder, indem sie den UN-Generalsekretär zur Vermittlung aufrief. Der Versuch einer Internationalisierung des Konfliktes verletzte eines der zentralen Tabus der algerischen Militärs, die aufgrund des Unabhängigkeitskrieges eine bis heute lebendige Tradition entwickelt haben: Niemals dürfe Algerien wieder in ausländische Abhängigkeit geraten. Entsprechend hart reagierte die Regierung. Ebendies bestärkte die FIS jedoch erst recht in ihren Aktivitäten, und es kam unter Federführung der GIA zu den massivsten Massakern, die Algerien bis dahin erlebt hatte. Der Gegenschlag des Militärs fiel danach um so härter aus. Damit war die Armee erfolgreich, denn im Laufe des Jahres '95 begann sich die militärische Situation entschieden und deutlich zugunsten der Militärs zu ändern.

### **Die Doppelstrategie der Regierung seit den Präsidentschaftswahlen 1995**

Vor diesem Hintergrund fanden am 15. November 1995 Präsidentschaftswahlen statt. Bei einer vergleichsweise sehr hohen Wahlbeteiligung von gut 75% erhielt Zeroual 61% der Stimmen. Unabhängige ausländische Wahlbeobachter bezeichneten das Ergebnis als im wesentlichen korrekt. Wenn auch dieses Wahlergebnis nicht die überwiegende Zustimmung zu der bisherigen Regierungspolitik signalisierte, so bedeutete es doch, daß die Bevölkerung in ihrer Mehrheit weder im militanten Islamismus noch in der zivilen Opposition noch eine Perspektive sieht; hatten doch FIS, FLN und FFS zum Wahlboykott aufgerufen und die GIA sogar massiv gedroht: *»Für jede Stimme eine Kugel. Jede Wahlurne ein*

Sarg«. Diese Stimmung wurde durch das Referendum im November 96 bestätigt, durch das bei einer Beteiligung von fast 80 % mit 85,5 % der Stimmen eine Verfassung angenommen wurde, die die Position des Präsidenten stärkt und die Hegemonie des Arabischen als Grundlage der nationalen Einheit sichert. Wenn die konkreten Zahlen auch bezweifelt werden müssen, so sah sich doch die Opposition sechs Wochen später genötigt, zu einer friedlichen Lösung des Konfliktes aufzurufen. Die FIS distanzierte sich ausdrücklich vom Terror. Die GIA hingegen betonte im Februar 1997, sie werde ihren Kampf sogar verschärfen.

Auf dieser Grundlage setzte die Regierung ihre Strategie der politischen wie auch militärischen Auseinandersetzung mit dem Islamismus nach beiden Seiten auf einer erweiterten Stufenleiter fort. Auf der einen Seite wurde die militärische Bekämpfung der militanten Islamisten massiv fortgesetzt. Andererseits folgte auf die Parlamentswahlen im Juli eine Einbindung der gemäßigten Harnas, die sich nun »soziale Bewegung für den Frieden« (MSI) nannte, in die Regierungskoalition, obwohl sie für eine parlamentarische Mehrheit zahlenmäßig nicht benötigt wurde. Das offizielle Wahlergebnis ergab 155 Sitze für die RND (Nationale Demokratische Sammlungsbewegung), die eigens für den Präsidenten Anfang 1997 gegründet worden war, 64 für die allerdings stark »reformierte« FLN als 3. Koalitionspartei, 69 für die Harnas, 34 für die ebenfalls gemäßigt islamistische »An Nahda« sowie jeweils 19 für die FFS und die RCD. Unmittelbar nach der Wahl wurden zunächst der FIS-Führungskader Abdelkader Hachami und dann der FIS-Chef Abbasi Madani auf freien Fuß gesetzt.

Die drei Monate später durchgeführten Kommunalwahlen sollen der Opposition erdrutschartige Verluste und der Regierungskoalition zusammengenommen ca. 80 % der Stimmen beschert haben. Sicherlich sind diese Wahlergebnisse zugunsten der Regierung »geschönt«. Auch die beiden kleineren Parteien der Regierungskoalition sprachen von Wahlbetrug. Dennoch ist das Ergebnis ein Indiz für die Verhältnisse. Interessanterweise hatte nach Aussagen nichtoffizieller Wahlbeobachter in mehreren Stadtbezirken Algiers mit der RCD sogar eine ausgesprochen antiislamistische Partei die meisten Stimmen erhalten.

Sind die offiziellen Wahlergebnisse auch mit äußerster Vorsicht zu genießen, so verdeutlichen sie doch folgende Entwicklungen: Der größte Teil der vor Jahren in fundamentalen Opposition zur Regierung stehenden islamistisch orientierten Bevölkerung hat die Perspektive, als Massenbewegung eine grundsätzliche Änderung der Verhältnisse herbeizuführen, verloren. Ein gewisser Teil der ehemaligen FIS-Wähler dürfte sich auf die Seite des Präsidenten Zeroual geschlagen haben. »Wenn das Militär schon nicht zu besiegen ist, so soll wenigstens wieder ein gewisses Maß an Ruhe einkehren.« Das zeigt der unbestritten hohe Zustimmungsgang bei den Präsidentenwahlen. Der doch beträchtliche Zulauf der ehemals ein Schattendasein führenden gemäßigten Gruppen Harnas und An Nahda zeigt, daß ein weiterer Teil des alten FIS-Anhangs vorerst einmal bereit ist auszuprobieren, inwieweit sich Kooperationsbereitschaft auszahlt. Die große Mehrheit ist sich einig in der Ablehnung der gewaltsamen Auseinandersetzung. So sah sich die Führung der AIS veranlaßt, am 1. Oktober 97 einen einseitigen Waffenstillstand auszurufen, der von dieser Seite auch weitgehend eingehalten wird.

## **Die Steigerung des islamistischen Terrors – ein Ausdruck politischer Schwäche**

Gerade vor diesem Hintergrund läßt sich, so paradox das auf den ersten Blick auch scheinen mag, die zunehmende Brutalität in den Operationen der GIA erklären. Ihre Aktionen richteten sich in letzter Zeit immer mehr gegen Landstriche, die ehemals Hochburgen der FIS waren, später aber zumindest von der aktiven Unterstützung der bewaffneten Islamisten abgerückt sind und deshalb nicht mehr bereit waren, deren Guerillagruppen zu beherbergen und zu ernähren. Oft waren die Massaker regelrechte Rachefeldzüge. Die Dorfbevölkerung vor allem in der hauptsächlich betroffenen Region südlich von Algier ging häufig sogar zu organisierter militärischer Selbstverteidigung über, da die Armee z.T. nicht willens oder in der Lage war, sie gegen die GIA-Truppen zu schützen. [Plausibler als die häufig in der Presse vertretene Ansicht, die Armee würde gezielt die GIA-Anschläge fördern oder wäre sogar häufig Urheber der Massaker, erscheint eine andere Erklärung: Die diensttuenden Soldaten in den algerischen Kasernen sind vorwiegend sehr junge, schlecht bewaffnete, nicht übermäßig motivierte Wehrpflichtige, die es im Einsatzfall mit Kämpfern zu tun hätten, deren Ausbildung sich mit der professioneller Eliteeinheiten messen könnte und die z.T. über jahrelange Kampferfahrung unter unterschiedlichen Bedingungen verfügen. Zudem sind die Soldaten vor nicht allzulanger Zeit von den Dorfbewohnern dieser Gegend teilweise selbst in Hinterhalte gelockt worden. Sicherlich gibt es eine Unterwanderung der GIA durch Geheimdienstagenten und auch gezielte Verzögerung von Militäreinsätzen, nur läßt sich allein dadurch keine gezielte Strategie der Armeeführung erklären. Auch wenn viele innenpolitisch repressive Maßnahmen ihre Legitimation aus dem Terror des militanten Islamismus ableiten, beruht die von Zeroual repräsentierte Strategie gerade darauf, diesen militärisch ausschalten zu können. Größeren Nutzen aus dem Fortdauern der Massaker könnte auf Seiten der Armee allenfalls die Fraktion der »Ausrotter« ziehen.

Seit Ende letzten Jahres ist die GIA offensichtlich in ihrem bisherigen Hauptoperationsgebiet südlich von Algier militärisch ins Hintertreffen geraten und deshalb gezwungen, sich nach Westalgerien zurückzuziehen. Dieses Gebiet ist für einen traditionellen Partisanenkrieg topographisch besser geeignet, zudem gibt es vergleichsweise wenige Militärbasen. Größere Auseinandersetzungen hier würden obendrein den militärischen Druck auf die GIA im 'Todesdreieck' verringern. So ist die wachsende Brutalität der GIA-Aktionen eher als verzweifelter Versuch zu werten, durch die Provokation ebenso brutaler Militäraktionen Teile der Bevölkerung auf ihre Seite zu ziehen bzw. einfach nur zu belegen, daß sie noch handlungsfähig sind, obwohl die Staatsführung immer wieder behauptet, es handle sich nur um versprengte Reste von Verbrecherbanden.

Offensichtlich war die Doppelstrategie des algerischen Militärs erst einmal erfolgreich. Ob sie es auch auf Dauer sein wird, bleibt abzuwarten. Es spricht aber einiges dafür. Zwar ist eine durchgreifende Verbesserung der sozialen Lage der großen Bevölkerungsmehrheit nicht abzusehen -die Auslandsverschuldung liegt bei rund 40 Mrd. Dollar, der Schuldendienst verschlingt mehr als 50 Prozent der Deviseneinnahmen, die Arbeitslosigkeit ist von 1,6 Millionen auf 2,3 Millionen angestiegen, und die Reallöhne sind gesunken –,es

gibt aber auch deutliche Zeichen für ein Ende des wirtschaftlichen Rückganges. Während die Wirtschaft Anfang der 90er Jahre jährlich um 3% schrumpfte, konnte sie im letzten Jahr ein Wachstum von 5,8% verzeichnen, und Algerien konnte erstmals seit langer Zeit eine positive Handelsbilanz vorweisen. Eine Stabilisierung der Wirtschaft auf niedrigem Niveau deutet sich an. Außerdem, und das ist wahrscheinlich noch wichtiger, ist die große Mehrheit der Bevölkerung von den jahrelangen bewaffneten Auseinandersetzungen ermüdet. Sie will vor allem erst einmal einem Ende der Überfälle und Morde. Eine darüber hinausgehende Perspektive ist mit dem Niedergang des Islamismus als vereinheitlichender Klammer des Massenwiderstandes vorerst nicht in Sicht. Die deshalb in der Bevölkerung zunehmende Passivität könnte Grundlage eines Kompromisses zwischen der Mehrheit des Militärs sowie den gemäßigten, »bürgerlichen« Islamisten werden.

Erstere repräsentiert vor allem die Öl- und Gasindustrie, die auch weiterhin für Algerien von entscheidender Bedeutung bleiben wird, sowie die entflochtenen mittlerweile großenteils privatisierten ehemaligen staatlichen Großbetriebe. Daneben hat sich - verstärkt mit der weitgehenden Investitionsfreigabe Ende der 80er Jahre ein staatlich nicht kontrolliertes, mittelständisches Unternehmertum gebildet, dessen Ursprung in den 70er Jahren liegt, als ein relativ hohes Lohnniveau der Industriebeschäftigten den Klein-

händlern und Gewerbetreibenden private Akkumulationsmöglichkeiten eröffnete. Dieses unterstützte die Islamisten schon frühzeitig als Vertreter der Investitionsfreiheit gegen staatlichen Dirigismus (s. o.) und dürfte auch derzeit einen wesentlichen Teil der sozialen Basis der moderaten Islamisten bilden. Auf Seiten der landwirtschaftlichen Grundbesitzer gibt es eine vergleichbare Konstellation. Ein großer Teil der Landbesitzer stammt seit der Privatisierung ab Ende der 80er Jahre aus dem Umfeld des Militärs, die Altbesitzer von Grundeigentum sehen ihre Interessen eher im traditionellen islamischen Milieu vertreten.

Die Stabilität des Kompromisses hängt vor allem davon ab, inwieweit mittelfristig eine wirtschaftliche Stabilisierung - wenn auch auf niedrigem Niveau - außerhalb des Ölsektors greift. Außenpolitisch muß sich zeigen, wie sich der IWF, dem Algerien sich mit dem Umschuldungsabkommen von 1994 unterordnen mußte, bei den anstehenden Verlängerungsverhandlungen verhält. Innenpolitisch spricht einiges dafür, daß in nächster Zeit erst einmal relative Ruhe einkehren wird. Nachdem die islamistische Bewegung, die verbal angetreten war, die Lage der benachteiligten Massen zu verbessern, weitgehend gespalten worden ist und ihr radikaler Teil in den Augen ihrer ehemaligen Anhänger unglaubwürdig geworden ist, erscheint ein Wiederaufleben einer arabischen Massenbewegung als Grundlage der Gegenwehr gegen eine kapitalistische Stabilisierung vorerst unwahrscheinlich.

## »In Unterhosen nach Europa?«

**Der italienische Haushaltskompromiß und die Rolle von Rifondazione Comunista.**

Im Oktober 1997 schienen die Widersprüche innerhalb der italienischen Parlamentsmehrheit, die die Regierung Prodi unterstützt unüberwindbar. Vorübergehend trat der Ministerpräsident sogar zurück. Grund für die Regierungskrise war die Weigerung der Partei Rifondazione Comunista (RC), dem Haushaltsplan der Regierungsmehrheit zuzustimmen. Dieser sah u.a. eine Erhöhung der Mehrwertsteuer und der Krankenversicherungsbeiträge, weitere Privatisierungen von Staatsbetrieben und eine Erhöhung des Renteneintrittalters vor. Rifondazione Comunista ist zwar nicht an der Regierung beteiligt, sichert ihr aber die parlamentarische Mehrheit. Sie lehnte den Haushaltsplan als unsozial ab und drohte mit einem »Nein«. Schon vor seinem Rücktritt versuchte Prodi die Zustimmung zu erlangen, indem er kurzfristig den Plan für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Süditalien auf den Tisch legte. Nach seinem Rücktritt gingen die Verhandlungen weiter und die Regierung sagte schließlich auch noch zu, ab 2001 die 35-Stunden-Woche gesetzlich einzuführen und die Arbeiter von der Rentenreform auszunehmen. Dies, aber auch die Diskussionen innerhalb des RC führten schließlich dazu, daß RC eine erneute Unterstützung der Regierung zusagte.

Für Silvio Berlusconi, den Medienunternehmer, ehemaligen Ministerpräsidenten und jetzigen Führer der Rechtsopposition herrscht in Italien seit dieser Zeit eine »stalinistische Diktatur«. Diese Einschätzung resultiert nicht nur aus seinen maßlosen und demagogischen Übertreibungen. Auch weni-



**DIE LANGE WELLE...  
ERREICHT KOHL, CHIRAC UND PRODI  
BEIM BAUEN IHRER EU-BURG**

ger krakeelende Ideologen des Kapitals sehen rot: Die »Zeit« vom 24.10.1997 sieht eine »spätkommunistische Oktoberrevolution zugunsten der zentralen Verwaltungsökonomie« und so, als hätte Italien einst zum sozialistischen Lager gehört kritisiert derselbe Verfasser in der SZ vom 17.10.97, daß »Italien kurz vor der Einführung des Euros zu Wirtschaftskonstruktionen mit dem marxistischen Hammer zurückkehrt (!)«. Auch für den stellvertretenden Vorsitzenden der deutschen PDS, Gehrcke, bedeutet der Kompromiß eine Stärkung der Linken. Er stellt für ihn ein Zeichen der »Politikfähigkeit« der »Postkommunisten« dar. Er zeige, daß

Mitte-Links-Regierungen unter dem Druck von Links zu »sinnvollen Lösungen« fähig sind, und malt in schönen Farben aus, wie seine Partei eine rot-grüne Regierung zu sozialen Reformen drängen könnte. Als »sinnvolle Lösungen« in Bezug auf Italien bezeichnet er das Gesetz zur Einführung der 35-Stunden-Woche und daß die »Rentenkassen vorerst unangetastet« blieben (Jungle World, 23.10.1997).

Da das auch von den Vertretern des Kapitals die Hauptpunkte der Kritik sind, soll auf sie im folgenden detaillierter eingegangen werden.

### **Italien: Vom Sorgenkind zum Musterknaben ?**

Als 1993 im Maastrichter Vertrag die Kriterien für den Beitritt zu einer einheitlichen europäischen Währung festgelegt wurden, war es unvorstellbar, daß Italien an diesem Unternehmen teilhaben könnte. Noch 1995 betrug die Inflationsrate 5,4% statt der geforderten 2%, das Haushaltsdefizit lag bei 8,4% (statt 3%) des Brutto-Inland-Produkts und die Gesamtverschuldung betrug 123,8%, während nach den Konvergenzkriterien höchstens 60% zulässig sind. Ende 1995 machten daher auch Bundesfinanzminister Waigel und Bundeskanzler a.D. Helmut Schmidt deutlich, daß die Sparpolitik noch lange nicht ausreiche, um Italien Euro-tauglich zu machen. Mittlerweile ist von solchen Bedenken fast überhaupt nichts mehr zu hören. Ob IWF, OECD oder Kommissionen der EU: Alle bescheinigen der italienischen Regierung großen Erfolg bei dem Bestreben, die Kriterien zu erfüllen. In einer Studie der Deutschen Bank wird Italien sogar anderen Ländern als Vorbild angepriesen. Die OECD prognostiziert, daß Italien 1998 bezüglich der Inflation und des Haushaltsdefizits die Kriterien erfüllen wird. Im Hinblick auf die Staatsausgaben sieht die OECD allerdings ein Problem auf Italien zukommen: In den nächsten Jahren werden die Ausgaben für die Renten enorm steigen.

1995 hatte bereits die Regierung Dini versucht dieses Problem in den Griff zu kriegen. Mit Zustimmung der Gewerkschaften wird das Mindestalter für den Eintritt in die Berufsaltersrente nach 35 Arbeitsjahren schrittweise angehoben und soll im Jahr 2006 bei 57 Jahren liegen. Wer allerdings vor 62 in Rente geht, muß kräftige Einbußen in Kauf nehmen. Gegen die Zustimmung der Gewerkschaftsführung zu dieser Vereinbarung gab es eine starke Opposition in den Betrieben und in den Gewerkschaften, den Arbeitgebern aber ging sie nicht weit genug. (s.Arpo1/96). Seitdem steht eine umfassende Reform ganz oben bei den Forderungen der Unternehmer und auch die Regierungsparteien machten sie sich zu eigen. Aber auch ohne diese Einschnitte konnte das Haushaltsdefizit 1997 auf etwa 3% und die Inflationsrate auf 1,5% gesenkt werden. Ein Grund für diese Entwicklung liegt im stark gesunkenen Zinsniveau, wodurch der Schuldendienst für die aufgelaufenen Staatsschulden stark geschrumpft ist. Seit 1993 gab es allerdings auch eine Vielzahl kleiner und größerer Einschnitte zu Lasten der Arbeiter/innen, der Rentner/innen und der in Ausbildung befindlichen Menschen. Die Abschaffung der »scala mobile«, Privatisierungen, ein Sozialpakt, der den Gewerkschaften nur sehr niedrige Lohnerhöhungen zugesteht, Erhöhung von Steuern und der Sozialversicherungsbeiträge waren die Maßnahmen zur Senkung des Defizits, die seitdem von allen Regierungen durchgesetzt wurden. Mit dem Hinweis Schlimmeres verhindert zu haben, stimmt seit 1996 auch RC solchen Maßnahmen zu. Für den Haushalt 1997 konnte Rifondazione tatsächlich

noch durchsetzen, daß das Gesundheitswesen und die Renten von Kürzungen verschont blieben. Für den Haushalt 1998 stand die Rentenreform aber im Mittelpunkt der Beratungen und für den Arbeitgeberverband Confindustria wurde sie zum Test für die Glaubwürdigkeit der Regierung. Seit Frühjahr 1997 waren die Haushaltsberatungen und dabei vor allem die Rentenfrage das alles beherrschende innenpolitische Thema Italiens. Durch die Rentenreform sollten umgerechnet etwa 4,5 Mrd. DM eingespart werden. Neben einer Beitragserhöhung für Selbständige war vor allem daran gedacht, das durch die Rentenreform 1995 gesetzte Ziel der Erhöhung des Renteneintrittsalters beschleunigt zu erreichen. Gleichzeitig sollte die Mindestarbeitsdauer für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes schrittweise von 30 auf ebenfalls 35 Jahre angehoben werden. Dadurch sollten umgerechnet etwa 4,5 Mrd. DM eingespart werden. Rifondazione Comunista argumentierte, daß die Lohnabhängigen schon bei der Rentenreform unter Dini sehr viele Opfer bringen mußten und weitere Einschnitte deshalb unzumutbar seien. Der letztlich erzielte Kompromiß sieht nun vor, daß solche Beschäftigte, die in den Tarifverträgen als Arbeiter eingestuft sind oder eine vergleichbare Tätigkeit ausüben, von der beschleunigten Anpassung ausgenommen werden. Für diese Kategorien wird die Altersgrenze für den Renteneintritt nach 35 Jahren wie bisher vorgesehen erst im Jahr 2006 auf 57 Jahre angehoben werden, für die anderen aber nach diesem Kompromiß schon 2002. Es sollen ca. 40% der Lohnabhängigen sein, die so von der beschleunigten Anpassung ausgenommen bleiben. Die Einsparungen verringern sich dadurch auf ca. 4,1 Mrd. DM, was durch eine stärkere Bekämpfung der Steuerflucht ausgeglichen werden soll. Die Behauptung, durch den Kompromiß würden die Rentenkassen nicht angetastet, kann also nicht uneingeschränkt aufrechterhalten werden. Die durch die Reform Dinis festgelegten Verschärfungen werden auch zukünftig fristgerecht eintreffen und für die Mehrzahl der Lohnabhängigen werden sie sogar beschleunigt eingeführt.

Eine ähnliche Vorsicht ist bei der Beurteilung des Gesetzes zur Einführung der 35-Stunden-Woche angebracht. Da Rifondazione dieses Gesetz als einen historischen Sieg feiert und die Industriellen deswegen sogar mit der Aufkündigung der »konzertierten Aktion« drohten, scheint die Beurteilung erst einmal eindeutig. Doch enthält dieser Punkt der Vereinbarung viele Einschränkungen und ist an einige Bedingungen geknüpft, die das Bild eines uneingeschränkten Sieges für die Arbeiterbewegung trüben. Die Frage eines Lohnausgleichs, für RC vorher ein absolutes Muß, wird nicht angesprochen. Betriebe mit weniger als 16 Beschäftigten werden von der Vereinbarung ausgenommen. Dadurch werden 6 Millionen ArbeiterInnen ausgeschlossen.

Die Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung obliegt den Tarifparteien, die dabei auch die ökonomische Situation der Branchen und Regionen berücksichtigen sollen. Wenn im Jahr 2001 das Gesetz in Kraft treten soll, wird schließlich ein neues Parlament gewählt sein, wenn bis dahin, wie geplant, die Verfassungsreform beschlossen ist. Es ist nicht absehbar, wie sich bis dahin die gesellschaftlichen und parlamentarischen Kräfteverhältnisse entwickelt haben werden und das Gesetz überhaupt je in Kraft tritt. Der Erfolg von Rifondazione erscheint somit also durchaus relativiert und die Regierung zahlt in Form eines Wechsels, der auch ganz platzen könnte.

Neben den Arbeitgebern machten auch die Gewerkschaften Front gegen eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit. Sie nutzten die Beratungen nicht, um die Stellung der ArbeiterInnen zu stärken, sondern drängten auf eine möglichst weitgehende Verwässerung des Gesetzes. Einerseits fürchteten sie, die Confindustria könnte in Folge eines »harten« Gesetzentwurfes die konzertierte Aktion aufkündigen, und andererseits wollten sie über die Tarifverhandlungen ihren Einfluß auf die Arbeitszeitgestaltung behalten. Rifondzione konnte in dieser Frage kaum Bündnispartner außerhalb der Partei gewinnen. Der vorgelegte Gesetzentwurf spiegelt dies wider: Ab 2001 gilt demnach eine gesetzliche Arbeitszeit von 35 Stunden wöchentlich. Den Tarifparteien steht es jedoch zu, auch weiterhin längere Arbeitszeiten zu verarbeiten. Ab der 36. Stunde müssen die Arbeitgeber allerdings einen Zuschuß von 5% auf Lohn und Sozialabgaben zahlen. Die wöchentliche Arbeitszeit kann auch auf eine Jahresarbeitszeit umgerechnet werden, was zu einer weiteren Flexibilisierung führen wird. Die Arbeitgeber drohten nach Vorlage des Gesetzentwurfs mit dem Ende der Konzertierte Aktion. Sie zogen diese Drohnung aber wieder zurück und setzen auf eine weitere Verwässerung im Zuge der parlamentarischen Beratung. Die Rechtsopposition kündigte die Initiative zu einem Volksentscheid an, um das Gesetz zu Fall zu bringen. Rifondazione ist unter diesen Umständen prinzipiell mit dem Gesetzentwurf einverstanden und kann es sich nicht erlauben, das Gesetz ernsthaft zu kritisieren, ohne eine neue Regierungskrise auszulösen. Die Tatsache, daß es überhaupt zu einem Gesetz kam, wird somit als Erfolg ausgegeben.

Mit noch mehr Fragezeichen ist das dritte Zugetändnis an Rifondazione verbunden. Über 3 Mrd. DM aus dem Verkauf der Telecom sollen ausgegeben werden, um im Süden Arbeitsplätze zu schaffen. Diese sollen über den staatlichen Industriekonzern IRI organisiert werden, der ursprünglich aufgelöst werden sollte, was aber auch am Widerstand der PPI scheiterte, da die alte DC dort viele ihrer Leute untergebracht hatte. Der Konzern soll nun umstrukturiert werden und eine Rolle bei der Entwicklung des Südens spielen. Welche Funktion er dabei aber haben soll ist ebenso offen wie die Frage, in welcher Form das Geld der Schaffung von Arbeitsplätzen zu Gute kommen soll. Während dem RC eine starke Gesellschaft zur Entwicklung des Südens vorschwebt und 200.000 Menschen einstellen möchte, sollen nach den Vorstellungen der PDS nur 5 neue Leute eingestellt werden, die nach dem Vorbild der deutschen Treuhand-Gesellschaft die Privatisierung der Betriebe in die Wege leiten. Neue Arbeitsplätze sollen demnach geschaffen werden, indem die neue Gesellschaft Aktivitäten entwickelt, die indirekt zur Schaffung neuer Arbeitsplätze führen. Über diese Grundsatzfragen ist noch keine Einigung hergestellt worden. (La Repubblica 2.11.1997)

Die Zugeständnisse an Rifondazione Comunista erweisen sich somit als ziemlich vage. Viele Punkte waren noch zu klären gewesen und RC konnte auf die Ausgestaltung dieser Zusagen nicht den nötigen Einfluß nehmen. Die Ausnahme der Arbeiter aus der Rentenreform ist dabei das greifbarste Resultat. Im Gegenzug billigte RC aber nicht nur die Verschärfungen für die übrigen Lohnabhängigen, sondern stimmte auch für eine Erhöhung der Verbrauchssteuern, der Krankenversicherungsbeiträge und weiterer Gebühren. Die Kriterien von Maastricht können somit erreicht werden und es sind vor allem die ArbeiterInnen, die dafür zahlen müs-

sen. Ein durchschnittlicher Arbeiterhaushalt wird 1998 900 DM mehr an Steuern und Abgaben zu zahlen haben. So ist es nicht verwunderlich, daß es neben den beinahe hysterischen Reaktionen von Berlusconi oder von Fossa, dem Präsidenten der Confindustria, auch gelasseneren Stellungnahmen aus dem bürgerlichen Lager gibt. So rät Gianni Agnelli, mittlerweile FIAT-Ehrenpräsident politisch aber noch immer sehr einflußreich, dazu, die Entwicklung erst einmal abzuwarten und nicht sofort die Konfrontation mit der Regierung zu suchen. Auch andere einflußreiche Unternehmer lehnen die Politik der Confindustria ab, weil sie befürchten auf diese Weise nicht auf die Verhandlungen über die 35-Stunden-Woche Einfluß nehmen zu können (La Stampa 7.1.98). Die »Neue Zürcher Zeitung« sieht ebenfalls keinen Grund zur Panik, betont, daß die Stabilitätskriterien für den Euro auch mit dem neuen Haushalt eingehalten werden und sieht in den Zugeständnissen der Regierung an RC »ein zwar freundliches aber letztlich irrelevantes Entgegenkommen, das der Rifondazione Comunista einen einigermaßen stilvollen Abgang aus den spätsommerlichen Wirren sichern sollte.« (NZZ, 15.10.97)

In der Tat ist es nicht nachvollziehbar, daß ein Haushalt, der noch in der Haushaltsdebatte vom RC-Fraktionsvorsitzenden Diliberto als im Sinne des Kapitals und der Finanzwelt kritisiert wurde, durch die oben genannten Zusagen eine derartige Wende erfahren haben soll, daß die Partei nun für diesen Haushalt stimmen konnte. Die Gründe für die letzte Zustimmung zum Haushalt sind daher nicht nur im Verhandlungsergebnis zu suchen, sondern sind vor allem auch Ergebnis der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, die in der Debatte um den Haushalt deutlich geworden sind.

#### **Rifondazione Comunista:**

#### **Partei der Regierung und Partei des Kampfes?**

Mit dem Sieg des Wahlbündnisses »Ulivo« (Olivenbaum) konnte im April 1996 erstmals die parlamentarische Vorherrschaft des rechten Lagers gebrochen werden. Stärkste Partei des Ulivo ist der PDS, die sozialdemokratische Nachfolgepartei des ehemaligen PCI. Sie ist momentan dabei sich nicht nur von der PCI-Tradition, sondern auch von traditionellen sozialdemokratischen Vorstellungen zu verabschieden. Hammer und Sichel, die bisher im Parteesymbol die Wurzel der Eiche bildeten, sind daraus getilgt worden. Die Partei soll umbenannt werden in »Democratici di Sinistra« (Demokraten der Linken). Damit sollten vor allem Anhänger der ehemaligen PSI von Bettino Craxi gewonnen werden. Diese hielten sich jedoch erst einmal zurück und statt dessen konnten nur kleinere linksliberale und linkssozialdemokratische Gruppen gewonnen werden. (Christlich-Soziale, linke Republikaner, »Laburisten«, Comunisti Uniti). Als Vorbild für diese Umwandlung wird immer wieder die Labour Party Tony Blairs genannt. Da ihre Mitglieder in der Vergangenheit bei der Besetzung von Positionen in der staatlichen Industrie praktisch ausgeschlossen waren, kann die PDS de facto als die Partei der entschiedensten Privatisierer auftreten und dies mit der populären Argumenten gegen das alte Klientelssystem begründen. Bündnispartner des PDS sind die aus der alten DC hervorgegangene Italienische Volkspartei PPI, die Grünen und die Partei von Lamberto Dini, ehemals Finanzminister unter Berlusconi, dann übergangsweise Ministerpräsident einer Minderheitsregierung und heute Außenminister. Das Programm des Ulivo ist die kapitalistische Moder-

nisierung Italiens: Privatisierungen, Reform des Sozialstaates und Deregulierung. Dabei soll stets ein Konsens mit den Gewerkschaften und den Arbeitgebern hergestellt werden. Um die parlamentarische Mehrheit zu erringen waren zwei Faktoren notwendig: Im Gegensatz zu 1994 traten im Norden die Lega Nord und das rechte Oppositionsbündnis aus »Forza Italia« und Alleanza Nazionale (AN) gegeneinander an. Dadurch gelang es dem Ulivo im Norden sehr viel mehr Direktmandate zu erringen als es ihrem Stimmenanteil entsprach. Gleichzeitig gelang es, RC zu einer Unterstützung des Ulivo zu gewinnen. Eine Beteiligung des RC am Ulivo stand zwar nie zur Debatte, er war aber zu einem Wahlabkommen mit der PDS bereit. Diese stellte dem RC einige Wahlkreise in ihren mittellitalienischen Hochburgen zur Verfügung, und im Gegenzug rief RC landesweit dazu auf, die Direktkandidaten des Ulivo zu wählen. Dieses Abkommen enthielt keinerlei inhaltliche Absprachen. RC konnte damit sehr viel mehr Abgeordnete ins Parlament bringen, als es ihrem Stimmenanteil von 8,6% entsprochen hätte.

Ähnlich ambivalent blieb das Verhältnis von RC und Ulivo auch nach den Wahlen. RC beteiligte sich nicht an der Regierung, sorgte aber für ihre parlamentarische Mehrheit und versuchte von außen Einfluß auf die Regierung zu nehmen. In dieser Position konnte er seinen Forderungen mit Nachdruck Gehör verschaffen. Da RC nicht ins Kabinett eingebunden war, war er frei, einzelne Pläne oder die Regierung insgesamt als »unsozial« oder »arbeiterfeindlich« zu kritisieren. Die Regierung ihrerseits war auf die Stimmen von Rifondazione angewiesen und mußte einige Zugeständnisse machen. Der Partei gelang es dadurch, sich als Interessenvertretung der »kleinen Leute« zu profilieren und laut Meinungsumfragen stieg ihr Anteil auf ca. 13%. Bürgerlichen Kommentatoren gefiel es, die Regierung als Geißel der Kommunisten darzustellen. Tatsächlich gelang es RC einen massiven Abbau sozialer Leistungen zu verhindern und manche Gesetze hätten den ArbeiterInnen sicher mehr Opfer zugemutet, wenn die Regierung nicht auf die Stimmen von RC angewiesen gewesen wäre.

Diese Politik brachte jedoch nicht nur die Regierung in Schwierigkeiten, sondern auch RC selbst. So wie es sich die Regierungsparteien nicht leisten konnten auf die Unterstützung durch RC zu verzichten und statt dessen Partner im rechten Lager zu suchen, so konnte auch Rifondazione nicht ohne weiteres die Existenz der ersten »Linksregierung« aufs Spiel setzen. Die meisten Anhänger von RC fühlen sich trotz der Spaltung der alten PCI dem »linken Lager« zugehörig, auch wenn sie der Meinung sind, daß in der Regierungspolitik die Interessen der ArbeiterInnen und sozial Schwachen zu kurz kommen.

Wollten die Kommunisten nicht in den Verdacht geraten, leichtfertig den Sturz dieser Regierung herbeizuführen, mußten sie wohl oder übel einer ganzen Reihe von Gesetzen zustimmen, die den ArbeiterInnen weitere Verschlechterungen brachten. Gingen die Konzessionen aber zu weit, wurde die innerparteiliche Kritik von links laut. So z.B. als RC der Einführung von Leiharbeit und von befristeten Arbeitsverhältnissen zustimmte oder den DPEF (Documento di programmazione economia e finanziaria) absegnete, ein Dokument, das in allgemeiner Form die wirtschafts- und finanzpolitischen Aufgaben der Regierung bis zum Jahre 2001 umreißt und auch die Notwendigkeit von Kürzungen im Sozialbereich betont.

Um diese Kritik zu besänftigen, wurde die verbale Auseinandersetzung mit der Regierung immer heftiger, in den entscheidenden Momenten stand RC der Regierung jedoch stets zur Verfügung. Gegen diese Politik formierte sich auf dem Parteitag eine Opposition von Links, die der Parteilührung eine unerträgliche Kluft zwischen ihren Worten und ihren Taten vorwarf. Sie forderten einen Bruch mit der Regierung Prodi, die Rückkehr in die Opposition und die Verlagerung der Aktivitäten auf die außerparlamentarische Mobilisierung. Dafür konnten sie die Stimmen von 15% der Parteitagsdelegierten erhalten. Die Sprecher der Linksoption stammen in der Regel nicht aus der PCI, sondern sind aus kleineren linken Gruppen zu RC gekommen. Allerdings finden ihre Argumente Unterstützung bei vielen jüngeren ArbeiterInnen, die in den 90er Jahren politisiert wurden und dabei in Widerspruch zum Anpassungskurs der Gewerkschaften gerieten.

Das Klima zwischen RC und Regierung verschlechterte sich zusehends, und als die Regierung ankündigte mit dem Haushalt 1998 umfassende Eingriffe in die Sozialsysteme vorzunehmen, ließ Parteisekretär Fausto Bertinotti keine Gelegenheit aus gegen diesen Plan zu wettern und der Regierung mit dem Entzug der Unterstützung zu drohen. Die Verteidigung der Renten und der Möglichkeit nach 35 Jahren Arbeit in Rente zu gehen spielte in den innenpolitischen Auseinandersetzungen der letzten Jahre eine wichtige Rolle. Die Rechtsregierung Berlusconi scheiterte als Millionen von ArbeiterInnen und RentnerInnen auf die Straße gingen oder mit Warnstreiks dagegen protestierten. Als die Regierung Dini 1995 ihre Rentenreform mit Unterstützung der PDS und der Gewerkschaften durchzog, gab es dagegen eine starke innergewerkschaftliche Opposition und Rifondazione konnte sich in dieser Auseinandersetzung als Partei des sozialen Protestes profilieren und gegenüber der PDS an Konturen gewinnen. Daher war es für RC politisch wichtig in dieser Frage auch dieses Mal standhaft zu bleiben.

Als nach dem Volksaufstand in Albanien die Entsendung italienischer Truppen dorthin beraten wurde, wollte Rifondazione zeigen, daß die Regierung nicht unbegrenzt auf ihre Stimmen vertrauen kann. Sie stimmte gegen die Entsendung, und die Regierung mußte auf die Stimmen der Rechtsopposition zurückgreifen, um ihre Truppen in Marsch setzen zu können. Als Prodi wenige Tage später aber die Vertrauensfrage stellte, wurde er wieder von RC gestützt und es ging weiter wie bisher.

Die Gewerkschaften unterstützten anfangs die Position von RC. Auch sie vertraten die Auffassung, daß die Arbeiter mit der Rentenreform von 1995 schon genug Opfer gebracht hatten und ihnen keine weiteren zugemutet werden könnten. Doch je näher die Entscheidung heranrückte, desto deutlicher signalisierten diese ihre Kompromißbereitschaft. Zuerst bei der Angleichung der Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes an die des privaten Sektors und schließlich sollten nur noch die ArbeiterInnen ausgenommen werden, die vor dem 18. Lebensjahr zu arbeiten anfangen.

Die Gewerkschaftsführung unterstützte schließlich den Haushaltsentwurf der Regierung und sprach sich damit gegen die Linie von Rifondazione aus, die diesem in der vorliegenden Form auf keinen Fall zustimmen wollten. Dies führte zu heftigen Polemiken zwischen RC und den Gewerkschaften. Bertinotti warf den Gewerkschaften vor, im Dienste der Regierung zu stehen.

Im Gegensatz zu 1995 führte die Entscheidung der Gewerkschaftsführung aber zu keiner innergewerkschaftlichen Opposition. Der Konflikt war von Anfang an parteipolitisch zugespitzt, und die Entscheidung von Rifondazione an der Frage des Haushalts die erste »Linksregierung« Italiens scheitern zu lassen wurde auch von vielen ArbeiterInnen nicht gebilligt, die der Kritik durchaus zustimmten. Viele ArbeiterInnen zeigten große Anerkennung für die Verteidigung des »Sozialstaates« durch Bertinotti und übten heftige Kritik an der Haltung der Gewerkschaftsführung. Viele von ihnen betrachteten die jetzige Regierung jedoch als das kleinere Übel und wollten nicht zu ihrem Sturz beitragen. Eine Meinungsumfrage auf dem Höhepunkt der Krise ergab, daß auch von den AnhängerInnen des RC etwa ein Drittel mit der Haltung ihrer Partei nicht einverstanden war. In Mittelitalien, wo nicht nur die PDS, sondern auch RC ihre Hochburgen hat, lag die Zustimmung sogar nur bei 52,5% (la Repubblica, 2.10.97). Während es weder innerhalb noch außerhalb der Gewerkschaften zu Bewegungen kam, die die Position von RC hätten stärken können, konnten die Regierungsparteien ihre Anhänger gegen die »verantwortungslosen Kommunisten« mobilisieren. In Bologna gingen 40.000 Menschen auf die Straße und in verschiedenen Betrieben organisierten die betrieblichen Gewerkschaftsvertretungen Kundgebungen für die Regierung.

Nach dem Rücktritt Prodis führte diese Stimmung innerhalb der Linken schließlich zu einigen innerparteilichen Kritiken an der kompromißlosen Haltung der Parteiführung. Zur Wortführerin machte sich die stellvertretende Senatspräsidentin Ersilia Salvato. Sie stimmte offen gegen die Linie ihrer Partei und argumentierte, daß es verantwortungslos sei, das Land in eine politische Krise zu stürzen (Corriere della Sera, 8.10.1997). Damit traf sie wohl die Meinung Vieler bei Rifondazione wie nicht zuletzt die Tränen einiger Abgeordneter bei ihrem Votum gegen den Haushalt und zahlreiche kritische Leserbriefe an die Parteizeitung »Liberazione« zeigten. Zu einer Veranstaltung der Parteilinken in Rom erschienen ca. 500 GenossInnen, um gegen einen Kompromiß mit der Regierung zu protestieren. In einigen Parteigliederungen soll die Diskussion handgreiflich ausgetragen worden sein. Insgesamt wuchsen jedoch die Zweifel daran, ob der eingeschlagene »harte« Kurs der Partei nach außen zu vermitteln war. Als die Regierung schließlich ihre Zusage zu einem Gesetz über die Einführung der 35-Stunden-Woche machte, sah die Parteiführung die Möglichkeit, ohne großen Gesichtsverlust dem Haushaltsplan zuzustimmen. Dabei dürfte weniger der materielle Gehalt der doch ziemlich vagen Zugeständnisse eine Rolle gespielt haben als vielmehr die Angst, innerhalb der Gewerkschaften und der Linken isoliert zu werden.

Allerdings konnten auch die Regierungsparteien ihre Vorstellungen nicht vollständig durchsetzen. Die Vertreter des Kapitals versuchten die Regierung immer wieder zu drängen, den Haushalt doch mit den Stimmen aus dem Lager

der rechten Opposition zu verabschieden. Berlusconi signalisierte dafür seine Bereitschaft, und Prodi und PDS-Chef D'Alema begannen Gespräche in diese Richtung. Diese mußten allerdings abgebrochen werden, weil der Protest in den Gewerkschaften und in der PDS zu laut wurde. Nicht durchsetzen konnten sich auch jene Kräfte, die nach dem Rücktritt Prodis sofortige Neuwahlen forderten und hofften, dadurch das Problem von Rifondazione erledigen zu können.

Als soziales Gewissen der Regierungsmehrheit und als Garantie gegen allzu rigiden Personalabbau genießt Rifondazione großes Ansehen bei den ArbeiterInnen. Sprengt er jedoch den Konsens des »linken Lagers«, muß er mit Widerstand auch in den Betrieben und Gewerkschaften rechnen. Der Beitritt Italiens zur Europäischen Währungsunion wird kaum in Frage gestellt und für die Beitrittskriterien ist die italienische Regierung nicht verantwortlich zu machen. Auf parlamentarischer Ebene gibt es darüber hinaus nur die Alternative einer Verschiebung der Regierungsmehrheit nach rechts, was aber noch schärfere Programme zur Reform des Sozialstaates zur Folge hätte. Versuche kleinerer linker Gewerkschaften und politischer Organisationen links von RC eine außerparlamentarische Mobilisierung gegen den Haushaltsentwurf zu organisieren blieben so hinter den Erwartungen zurück.

Der eingeschlagene Weg einer Modernisierung des italienischen Kapitalismus im Konsens mit den Gewerkschaften wird im Großen und Ganzen akzeptiert, um an der gemeinsamen europäischen Währung teilnehmen zu können. Wenn die Kommunisten noch für eine soziale Absicherung dieses Weges sorgen, dann ist es noch besser. Läßt sich RC auf diese Rollenverteilung ein, kann er eine Konfrontation mit der Regierung immer nur androhen, darf es im Ernstfall aber nicht zum Bruch kommen lassen. Da die verbalen Drohungen dann aber immer unglaubwürdiger werden, ist eine »konstruktive Zusammenarbeit« mit der Regierung die logische Folge dieser Politik. Die im Haushaltskompromiß vereinbarten regelmäßigen Konsultationen zur Klärung strittiger Fragen sind ein Schritt in diese Richtung. Schon gibt es Stimmen, die einen Eintritt von Rifondazione in die Regierung fordern und die Politik von Parteisekretär Bertinotti als bloß agitatorisch ablehnen.

Wenn Italien beim Euro dabei sein wird, werden die Folgen für die italienischen ArbeiterInnen bei weitem nicht so rosig sein, wie es heute von Vielen gehofft wird. Auch dann werden ihnen immer neue Opfer abverlangt werden, um die Position des italienischen Kapitals zu stärken. Ihr Sinn wird daher immer schwerer zu vermitteln sein und die Ablehnung zunehmen. Wenn sich RC der Regierung immer weiter anpaßt, wird er für jene Teile der Arbeiterklasse an Bedeutung verlieren, die zu keinen weiteren Opfern bereit sind. »Wir werden nach Europa kommen. Aber wir werden dort in Unterhosen ankommen«. Das sagte ein Arbeiter in einem Fernsehinterview, um seine Ablehnung des Haushalts zu bekunden. Daß diese Unterhosen dank RC nun etwas modischer aussehen wird ihn kaum trösten.

Die Gefahr rechter Protestparteien ist noch nicht gebannt. Da die Anwärter auf die Berufsaltersrenten zu 70% aus 4 Regionen Norditaliens kommen, versuchte die Lega Nord dieses Thema für ihre secessionistische Propaganda zu nutzen. Sie warf den Gewerkschaften Verrat an den norditalienischen Arbeitern vor, stellte die nationalen Tarifverträge in Frage und propagierte den Aufbau einer eigenen »padani-

1) Die Mitglieder von SLAI-COBAS (Sindacato dei Lavoratori Autorganizzati Intercategoriale – Comitati di Base) wollen eine neue klassenkämpferische Gewerkschaft aufbauen. Bei Wahlen zu den betrieblichen Interessenvertretungen können sie teilweise spektakuläre Erfolge erzielen. Diese entsprechen aber nicht ihrer politischen Verankerung, sondern sind vor allem als Protest gegen die Vertreter der traditionellen Gewerkschaften zu werten. Viele Mitglieder von SLAI-COBAS betätigten auf dem linken Flügel von Rifondazione Comunista.

schen« Gewerkschaft. Die praktische Unterstützung für diese Politik war gering. Die Kommunalwahlen zeigten jedoch, daß die Lega Nord noch immer in der Lage ist, die Stimmen vieler ArbeiterInnen zu gewinnen.

Mittlerweile sind die Differenzen über den weiteren Weg von Rifondazione offen ausgebrochen. Ein Teil der Linksoption aus dem Spektrum der »selbstorganisierten Basisgewerkschaften«\*] hat die Partei verlassen und will eine neue kommunistische Organisation aufbauen. Die bisherige Mehrheit der Partei ist praktisch zurbrochen. Gegen die Linie Bertinottis, der immer wieder die Differenzen zur Regierung betont und eine außerparlamentarische Mobilisierung der Arbeiterklasse versucht, hat sich eine Opposition um den Parteipräsidenten Cossuta gebildet. Cossuta war früher Führer des linken Flügels der PCI und ist stark in dieser Tradition verwurzelt. Er kritisiert, daß Bertinotti immer wieder damit droht, der Regierung die Unterstützung zu entziehen und fürchtet, die Partei könne bei Neuwahlen ohne Absprachen mit der PDS auf die Rolle eines Zuschauers reduziert werden. In diesem Zusammenhang kritisiert er auch die mangelnde Verankerung der Partei in den Gewerkschaften und

auf lokaler Ebene. In den führenden Gremien der Partei wird seine Position von etwas mehr als einem Drittel der Mitglieder unterstützt. Sie kommen fast alle aus dem »roten Gürtel«, aus den Regionen Mittelitaliens, in denen die Mehrheiten für die PCI früher unangefochten waren. In Nord- und Süditalien, wo es in den neunziger Jahren stärkere soziale Auseinandersetzungen gab, unterstützen die Parteigliederungen eher die Politik Bertinottis. Er sieht die Gefahr für die Partei weniger im »Abenteuerturn« oder darin, in eine Zuschauerrolle gedrängt zu werden. Die Gefahr besteht für ihn vor allem darin, angepaßt und in das System integriert zu werden. Er lehnt deshalb längerfristige Absprachen mit der Regierung ab. Angesichts der bei der Regierungskrise deutlich gewordenen Kräfteverhältnisse und der neuen Opposition innerhalb der Partei, dürfte sich der Handlungsspielraum für eine antagonistisch verstandene Politik aber eher verschlechtern. Es ist daher wichtig, daß die Linke innerhalb von RC Wege findet, um sich selbständig an die ArbeiterInnen zu wenden und diejenigen anzusprechen, die schon heute unzufrieden sind mit den Folgen der Modernisierungspolitik. 20.4.89 ■

■ STEVE DAVISON (TUC, GROSSBRITANNIEN)

## Die Lage der Gewerkschaften in Großbritannien nach zwanzig Jahren marktliberaler Politik unter einer konservativen Regierung

Am 7. März dieses Jahres hielt Steve Davison (TUC/Großbritannien) folgendes Referat auf dem Bezirkstag Berlin der IG Medien. Er ist seit über 20 Jahren Mitglied in der Vereinigten Ingenieur und Elektriker Gewerkschaft AEEU und in verschiedenen ehrenamtlichen Funktionen aktiv; seit 1976 Delegierter der AEEU im TUC in Keighley und ab 1986 Vorsitzender des TUC Keighley (entspricht etwa einem DGB-Kreisvorsitzenden).

Nach dem Referat erhielt Steve riesigen Beifall. Seine Schilderung der Entwicklung in Großbritannien wurde durch eine Aussprache unter den Anwesenden vertieft. Er sieht zu Deutschland in der Entwicklung nur wenig Unterschiede. Bei uns sei die Grundversorgung der Bevölkerung noch gegeben. In Großbritannien ist durch die Privatisierung die Verelendung eingetreten (»Plünderung der Besitzlosen«). Für viele sei der neue Premier Tony Blair zu einem Strohhalm geworden. Die TUC-Führer hofften z. B. auf die Rückgabe ihrer gestohlenen Rechte! Es gäbe keine Bewegung, nur Lähmung. Wenn wir nicht aufpassen, wird Deutschland eine ähnliche Entwicklung nehmen. Wir sollten auf Schröder achten, dieser würde für uns keine positive Änderung bringen.

Es gelte den Internationalismus wieder von unten aufzubauen: gegen das internationale Kapital die »human society«! Die Gewerkschaften stünden vor dem Scheideweg, sich weiter als Versicherungen oder wieder als Kampforganisationen zu entwickeln. Im ersteren Fall würden die Gewerkschaftsführer natürlich viel ruhiger leben. Deshalb müsse national wie international konsequent und quer gegen die laufende Entwicklung gearbeitet werden.

Der Bericht von Steve Davison:

*»Das Vereinigte Königreich hat in Europa die arbeitsrechtlichen Bestimmungen mit den geringsten Auflagen für Arbeitgeber, es kennt nur wenige Einschränkungen in bezug auf Arbeitszeit, überstunden und Urlaub . . . Die Anerkennung einer Gewerkschaft ist nicht gesetzlich vorgeschrieben. Viele Unternehmen arbeiten in Schichtbetrieb und 24-Stunden-Turnus und an sieben Tagen der Woche, sowohl für Männer wie Frauen.«* (Aus dem Leitfadens für ausländische Investoren, herausgegeben vom Büro »Invest in Britain« [»Investieren Sie in Britannien«] des Ministeriums für Handel und Industrie)

Großbritannien, einst »die Werkstatt der Welt«, ist zur Schwitzbude Westeuropas geworden. Es war ein längerer Prozeß, aber die zwei Jahrzehnte konservativer Herrschaft haben das Land in einem solchen Maße deindustrialisiert, daß heute einer von fünf Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe für südostasiatische Firmen arbeitet. Die Auto-, Motorrad-, Fernseh- und Haushaltgeräte-Industrie sind nur noch ein Schatten ihres früheren Selbst und liegen zum überwiegenden Teil in ausländischer Hand. Genaugenommen sind es Montagewerke multinationaler Konzerne, deren Geschicke in Detroit, Seoul und Tokio entschieden werden.

Weniger als die Hälfte der potentiellen britischen Arbeitskräfte hat einen Full-time-Job im traditionellen Wortsinn. In der Zeit zwischen den Parlamentswahlen von 1992 und 1997 haben neun Millionen Arbeitnehmer ihren Job verloren oder den Arbeitgeber gewechselt, weil sie entweder in die Arbeitslosigkeit entlassen oder ihre Betriebe privatisiert wurden.

Fast die Hälfte der Männer über 55 und der Frauen über 50 sind nicht mehr berufstätig. Für junge Menschen zwischen 16 und 25 sind die statistischen Zahlen sogar noch höher. Ganze Sozialgemeinschaften sind verarmt, da der Prozeß der Deindustrialisierung eine Verlagerung mit sich gebracht hat: weg von der verarbeitenden Industrie in Nordengland, Schottland und Wales, hin zum Dienstleistungsgewerbe in London und Südostengland. Großbritanniens Gesellschaft, wie sie noch vor einem Vierteljahrhundert existierte, ist heute fast nicht mehr wiederzuerkennen. Das alles hat sich während einer Periode allgemeinen Wachstums der Weltwirtschaft abgespielt. Da die britische Wirtschaft jetzt an Wachstumstempo verliert und nach einiger Zeit wohl in eine Rezession eintreten wird, sind die Perspektiven für die nächsten Jahre absolut erschreckend.

Großbritannien hat bei der Durchsetzung der marktliberalen ökonomischen Theorien, von denen die kapitalistischen Ökonome behaupteten, daß sie »die beste aller möglichen Welten« herbeiführen würden, in Vorderster Front gestanden. Gemäß dieser einst von Voltaires Pangloß verkündeten Vision sind im letzten Jahrzehnt mehr Menschen zu Millionären geworden als in den fünfzig Jahren davor, aber zugleich ist auch die größte »Unterklasse« entstanden, die seit dem neunzehnten Jahrhundert in Europa zu beobachten ist. Zwölf Millionen Menschen sind zu ihrer Existenz auf Sozialleistungen angewiesen. In den britischen Groß- und Kleinstädten sind heutzutage harte Drogen und Verbrechen, Einbrüche und Gewalt auf der Straße zur Norm geworden.

Statt diesen Irrsinn zu verurteilen, suchen die Politiker und das Big Business Europas dem britischen Beispiel zu folgen. Kanzler Kohl und seine Amtskollegen kommen regelmäßig zu Treffen mit ihrem britischen Gegenüber in dessen Ideenfabriken für die Deregulierung zusammen. Die Katastrophe der Privatisierung in Großbritannien wird in ganz Europa begeistert nachgeahmt und als Modell für die frühere Sowjetunion und ihre einstigen Satellitenstaaten in Osteuropa angesehen. Doch das Dogma vom freien Markt ist nicht nur von den konservativen Politikern geschluckt worden. Auch sozialdemokratische Politiker treten nun an, um den Göttern des freien Unternehmertums zu huldigen. In ganz Europa hat die Arbeiterklasse heute keine wirksame politische Vertretung mehr. Die Sozialdemokratie ist tot. Und das gilt nirgendwo mehr als in Großbritannien.

Margaret Thatcher brüstete sich einst, es sei ihr Ziel, den Sozialismus in Großbritannien zu beseitigen. Das mißlang ihr. Doch in ihren verwegenen Träumen hätte sie sich nicht ausmalen können, daß diese Zielstellung mit einem solchen Enthusiasmus von den Führern der britischen Arbeiterbewegung übernommen werden würde.

### **Die Reform des Arbeitsrechts**

1998 soll das Jahr werden, in dem eine britische Regierung zum erstenmal seit zwanzig Jahren ein Arbeitsrecht zugunsten der arbeitenden Menschen beschließt. Doch statt mit Schwung die negativen Folgen der konservativen Offensive gegen die Rechte der Arbeitnehmer zu beseitigen, fordert die jetzige Labour-Regierung von den Gewerkschaftsführern als Gegenleistung für die neuen Gesetze Konzessionen. Es

durch undemokratische Reformen den Labourführern größere Machtbefugnisse eingeräumt werden und die Gewerkschaften in bezug auf die Beschneidung von Sozialleistungen und öffentlichen Ausgaben stillhalten. Dafür sollen einige der schlimmsten Auswüchse gewerkschaftsfeindlicher Gesetze reformiert werden. Doch bislang wurde keines der vorgeschlagenen Gesetze dem Parlament vorgelegt, und die Gewerkschaften können über den Zeitpunkt des Inkrafttretens nur Vermutungen anstellen.

Die neuen Gesetze sollen einen gesetzlichen Mindestlohn vorsehen, des weiteren gewisse Formen eines Rechts auf Anerkennung der Gewerkschaften sowie die Verkürzung der geforderten Beschäftigungsdauer, nach der ein Arbeitnehmer Klage wegen ungerechtfertigter Entlassung beim Arbeitsgericht einreichen kann, von zwei Jahren auf ein Jahr. Auch die im übrigen Europa voriges Jahr umgesetzte Arbeitszeitrichtlinie der EU soll in naher Zukunft Gesetzeskraft erhalten. Diese Reformen sind mager, doch im Umfeld des zutiefst deregulierten britischen Arbeitsmarktes können sie Millionen von Beschäftigten Vorteile bringen.

Wenn ein Mindeststundenlohn von 4.00 Pfund eingeführt wird, stünde sechs Millionen Arbeitnehmern eine Lohnerhöhung zu. Gegenwärtig gibt die Regierung 3.4 Milliarden Pfund an Steuergeldern für Income Support (Sozialhilfe) zugunsten der Geringverdiener aus. Bei Umsetzung der Arbeitszeitrichtlinie bekommen vier Millionen Beschäftigte zusätzliche Urlaubstage und eine Million überhaupt zum ersten Mal bezahlten Urlaub. Millionen von Arbeitnehmern, die eine geringe Entlohnung vorwiegend auf der Basis von Teilzeit- und nichtständigen Verträgen erhalten und bisher keinerlei gewerkschaftlichen Schutz genießen, sollen die Chance bekommen, sich zu organisieren und in Kollektivverhandlungen mit ihren Arbeitgebern einzutreten.

Die britischen Unternehmer behaupten, diese Maßnahmen würden die Wirtschaft lahmlegen, und sie zetteln ein Rückzugsgefecht an, um jegliche in Aussicht genommene Gesetzgebung zu verwässern. Der »Bankrott« der Sozialdemokratie in Großbritannien geht so tief, daß die Labour- und Gewerkschaftsführer diese »Fortschritte« als den Gipfel aller denkbaren Errungenschaften ausgeben. Die Macht der Gewerkschaftsführer ist so gestutzt worden, daß sie heute um grundlegende Menschenrechte betteln müssen. Dabei ist anzumerken, daß viele dieser Maßnahmen darum notwendig sind, damit Großbritannien eine gewisse Einhaltung des »Sozialkapitels« der EU demonstrieren kann. Die Umsetzung ist auch erforderlich, um bestimmte Urteile des Europäischen Gerichtshofes zu befolgen.

### **Die Zerschlagung der Gewerkschaften**

Die von der Thatcher-Regierung betriebene Abkehr von der Keynesianischen Wirtschaftspolitik einer staatlichen Intervention in die Wirtschaft und die Hinwendung zu einer freien Marktwirtschaft war ein verzweifelter Schachzug, um die Wettbewerbsfähigkeit Großbritanniens auf dem Weltmarkt wiederherzustellen. Er erforderte einen weitreichenden Angriff auf den Lebensstandard der britischen Arbeitnehmer und die Demontage des Wohlfahrtsstaates, der seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges errichtet worden war. Die

auf eine Kraftprobe mit der britischen Arbeiterklasse vorbereitet.

Sie leiteten sie mit der Attacke gegen eher gemäßigte Gewerkschaften ein, stießen aber auf entschlossenen Widerstand. Die für ihre maßvolle Haltung bekannten Stahlarbeiter erwiesen sich als schwerer zu besiegen, als die Konservativen gedacht hatten. Sie griffen zu dem Mittel, über zwei Drittel der Stahlproduktion einzustellen, um die Kraft der Stahlarbeitergewerkschaft zu zerschlagen. Danach kamen die Eisenbahn, die Docks, der Schiffbau und die Fahrzeugindustrie an die Reihe. Zwischen 1980 und 1982 hat die verarbeitende Industrie ein Drittel ihrer gesamten Arbeitskräfte abgebaut. Die Strategie, absichtlich eine permanente Massenarbeitslosigkeit hervorzurufen, war der zynischste Versuch, die Kraft der organisierten Arbeitnehmer zu brechen. Die Konservativen nutzten ihre staatliche Kontrolle über die Industrie und das Verkehrswesen aus, um diese Politik durchzusetzen. Nachdem sie die britischen Kernindustriezweige auf diese Weise dezimiert hatten, verkauften sie die Überbleibsel für ein Butterbrot an ihre Freunde aus der Londoner Finanzwelt.

Mit den Mitteln der Arbeitslosigkeit, der Ausbreitung von nichtständiger Beschäftigung und befristeten Arbeitsverträgen, der Unsicherheit des Arbeitsplatzes, vollzog sich in den britischen Unternehmen praktisch eine »Konterrevolution des Managements«. Um die Gewerkschaften im öffentlichen Sektor zu zerschlagen, besonders die der Busfahrer, Krankenhausangestellten und kommunalen Beschäftigten, wurde die Waffe der Privatisierung eingesetzt. Den Gewerkschaften in der Bauindustrie und im Sektor der Lastwagenfahrer wurde das Rückgrat gebrochen durch Förderung des massiven Übergangs zur Selbständigkeit. Die Medienmogule, allen voran Robert Maxwell und Rupert Murdoch, machten sich die Fortschritte in der Computertechnologie zunutze, um auf dem nationalen Zeitungsmarkt die Macht der Druckergewerkschaft zu brechen. Die Fernsehgesellschaften schlossen sich ihnen an und führten in ihrer Sphäre die unständige Beschäftigung ein.

Die Kraftprobe mit den Kohlebergarbeitern war eine strategisch vorbereitete Konfrontation, für die die Regierung über zehn Mrd. Pfund an Steuergeldern einsetzte, um den Kohlebergbau zu dezimieren und die National Union of Mineworkers niederzuschmettern. Dies erwies sich als ein entscheidender Schlag gegen die britische Arbeiterklasse, in der die Stimmung aufkam, wenn die Bergarbeiter sich schon nicht durchsetzen könnten, dann hätten alle übrigen keine Chance. Die Hinterlassenschaft dieser Niederlage lastet noch immer schwer auf den organisierten Arbeitern, selbst ein Jahrzehnt nach dem damaligen, ein Jahr währenden Streik.

Die Produktivitätssteigerungen in Großbritannien sind im großen und ganzen nicht durch Investitionen in neue Anlagen und Ausrüstungen erzielt worden, sondern durch die exzessive Ausbeutung der Arbeitnehmer. Die Unternehmer holen ihre Profite aus dem Blut, Schweiß und den Tränen der Arbeiter, indem sie die Arbeitsbelastung erhöhen, die Tages- und Wochenarbeitszeit verlängern. Die britischen Arbeitnehmer haben die längste Arbeitszeit in ganz Europa, und eine Sieben-Tage-Arbeitswoche ist nicht ungewöhnlich. Auch die Kinderarbeit hat zugenommen, Schätzungen besagen, daß im heutigen Großbritannien etwa 25% der Kinder zwischen 13 und 16 Jahren arbeiten. Der »flexible Arbeitsmarkt«, mit dem sich die britischen Politiker so gern brüsten,

hat einen erschreckenden Preis verlangt, er wurde auf Kosten des Lebensstandards, der Lebensqualität und Gesundheit der Arbeitnehmer eingeführt. In den letzten Jahren ist es zu einer dramatischen Steigerung von Todesfällen am Arbeitsplatz gekommen, die staatliche Arbeitsschutzbehörde schätzt, daß die britische Wirtschaft jährlich über 14 Mrd. Pfund an Einbußen aufgrund von Arbeitsunfällen und Erkrankungen erleidet. Streß am Arbeitsplatz ist zur Berufskrankheit der neunziger Jahre geworden.

Eine bleibende Hinterlassenschaft des Thatcherismus in Großbritannien ist die gesetzliche Zwangsjacke, die den Gewerkschaften angelegt wurde, um sie an wirkungsvoller gewerkschaftlicher Aktivität zu hindern. Die seit dem Anfang unseres Jahrhunderts fast ohne Unterbrechung geltenden Rechte der Gewerkschaften, sich frei zu organisieren und Kampfmaßnahmen zur Unterstützung ihrer Mitglieder einzuleiten, darunter Solidaritätsstreiks und branchenweite Kampfmaßnahmen, wurden schrittweise durch gewerkschaftsfeindliche Gesetze abgebaut. Die Labour-Regierung hat nicht die Absicht, diese Gesetze aufzuheben. Und die Gewerkschaftsführer fordern ihre Aufhebung schon gar nicht mehr. Denn sie haben nicht nur gelernt, mit diesen Gesetzen zu leben, sondern sie in ihr eigenes gewerkschaftliches Regelwerk übernommen und benutzen sie zur Disziplinierung der Basis.

### **Die Antigewerkschaftsgesetze**

Thatcher leitete ihre Offensive gegen die Gewerkschaften ein, indem sie behauptete, diese stünden »über dem Gesetz«. Darin steckt ein Körnchen Wahrheit. Wären die Gewerkschaften an normales Vertragsrecht gebunden gewesen, dann hätten sie jedesmal, wenn sie einen »geschäftlichen« Vertrag brachen, auf Schadensersatz verklagt werden können. Wenn Arbeitnehmer im Vereinigten Königreich streiken, dann »brechen« sie ihren Arbeitsvertrag. Alle erfolgreichen Kampfmaßnahmen stellen daher Vertragsbrüche dar. Da die Gewerkschaft die Aktion autorisiert, ist sie rechtlich verantwortlich, kann verklagt und zum Schadensersatz aus ihren Finanzmitteln verurteilt werden. Dieser Alptraum von Rechtslage wurde in Großbritannien durch den Trades Disputes Act von 1906 bestätigt, ein Gesetz, das den Gewerkschaften »Immunität« gegen Strafverfolgung wegen eines gesetzlich zulässigen Arbeitskampfes einräumte.

Die konservative Regierung der Periode 1970-74 hatte versucht, diese Rechtslage zu kippen, war aber an den Solidaritätsaktionen der Gewerkschaften abgeprallt. Die Regierung Thatcher zog die Lehren aus dem Scheitern ihrer Vorgängerin und führte die Gesetzgebung nicht auf einen Schlag ein, sondern scheinbarweise durch eine Reihe von Gesetzen, die in den achtziger Jahren durch das Parlament gingen. Schritt für Schritt sind die »Immunitäten« so weit eingengt worden, daß ein Solidaritätsstreik heute gesetzwidrig und ein 'trade dispute' (eine Definition, der jede Aktion entsprechen muß, um das Gesetz nicht zu verletzen) jetzt nur unter extremen Einschränkungen zulässig ist. Nach der alten Definition war ein trade dispute ein »Konflikt zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern«. Das ist jetzt ersetzt durch die Formulierung: »Konflikt zwischen Arbeitnehmern und ihrem Arbeitgeber«.

Alle Kampfmaßnahmen zur Unterstützung von Arbeitnehmern im Ausland oder mit politischem Charakter sind daher gesetzwidrig. Wenn die Gewerkschaften die eng defi-

nierten Kriterien nicht einhalten, setzen sie sich juristischen Gegenmaßnahmen aus. Mit jedem Arbeitskonflikt entsteht jetzt eine Situation, die »ein Paradies für Advokaten« darstellt. Die Geschicklichkeit der konservativen Strategie bestand darin, daß nicht die Regierung selbst Klage aufgrund der Antigewerkschaftsgesetze erheben muß (was ja eventuell eine Welle von Sympathie für die Streikenden auslösen könnte), sondern daß es den Unternehmern freisteht, solche Klagen zu erheben oder nicht. An Klagewilligen hat seither kein Mangel geherrscht! Die Kampagne für die Abschaffung der gewerkschaftsfeindlichen Gesetze in Großbritannien ist keine zweitrangige Frage. Die britischen Arbeitnehmer müssen sich die gesetzliche Grundlage zurückerobern, die ihren Gewerkschaften das Recht auf Existenz und freies Agieren im Interesse ihrer Mitglieder ohne juristische Verfolgung aufgrund dieser Tätigkeit einräumt. Die Antigewerkschaftsgesetze haben eine bedeutsame Rolle in der konservativen Offensive gegen die Rechte und das Lebensniveau der arbeitenden Bevölkerung gespielt. Die Gewerkschaftsführer wurden vor die Entscheidung gestellt, entweder die kämpfenden Arbeiter zu unterstützen, damit Gesetze zu brechen und die sich daraus ergebenden Risiken auf sich zu nehmen, oder aber dem Gesetz zu gehorchen und damit de facto die Privilegien der Gewerkschaftsbürokratie zu verteidigen. Wie sie sich entscheiden würden, darüber bestand von Anfang an kein Zweifel. Die einzigen Verlierer waren die britischen Arbeitnehmer.

### **Die gewerkschaftliche Organisation**

Da die Führung der Gewerkschaften den Antigewerkschaftsgesetzen nicht trotzte und im Arbeitskampf stehende Arbeiter nicht unterstützte, hat unter den aktiven Gewerkschaftern Enttäuschung um sich gegriffen und einen massiven Rückgang der Mitgliederzahlen von einem Höchststand von 13 Millionen im Jahre 1979 auf heute weniger als 7 Millionen bewirkt. Manche Gewerkschaften, die einst in der vordersten Front des Kampfes standen, existieren heute fast gar nicht mehr. Im Kohlebergbau sind heute weniger als 10.000 Mitglieder organisiert. Tausende von aktiven Shop Stewards, gewählte Vertrauensleute im Betrieb, sind arbeitslos geworden, und falls sie einen neuen Job finden, sind sie infolge fehlenden Kündigungsschutzes gefährdet durch erneute Entlassung. Die gezielte Bestrafung guter Shop Stewards ist heute eine alltägliche Erscheinung in Großbritannien, viele ehemalige Aktivisten finden sich an Arbeitsplätzen ohne gewerkschaftliche Organisation wieder und sind gezwungen, »sich zu ducken«. Eine vorrangig aus Demoralisierung und Scheitern erwachsende Stimmung der Apathie hat dazu geführt, daß die Beteiligung an den inneren Angelegenheiten der Gewerkschaft massiv zurückgeht.

Die Gewerkschaften funktionieren heute kaum noch als landesweite Organisationen. Verhandlungen im betrieblichen Rahmen, also auf der niedrigsten Verhandlungsebene, sind weitgehend an die Stelle branchenweiter Tarifverhandlungen getreten. Statt sich auf für sämtliche Beschäftigten der Branche geltende Minimalstandards wie Mindesttariflöhne, Arbeitszeitregelungen und sonstige Bedingungen stützen zu können, müssen die Vertreter im einzelnen Betrieb diese Dinge aushandeln; in einem Umfeld von aggressiven Unternehmern, die wohl wissen, daß die Gewerkschaften schwerlich Kampfmaßnahmen genehmigen werden und daß jegliche Solidaritätsaktion zugunsten ihrer Belegschaft gegen das

Gesetz verstoßen würde. Heutzutage ist den Shop Stewards in den Verhandlungen »ein Arm auf dem Rücken gefesselt«. Für Millionen britischer Arbeitnehmer ist »die Gewerkschaft« zu ihrer betrieblichen Organisation geworden, scharf getrennt von der nationalen Organisation, die ihr tägliches Leben kaum noch tangiert. Dieser Prozeß hat die Gewerkschaftsfunktionäre weitgehend vom Druck der Mitglieder massen befreit, die kampfbereiten Arbeiter aber bleiben isoliert, wie es die Docker von Liverpool am eigenen Leibe zu spüren bekamen.

Der rasante Rückgang der Mitgliederzahlen hat zu einer Welle von Zusammenschlüssen zwischen einzelnen Gewerkschaften geführt. Dieser Prozeß vollzieht sich jedoch nicht auf Branchenebene, sondern aufgrund politischer Abmachungen, welche die Privilegien der Spitzenfunktionäre absichern sollen. Im Ergebnis dieser Zusammenschlüsse bleibt die Struktur der britischen Gewerkschaftsbewegung nach wie vor kaum von einer rationalen Branchenlogik bestimmt, in den meisten Industriezweigen konkurrieren noch immer drei bis vier Gewerkschaften um Mitglieder. Die erlittenen Niederlagen und die sich ausbreitende Apathie hat es den Gewerkschaftsführungen ermöglicht, die organisatorischen Zusammenschlüsse zum weiteren Abbau der innergewerkschaftlichen Demokratie zu nutzen. Diese Strukturen haben in Verbindung mit den gewerkschaftsfeindlichen Gesetzen dazu geführt, daß die britischen Arbeitnehmer derzeit von ihren Funktionären stärker »unter Kontrolle gehalten« werden, als es jemals seit dem 19. Jahrhundert der Fall war.

Jede Niederlage hat die Position jener Gewerkschaftsführer gestärkt, die, ebenso wie ihre Entsprechungen in der Labour Party, im Namen der Modernisierung voller Begeisterung »den Markt« hochhalten und ihr historisches Engagement für öffentliches Eigentum in der Industrie und im Dienstleistungssektor fallenlassen. Die Führung des TUC hat die Theorie von der »Sozialpartnerschaft« geschluckt, und das in einem Lande, das keinen Mechanismus zu ihrer Verwirklichung besitzt – in Großbritannien gibt es keine »Mitbestimmung« und keine Betriebsrätestrukturen – und genau zu einem Zeitpunkt, an dem in Europa die »Sozialpartnerschaft« zusammenbricht. Die Führer der britischen Gewerkschaften mögen sich noch so sehr als »Modernisten« darstellen, in Wirklichkeit laufen sie den Ereignissen hinterher und artikulieren die Ansichten von gestern.

### **Die Mitgliedschaft in der EU**

Für das vergangene Jahrzehnt ist unter anderem charakteristisch, daß die einzigen Rechte in bezug auf das Beschäftigungsverhältnis, die die britischen Arbeitnehmer bekommen haben, von der EU stammen. Das hat bei der Mehrzahl der Gewerkschaftsführer zu einer unkritischen Befürwortung der EU-Mitgliedschaft und der Einheitswährung geführt. »Alles steht zum besten in der besten aller EU-Welten«. Damit haben sie eine komplette Kehrtwendung vollzogen gegenüber der vom TUC über lange Zeit verkündeten Ablehnung des »Klubs der Bosse«. Die unkritische Befürwortung Europas (der EU) ist noch dadurch verstärkt worden, daß aufgrund von EU-Gesetzen oder Urteilen des Europäischen Gerichtshofes Verbesserungen im britischen Recht zustande kamen, besonders in den Bereichen Gleichbehandlung, Gesundheit und Arbeitsschutz. Es wurde indes keine vollständige Bilanz gezogen, wie sich die EU-Gesetzgebung

europaweit ausgewirkt hat – daß zum Beispiel die Arbeitszeitrichtlinie der EU in Deutschland dazu benutzt wurde, Arbeitsbedingungen zu verschlechtern –, sondern die EU wird als Heilsbringer für die britischen Arbeitnehmer dargestellt. Wie nicht anders zu erwarten, herrscht über die ganze Frage unter der arbeitenden Bevölkerung Großbritanniens enorme Verwirrung. Das Eintreten für Europa wird den Arbeitern als ein neuer Internationalismus präsentiert, wobei gänzlich unter den Tisch fällt, daß die EU eine Zollunion zum Schutz des europäischen Big Business gegen seine Konkurrenten und ein imperialistisches Werkzeug zur Ausbeutung fremder Märkte, vor allem in der Dritten Welt, ist.

Obwohl sich der TUC auf seinem Kongreß 1997 nicht auf eine offizielle Linie zum Thema der Europäischen Währungsunion festgelegt hat, spricht John Monks, der Generalsekretär des TUC, regelmäßig auf Tagungen, häufig auch in Foren, wo er gemeinsam mit dem CBI (dem Britischen Arbeitgeberverband) auftritt, und befürwortet die Währungsunion. Es hat zu dieser Frage innerhalb der britischen Labour- und Gewerkschaftsbewegung keine ernsthafte Debatte gegeben, die Strategie scheint darauf hinauszulaufen, die Problematik ohne viel Aufsehen durch die nächsten Parlamentswahlen »zu schmuggeln« und somit ein Referendum und eine eventuelle Ablehnung zu umgehen. Millionen von Beschäftigten im öffentlichen Sektor Großbritanniens waren aber von einer Teilnahme an der Einheitswährung nachteilig betroffen, doch ihre Funktionäre schweigen zu diese Kernfrage.

Die Politik der Konservativen, der Liberalen und der Labour Party ist sich so ähnlich geworden, daß zum erstenmal seit den dreißiger Jahren wieder das Schreckgespenst einer »nationalen Regierung« an der Wand erscheint. Solange der extrem rechte Flügel der Konservativen noch existiert (die sogenannten Euroskeptiker, in Wahrheit engstirnige Nationalisten), ist nicht auszuschließen, daß im Falle einer schweren Rezession in Großbritannien und der ungelösten Kernfrage der bevorstehenden Währungsunion die politischen Parteien eine »nationale Lösung« für die ökonomischen Probleme vorschlagen. Dies wäre eine logische Schlußfolgerung aus dem seit den letzten Parlamentswahlen zutage tretenden postthatcherischen politischen Konsens. Es wäre eine der großen Ironien im Leben, falls Margaret Thatchers größte Leistung just in der Dezimierung der Konservativen Partei bestanden haben sollte!

### **Eine Gesellschaft in der Krise**

Die gewerkschaftlichen Aktivisten müssen begreifen, daß die Veränderungen einer Gesellschaft, die sich in einem langwierigen Prozeß der Krise, des Wandels und erneuten Wandels befindet, alle Teile dieser Gesellschaft ergreifen, auch die Organisationen der Arbeiterklasse. Niemand ist immun gegenüber den sozialen Prozessen. Die Thatchersche »Konterrevolution« in Großbritannien hat solche Auswirkungen gezeitigt. Und ähnliche Prozesse spielen sich derzeit in Frankreich, Belgien und Deutschland, ja in mehr oder minder starkem Maße in ganz Westeuropa ab. Dabei ist der Ausgang völlig offen, es können Bewegungen nach rechts oder Bewegungen nach links entstehen. Die einzige Gewißheit besteht im Fehlen von Gewißheit.

britischen Arbeiter werden stärker ausgebeutet als in der Vergangenheit und mehr als die anderer europäischer Länder bislang. Aber das wird sich ändern. Infolge der Niederlagen der Gewerkschaften in Großbritannien haben die hiesigen Arbeitnehmer die längste Arbeitszeit, die geringsten Rechte und sie zählen zu den schlechtestbezahlten in ganz Europa. Das gilt für die Industriearbeiter, aber auch für Millionen von Arbeitnehmern, die einst meinten, sie wären über den Klassenkampf erhaben. Die Lehrer an Schulen und Colleges sind in die Reihen der organisierten Gewerkschafter gedrängt worden und sahen sich gezwungen, zur Waffe des Streiks zugreifen. Die Angestellten im Bank- und Finanzwesen, einstmals unorganisiert, bilden heute für die Gewerkschaften den Sektor, in dem die Mitgliederzahlen am stärksten anwachsen. Die Postangestellten, einstmals ein weitgehend gefügiger Sektor, haben sich in den letzten Jahren am aktivsten an inoffiziellen Streiks beteiligt. Ja, massive Schichten der »Mittelklasse« werden durch Unsicherheit des Arbeitsplatzes, Arbeitslosigkeit und Beschneidung ihres Lebensstandards proletarisiert. Die Zahl der Ausfalltage infolge von Streik liegt weiterhin auf einem historischen Tiefstand, steigt aber langsam an. Früher oder später wird sich der brennende Groll den Millionen britischer Arbeitnehmer angesichts ihrer schmachvollen Behandlung empfinden, ein Ventil suchen.

Man kann es Ihnen nicht übelnehmen, wenn Sie aus dieser Analyse pessimistische Schlüsse ziehen sollten. Die einmächtige und stolze britische Gewerkschaftsbewegung erscheint gelähmt, sie erleidet von ihrem »Sozialpartner«, den Unternehmern, »sozialen Anstand«, nachdem diese sie in den letzten zwei Jahrzehnten gerade halbtot getrampelet haben. Sie verläßt sich darauf, daß eine »großzügige« Regierung bereit sein wird, ihr ein paar Krumen anzubieten, damit sie sich ihre Mitglieder innerhalb der total gewandelten Arbeiterklasse und der frisch proletarisierten Mittelklasse erhalten kann. Und sie hält das Banner der EU hoch, um die »Menschenrechte« zu verteidigen. Doch das ist nur die eierliche Seite des Bildes. Die Unternehmer und kapitalistischen Politiker begehen stets den klassischen Fehler, daß sie ihr Urteil über die Arbeiter allein von ihren Führern ableiten. Die arbeitenden Menschen Großbritanniens sind zwar angeschlagen und haben sich Schrammen zugezogen, aber sie halten dennoch ihre Gewerkschaftsorganisationen am Leben und bewahren sich ihr Empfinden für soziale Gerechtigkeit. Sie haben noch immer kämpferische Leitfiguren, auch wenn es weniger sind und sie derzeit über keinen Sprecher auf nationaler Ebene verfügen.

Die Wahl der Labour-Regierung im Mai 1997 hat in Großbritannien eine neue Periode eingeleitet. Die Revolte von 40 Unterhausabgeordneten gegen die Beschneidung der Sozialleistungen für Alleinerziehende durch die Regierung war ein warnendes Vorzeichen dessen, was die Zukunft noch bringen kann. Die Masse der arbeitenden Menschen in Großbritannien erwartet nach wie vor von einer Labour-Regierung, daß sie in ihrem Interesse Gesetze erläßt und handelt. Soll sich das nicht bewahrheiten, wird eine breite Welle von Zorn losbrechen. In der nächsten Zeit werden die britischen Arbeiter zu ihren Kampftraditionen zurückfinden und sich daran machen, ihre traditionellen Organisationen zurückzugewinnen und sie für künftige Kämpfe umzugestalten.